* Aust. *
5435
c

ustr.
5435 l

Ereignisse

Die

Ereignisse in Wien

von der

Erhebung der Stadt,

am 13. März 1848

bis zur

Verkündigung der oktroyirten

Verfassung

vom 4. März 1849.

Von

C. W.

Zwickau,

Eigenthum des Vereins zur Verbreitung guter und wohlfeiler Volksschriften.

1849.

Bayerische
Staats
Bibliothek
München

Bayerische
Staatsbibliothek
München

Bayerische Staats-Bibliothek München

Erster Eintritt in das Haus Oestreich.

Unter allen europäischen Reichen, welche von den Erschütterungen des Jahres 1848 ergriffen wurden, bietet keines merkwürdigere Erscheinungen dar, als das öststreich'sche.

Je dichter die Dämpfe in dem Kessel einer Maschine zusammengepreßt werden, um so furchtbarer ist die Explosion, wenn das Element sich auf gewaltsame Weise befreit. Die geistigen Kräfte der Nationen gewähren dasselbe Schauspiel. Sie waren in Oestreich so eng eingeschnürt, daß ihre plötzliche Entfesselung den ganzen Bau dieses Staats zu zersprengen drohte, und nur die zähe Natur seines innersten Wesens, wovon die Geschichte schon oft wunderbare Proben gab, hinderte ein Zerfallen dieser Macht in ihre einzelnen, so überaus ungleichartigen Bestandtheile. Gerade diese Ungleichartigkeit der Theile störte das einheitliche Zusammenwirken des Ganzen. Die Interessen der Völkerstämme sonderten sich, und aus ihren Gegenbestrebungen zog die Regierung, ihrer lang befolgten Politik getreu, noch einmal den Vortheil, in Bekämpfung des einen durch den andern die Herrschaft über Alle zu erhalten, und das verlorene Gleichgewicht der Macht herzustellen.

Um diese Erscheinungen zu begreifen, ist es nothwendig, uns in dem alten Hause Oestreich etwas umzusehen, dessen Bewohner bei weitem nicht allgemein genug bekannt sind. Wie zu den Zeiten der Völkerwanderung, tauchen jetzt plötzlich vor den überraschten Blikken Europa's Völker, oder einzelne Stämme derselben auf, von deren Dasein nur der mit den Verhältnissen der östreich'schen Monarchie Vertraute zeither genügende Kenntniß besaß, und doch macht der Einfluß, den sie auf den Gang der Begebenheiten gewonnen haben, eine genauere Bekanntschaft nothwendig, um alle diese Vorgänge gehörig zu übersehen und zu verstehen.

Im engeren Sinne zerfallen die Bewohner des östreich'schen Staats in vier Hauptstämme: Deutsche, Slaven, Magyaren (sprich Madscharen) und Italiener, aber sie wohnen nur in einzelnen Landestheilen dicht beisammen; häufig sind sie bunt durcheinander gewürfelt und wieder unter sich in sehr verschiedene Zweige gesondert, die sich, wie in Mundart, so durch Interessen, Sitten, Gewohnheiten und Sympathieen von einander scheiden.

Oestreich unter der Enns ist von 1,481,023 Deutschen, 11,881 Tschechen und 4258 Sloveno-Kroaten bewohnt; Oestreich ob der Enns mit 857,007 Einwohnern, die einzige rein-deutsche Provinz des östreich'schen Staats.

Steyermark enthält 649,000 Deutsche und 353,041 Slovenen, welche vorzüglich die Kreise von Cilly und Marburg bevölkern.

Kärnthen und Krain zählt unter seinen 784,685 Einwohnern nur 260,700 Deutsche, 506,288 Slovenen, 7078 Sloveno-Kroaten, 10,619 Kroato-Serben; das Küstenland mit der Hauptstadt Triest blos 9385 Deutsche, 172,422 Slovenen, 3300 Sloveno-Kroaten, 134,545 Kroato-Serben, 116,823 Italiener, 48,426 Furlaner, 1555 Walachen und 3490 Juden.

In Tyrol ist der nördliche Theil von 530,819 Deutschen, der südliche, oder die Kreise von Trient und Roveredo, von 320,212 Italienern und 8642 Ladinern bewohnt.

In Böhmen sind die Tschechen mit 2,549,975 Seelen überwiegend; Deutsche leben dort, vorzüglich an den Grenzen gegen Schlesien, Sachsen und Bayern 1,727,432 und unter beiden Völkerstämmen zerstreut 70,037 Juden.

In Mähren und dem östreich'schen Antheile von Schlesien bildet der tschechische Stamm der Hannaken mit 1,330,213 Seelen gleichfalls die Ueberzahl; Deutsche sind dort 756,706, Polen — im Teschener Kreise — 135,375, Sloveno-Kroaten 663, Juden 40,064.

Galizien nebst Krakau und der Bukowina hat nächst Ungarn die gemischteste Bevölkerung. Im westlichen Theile ist der polnische Stamm der Mazuren und Goralen mit 2,005,149, in den östlichen Kreisen das Volk der Ruthenen oder Rußniaken mit 2,612,793, wie im

Czernowitzer Kreise die Walachen mit 144,626 Seelen vorherrschend. Vermischt mit diesen Völkerschaften leben in Galizien — eigentlich dem Lande Halicz oder Salzlande — 131,000 Deutsche, 2339 Russen, 5384 Armenier, 5446 Albanesen und 346,702 Juden.

Dalmatien hat nur einzelne deutsche Bewohner, zumal unter den Beamten; dagegen treffen wir dort 374,725 Slovenen, 28,500 Italiener — vornämlich in Fiume, Zara und anderen Küstenstädten — 1005 Albanesen oder Panduren und 410 Juden.

Die Lombardei hat eine rein-italienische Bevölkerung von 2,670,833 Seelen.

Das Gebiet von Venedig bewohnen neben 1,873,002 Italienern 12,036 Deutsche, 26,317 Slovenen, 341,085 Furlaner — beide in Friaul — und 4760 Juden.

In Ungarn wimmelt es von den verschiedensten Völkerstämmen. Betreten wir das Land von Oestreich aus, so finden wir an beiden Ufern der Donau Deutsche. Preßburg, Oedenburg, deren Umgebung und die Zipser Gespannschaft sind ausschließlich von Deutschen bewohnt, doch leben diese auch mit allen anderen Stämmen vermischt. Pesth ist überwiegend deutsch und die Gesammtzahl der in Ungarn befindlichen Deutschen wird auf eine Million angeschlagen. Das fruchtbare Flachland im Osten zwischen Donau, Theiß und Marosch ist hauptsächlich von Magyaren bewohnt. In Ofen und Pesth sind sie mit andern Stämmen gemischt, aber Szegedin, Szolnok, Debrezin, Vasarhely, Keczkemet, sämmtlich volkreiche Städte, sind beinahe rein magyarisch; außerdem findet man sie mit andern zusammenwohnend, so an den Ufern der Drau und fast unvermischt in dem Turropolianyer Bezirk. Zu ihnen rechnen sich auch die Kumanen und Jazygen, ihre Zahl beläuft sich mit diesen zusammen auf 4½ Million. Die nördlichen Karpathen und ihre Umgebungen beherbergen die Slovaken — ein tschecher Stamm — 1,600,000, und Ruthenen, 400,000 Seelen. Walachen, oder wie sie sich nach ihrer römischen Abstammung nennen, Romanen oder Rumänen, bewohnen vornämlich das Banat, oder die Gegend von Temeswar, Arad und Panczowa, leben aber auch sonst

vermischt mit anderen Stämmen in der Zahl von 930,000 Menschen.

Die Serben oder Raizen nebst den verwandten Stämmen der Schokatzen und Istrier, die neben Walachen im Banat, vorzüglich aber in Syrmien — an der slavonischen und Militärgrenze — und sonst in Ungarn verstreut leben, werden auf 800,000 Seelen gerechnet.

Croatien und Slavonien, zwischen den östreich'schen Erbstaaten, Ungarn und der Militärgrenze gelegen, ist von 800,000 Croaten und 700,000 Slavoniern bewohnt. Sonst findet man in Ungarn noch 50,000 Krainer und Wenden, 10,000 Bulgaren, 37,000 Zigeuner und Albanesen, 10,000 Griechen, 3000 Armenier und 260,000 Juden.

Siebenbürgen mit der siebenbürgischen Militärgrenze enthält 250,000 Deutsche, 200 Bulgaren, 660,500 Szeckler — ein magyarischer Stamm — 1,397,180 Walachen, 60,000 Zigeuner und Albanesen, 9000 Armenier und 7000 Juden.

Die Militärgrenze oder der 227 Meilen lange, aber schmale Landstrich vom adriatischen Meere an der türkischen Grenze einer, an Croatien, Siebenbürgen und Ungarn anderer Seits bis nach Galizien hinaufreichende Landstrich faßt 48,229 Deutsche, 9951 Slowaken, 535,736 Kroaten, 354,876 Serben, Schokazen, Slavonier, Dalmatier und Istrier, 136,917 Walachen, 965 Albanesen und Zigeuner, nebst 532 Juden in sich.

Bei einer Zusammenzählung aller dieser Stämme finden wir sonach in der ganzen östreich'schen Monarchie:

Deutsche Einwohner	7,819,275.
Tschechen, Hannaken und Slowaken	6,308,202.
Polen	2,180,524.
Ruthenen und Russen	3,069,132.
Slovenen, Krainer, Wenden . .	1,143,367.
Kroaten	1,270,355.
Serben, Schokazen, Slavonier, Dalmatier, Istrier	1,685,164.
Bulgaren	10,200.
Magyaren	5,214,047.
Latus:	28,700,266.

	Transp.: 28,700,266.
Italiener	5,066,846.
Furlaner	389,511.
Ladiner	8,642.
Walachen oder Romanen . . .	2,630,278.
Zigeuner und Albanesen . . .	98,970.
Griechen	10,000.
Armenier	17,384.
Juden	740,256.
Einschließlich der im Heere Dienenden	37,662,153 Seel.

Wenn das Wort „Brüderlichkeit", welches Lamartine nach den pariser Februartagen in den Wahlspruch der französischen Republik aufnahm, irgendwo beherzigt werden sollte, so wäre es ganz vornämlich im östreich'schen Kaiserstaate, wo dreißig und mehr verschiedene Völkerstämme nicht durch natürliche oder Sprachgrenzen von einander geschieden, sondern zumeist vermischt und durch unzählige, im Laufe der Zeit entstandene und festgewurzelte Interessen aneinander gebunden sind. Leider ist dem nicht so; leider sind sie grade in dem Streben nach Freiheit und Wahrung der Nationalität in einen gegenseitigen brudermörderischen Krieg gerathen, indem sie sich auf abscheuliche Weise zerfleischen und dennoch Gefahr laufen, gerade das zu verlieren, worum sie ringen, während sie den gesammten Staat zugleich an den Abgrund reißen.

Wir ehren das Selbstgefühl jedes Volksstammes, aber es sollte, zweckmäßig geleitet, nur einen edlen Wetteifer entzünden, sich durch richtige Auffassung der Freiheit, durch treffliche staatliche Einrichtung, durch Pflege und Ausbildung nationaler Sprache, Wissenschaft und Kunst auszeichnen; alle aber sollten sich gegenseitig gleiche Berechtigung zugestehen und wie Brüder, die dasselbe Vaterhaus bewohnen, einträchtig und liebevoll mit einander verkehren. Es ist eine traurige Wahrnehmung, daß die Menschen die höchsten Güter des Lebens grade am ärgsten mißbrauchen und was ihnen der Himmel zum Segen verlieh, in Fluch verkehren.

Wie die Religion, welche bestimmt ist, uns Alle mit gleicher Wärme zu erfüllen, mit gleicher Treue an

das Ewige zu knüpfen, von jeher zu Haß und Verfolgung gemißbraucht worden ist, so muß auch bürgerliche und politische Freiheit, Volksthümlichkeit und Streben nach staatlicher Einheit in unseren Tagen dazu dienen, Brand, Raub und Mord zu entflammen.

In Oestreich kommt zu dem Unterschied in Sprache und Abstammung auch wirklich noch das getrennte kirchliche Bekenntniß hinzu, um die Leidenschaften heftiger aufzuregen. Herrschende Kirche war zeither die römisch-katholische, jedoch auch die griechisch-katholische zählt in Galizien und Ungarn zahlreiche Anhänger; in allen Provinzen aber findet man Protestanten und Reformirte, wiewohl von der Regierung mannigfach bedrängt, unter dem härtesten Drucke lebend aber die Juden, die bis zum Erscheinen der neuen Verfassung vergeblich um Anerkennung ihrer Menschenrechte rangen. Werfen wir noch einige prüfende Blicke auf die verschiedenen Volksstämme im östreich'schen Staate, um mit ihnen etwas genauer bekannt zu werden.

Die Deutschen, welche unter Magyaren wohnen, haben nie ein volksthümliches Lebenszeichen gezeigt. Obwohl in Gesittung, Gewerb und Handel ihren nächsten Nachbarn weit vorgeschritten, sind sie doch im öffentlichen Leben völlig unfruchtbar geblieben. Mit Ausnahme des Erzbischofs Pyrker, der in den Jahren seiner schöpferischen Kraft in Oestreich und Italien lebte, haben sie keinen namhaften Schriftsteller hervorgebracht, sich an den politischen Bewegungen ihrer Heimath nie betheiligt, selbst allen Einfluß in der Gemeindeverwaltung verloren, und jede Zurücksetzung mit dumpfer Gleichgiltigkeit hingenommen. Wenn nicht die östreich'sche Regierung selbst sie bei der künftigen Umgestaltung der Landesverhältnisse aus dieser Trägheit herausreißt, so werden sie auch ferner den Druck ihrer magyarischen Dränger wahrscheinlich so geduldig, wie zeither, ertragen. Strebsamer sind die Sachsen in Siebenbürgen, aber umringt von Völkern fremder Zunge richtet sich ihr Kampf auf Vertheidigung ihrer Nationalität, auf Bewahrung ihrer in letzter Zeit vielfach angefochtenen freien Gemeindeverfassung und auf Beförderung ihrer materiellen Interessen. In jeder dieser Beziehungen finden sie ihre beste Stütze an der höchsten Regierungsgewalt des öst-

reich'schen Staats, an welche sie sich daher mit größter Treue anlehnen. In der ganzen Zeit der ungarischen Wirren sind sie des Kaisers zuverlässigste Unterthanen gewesen.

Die Deutschen in den östreich'schen Erbstaaten erwachten im März d. J. zu einem ungeahneten Selbstgefühl. Es schien, als wollten sie sich herausreißen aus dem Verbande der Monarchie, um sich als Theile dem großen deutschen Vaterlande unterzuordnen, aber es schien auch nur so. Diese Aufregung, von jugendlichen Schwärmern entzündet und von fremden Aufwieglern genährt, ergriff blos den kleinsten Theil des Volks und machte bald einer nüchternen Betrachtung Platz. Das Streben der Mehrzahl schränkte sich darauf ein, das Uebergewicht nicht zu verlieren, welches die deutsche Nationalität zeither in diesem Völkerbunde besessen und das die Slaven, vornämlich von Böhmen her, zu beeinträchtigen drohten. Ueberdies waren die Ansprüche an die neue Gestaltung des Staats sehr verschieden und wichen z. B. in dem strengkatholischen Tyrol von der Auffassung derselben in Wien wesentlich ab. Alle gelangten zuletzt zu der Ueberzeugung, daß ein vollständiges Aufgehen in Deutschland ihrer materiellen Wohlfahrt, ihrem Handel, ihren Gewerben schädlich werden könnte; auch trugen die Siege der östreich'schen Waffen viel dazu bei, den nur unterdrückten, nicht erstorbenen Stolz auf die Macht und Größe ihres Staats neu zu beleben. Dieser Stolz ist nicht ohne tiefen Grund. Oestreich, ein geschlossener Staat, dessen Oberfläche um 2000 Geviertmeilen größer als die Frankreichs ist, umfaßt reiche, gesegnete Länder, die eine Gesammtbevölkerung von nahe an 38 Millionen Seelen ernähren.

Seit Karls V. Tode stand Oestreich nie auf einer solchen Stufe von Macht. 1714, nach Beendigung des spanischen Erbfolgekrieges, zählte es 19,200,000; 1740, nach dem Tode Kaiser Karls VI., 17,493,000; 1763, nach dem Hubertsburger Frieden, 16,243,000; 1780, nach dem Tode Maria Theresia's, 22,636,000; 1790, nach dem Tode Kaiser Joseph's II., 24,427,000; 1797, nach dem Frieden von Campoformio, 24,609,497; 1803, nach dem Entschädigungsrezesse, 25,548,000; 1805,

nach dem Frieden von Preßburg, 23,067,892; 1810, nach dem Frieden von Wien, 20,695,883; nach dem Sturze des französischen Kaiserthrons 27,617,500 Einwohner. Diese 33 Friedensjahre haben ihm also einen Zuwachs an Menschen von ohngefähr 10 Millionen verschafft, und doch strömen in seinem weiten Gebiete noch so viele unbenutzte Quellen der Wohlfahrt, daß Oestreich einer glänzenden Zukunft entgegensieht, wenn der erwachte Geist seiner Völker unter der Leitung einer aufgeklärten Regierung diese Vortheile wahrzunehmen versteht.

Solche Verhältnisse müssen in Betracht gezogen werden, um den Rückschlag der öffentlichen Meinung bei den Deutschen in Oestreich begreiflich zu finden.

Ueberdies minderte sich die Furcht vor einem übermächtigen Slaventhume schon zu Anfang Juni d. J., als die zu einem allgemeinen Congreß in Prag versammelten slavischen Abgeordneten sich unter einander so wenig verstanden, daß sie sich genöthigt sahen, ihre Berathungen in deutscher Sprache zu führen. Nur Tschechen, Hannaken und Slovaken haben eine gleichförmige Mundart, von der das rhuthenische, polnische, slowenische und serbische sehr abweicht, während sich diese Stämme auch gegenseitig nicht verständlich machen können. Zählt man hierzu die Stammeseifersucht, welche Ruthenen von Mazuren, diese von Tschechen, Serben von Croaten und so weiter scheidet, so wie das abweichende kirchliche Bekenntniß, den Haß zwischen Adel und Bauer, die zerstreute Lage der slavischen Bevölkerung, und endlich die geringe Bildungsstufe derselben, so ergiebt es sich unverkennbar, daß sie keineswegs die einheitliche Kraft besitzen, die ihnen einen vorherrschenden Einfluß auf die Staatsgewalt verschaffen könnte.

In ihren Bestrebungen von allen übrigen östreichischen Völkern ganz verschieden sind Italiener und Magyaren. Erstere, mindestens was die gebildeten Klassen betrifft, wollen sich gänzlich von Oestreich losreißen, und verfolgen den weitaussehenden Plan eines freien, einheitlichen Italiens, aber sie stoßen damit sowohl gegen den Stolz als das Interesse der Völker Oestreichs an. Mit Venedig ginge die Herrschaft über das adriatische

Meer, mit dem Verluste der italienischen Provinzen überhaupt eine reiche Absatzquelle für den Handel und die Gewerbe Oestreichs verloren. Der Kampf in Italien ist mithin ein ganz nationaler, und der Wille, die Regierung zur glücklichen Führung desselben zu kräftigen, ein neues Bindemittel für die übrigen Theile des Staats.

Das Streben der Magyaren war von jeher darauf gerichtet, das gebietende Volk in Ungarn zu sein. Ihre Sprache, ihr Gesetz, ihr Wille sollten vorzugsweise Geltung haben und nächstdem die Unabhängigkeit des Landes von der gemeinsamen Regierung der Monarchie immer weiter ausgedehnt werden. Sie verfeindeten sich dadurch mit allen Volksstämmen, die mit ihnen das Land bewohnen, während sie zugleich die Interessen des Gesammtstaats und die Würde der Krone verletzten. Dieses wilde Durcheinanderfahren der entfesselten Kräfte, welches in einen Kampf Aller gegen Alle auszuarten drohte, verschaffte der Regierung Zeit und Mittel, das Steuer des Schiffs gerade in dem Augenblicke, wo die Wogen am wildesten brausten, mit fester Hand wieder zu ergreifen, und ihrem Commandowort Gehör zu verschaffen, wiewohl es noch großer Weisheit bedürfen wird, mitten durch die Klippen und Untiefen hindurch in offenes Fahrwasser zu gelangen. Wie diese großartigen Verhältnisse sich gestalteten, losbrachen und lösten, dies zu betrachten und zum Verständniß darüber zu gelangen, ist eine lohnende Mühe, und es wird uns zur Freude gereichen, wenn wir, soviel an uns ist, hierzu beizutragen vermögen.

Das Gemälde ist jedoch zu groß, um es in einen Rahmen zu fassen; es erleichtert den Ueberblick, wenn wir es in einzelnen Bildern, wie sich solche naturgemäß von einander scheiden, vor dem betrachtenden Auge vorüberführen, ohne jedoch den innern Zusammenhang der Begebenheiten zu verlieren.

Das alte System.

Mit Ausnahme Ungarns, auf dessen Verfassung wir später zu sprechen kommen, waren die Volksrechte

in Oestreich durch die Regierungsgewalt sehr herabgebracht worden. Die Selbstständigkeit, deren sich Böhmen, Mähren und Schlesien vormals erfreuten, ging diesen Ländern schon verloren, als der zu Prag am 23. Mai 1618 begonnene Aufstand mit der Niederlage am weißen Berge den 10. Nov. 1620 endete. Der ganze Lauf des dreißigjährigen Krieges war der Stärkung der unbedingten Herrschaft günstig, und die erschlafften Völker machten in der Folge keine Anstrengung, die Bande zu lockern, mit denen sie je länger je mehr umstrickt wurden.

Nur einmal, im Jahr 1809, als die östreich'sche Regierung allein den Verzweiflungskampf gegen die erdrückende französische Macht wagen wollte, rief sie den Geist ihrer Völker zur Hülfe auf, und er erhob sich auf diesen Ruf, aber die schnelle nachtheilige Wendung des Kriegsglücks scheuchte ihn in seine gedrückte Lage zurück.

Weit geringer waren 1813 die Anstrengungen, welche in Oestreich vom Volke aus für die Vertreibung der Fremdherrschaft in Deutschland gemacht wurden; dennoch erwartete man, daß von der Fürstentafel, an der 1815 zu Wien die Geschicke Europas bestimmt wurden, mindestens einige Brosamen für Oestreichs Völker abfallen würden. Der XIII. Artikel der Bundesakte, der allen Ländern in Deutschland eine landständische Verfassung zusicherte, hätte auch Anwendung auf Oestreich finden sollen, und von dem Manne, der seine Angelegenheiten leitete, von dem Fürsten Metternich, erwartete man nach seinen Aeußerungen als Vorsitzender im Rathe der Gewaltigen, daß er einen Anlauf nehmen werde, wodurch Oestreich unstreitig auf eine seltene Höhe von Macht und Glanz zu heben gewesen wäre. Er sprach damals für eine gänzliche Wiederherstellung Polens mit Aufopferung des Antheils, den Oestreich von dem zerstückten Staate erhalten hatte; er eiferte gegen die Hartnäckigkeit der kleineren deutschen Fürsten, welche aus Furcht, ihre aus der Hand eines fremden Eroberers erhaltenen Souverainetätsrechte zu gefährden, weder ihren Völkern Zugeständnisse machen, noch die Einführung eines Bundesgerichts gestatten wollten, an

welches sich Landstände oder einzelne Personen bei Verletzung ihrer Rechte wenden konnten; er erklärte unumwunden, daß viele dieser sogenannten Hoheitsrechte nichts als veraltete Unrechte wären, die einer Zeit angehörten, welche sich überlebt habe. Konnte man nach solchen Worten von dem Lenker eines großen Staats, in dem so viel Veraltetes einer neugestaltenden Hand bedurfte, etwas anderes, als den raschen Angriff dieses Werks erwarten? Wenn den billigen Ansprüchen jeden Volksstamms Rechnung getragen, wenn einem Ausschusse der Stände aller Landestheile die Mitberathung bei den großen Fragen der Gesetzgebung, der Finanzverwaltung, der äußeren Angelegenheiten gestattet worden wäre, so würde nimmer dieser Kampf der Nationalitäten entbrannt sein, welcher in diesem Jahre den Staat zu verzehren drohte. Hinter einem solchen Vorgang konnte kein anderer deutscher Staat zurückbleiben, in allen Theilen Deutschlands aber hätte sich der dankbare Blick der Völker auf Oestreich hin gerichtet, und der Fall des Königthrones in Frankreich würde uns so wenig wie den Boden in Belgien erschüttert haben; ja die ganze Politik Ludwig Philipps mit allen ihren Folgen wäre unmöglich gewesen.

Oestreichs Wort wäre für alle Regierungen Italiens ein unabweisbarer Befehl gewesen, den politischen Einrichtungen ihrer Staaten eine zeitgemäße Gestalt zu geben, ohne diese Uebertreibungen der Demokratie zu gestatten, die dort Alles verderben. Ein italienischer Bund, an dessen Spitze Oestreich stand, hätte dieses Reich zum Gebieter über alle Häfen der Halbinsel und zu einer Seemacht erhoben, welche die ansehnlichste im Mittelmeer werden mußte. Die Schwerkraft einer Macht, die durch ihre Bundesgenossen von der Ost- und Nordsee bis über Sicilien hinausreichte, mußte auch den Ausschlag in allen orientalischen Fragen und den ganzen Lauf der Donau in die Hände Oestreichs geben. Was wir hier sagen, sind keine leeren Hirngespinnste, doch gestehen wir, daß die schöpferische Kraft eines hohen Genius dazu gehörte, um dem Bilde, das wir entworfen haben, Leben einzuhauchen. Zu solcher Höhe reichte aber die geistige Kraft des Fürsten Staatskanzlers nie hinauf, oder sie

war bereits in seinem 42sten Jahre vollständig erschöpft, denn Alles, was Fürst Metternich nach dem Jahre 1815 unternahm, war nur geeignet, den früher erworbenen Ruhm zu vernichten und ihn in wachsender Steigerung dem Hasse einer halben Welt preis zu geben.

Erschreckt durch jede freiheitliche Regung in Europa, beherrschte er nicht blos Oestreich mit despotischer Gewalt, welche in den veralteten, unwirksamen Ständeverfassungen der einzelnen Provinzen kein Gegengewicht fand, sondern benützte auch seine Stellung, um in Deutschland, Italien und wohin immer sein Einfluß reichte, das Ringen der Völker nach einem besseren Rechtszustande niederzuhalten. Diesem Streben opferte er alle großen Interessen seines Landes auf, ließ Rußland im Orient nach Gefallen schalten, an der Donau festen Fuß fassen, und wenn wir es auch als eine noch unerwiesene Behauptung erachten, daß er förmlich im Solde dieser Macht stand, so ist doch so viel thatsächlich, daß er von den Königen von Neapel und Spanien reiche Belohnungen dafür annahm, daß er dem ersteren unmittelbar, dem zweiten mittelbar zur Herstellung der schrankenlosesten Gewalt verholfen hatte. Umfassende Kenntnisse und geläuterte Einsichten vertragen sich mit blinder Knechtschaft nicht. Sollte die letztere in Oestreich aufrecht erhalten werden, so mußte die Volkserziehung mangelhaft, der Gedanke gefesselt, das freie Wort unterdrückt bleiben. Durch alle Mittel, welche einem Despoten zu Gebote stehen, wurde dies in Oestreich versucht, aber welche Macht könnte den Flug der Gedanken hemmen, die jedes Schlagbaums spotten? Jeder Reisende, der die Grenze Oestreichs überschritt, brachte diese verbotene Waare mit sich; jeder Lufthauch, den ein Oestreicher außerhalb seines Heimathlandes einsog, führte ihm geistige Nahrung zu; Bücher, Zeitungen, die in Oestreich streng verboten waren, gelangten auf geheimen Wegen dahin und wurden nur um so emsiger gelesen. Wenn das Gleichgewicht der Luft auf irgend einem Theile der Erde gestört wird, erhebt sich der Wind und strömt nach dieser Richtung. So geschah es auch hier. Das benachbarte Deutschland führte auf allen Punkten seiner weitgedehnten Grenze belebenden Odem nach Oestreich hinüber, und

dieses empfängliche, geistreiche Volk, voll Witz, Lebhaftigkeit und natürlichem Verstande wußte sich schnell anzueignen, was ihm fehlte.

Wir haben jetzt so viele gründlich unterrichtete Männer aus Oestreich kennen gelernt, welche das Studium der ernsten Wissenschaften mit großem Eifer betrieben und uns durch eine Fülle von Kenntnissen überrascht haben, die sie bei der Mangelhaftigkeit der öffentlichen Bildungsanstalten nur dem stillen, eigenen Fleiße verdanken konnten. Ein solches Volk würde sich unter einer weisen Regierung mit Leichtigkeit innerhalb der Schranken einer verständigen und gesetzlichen Freiheit bewegt haben, wenn es mit vorsichtiger Hand darauf hingeleitet worden wäre, aber es darf auch nicht Wunder nehmen, daß es nach plötzlich gesprengten Kerkerthüren, von dem ungewohnten Lichte geblendet, in einen Taumel gerieth, der es im Kreise herumdrehte, ohne es vorwärts zu bringen, und wobei es sich Beulen stieß und Schaden anrichtete. Ist es doch überall anderwärts nicht besser gegangen; ähnliche Ursachen haben ähnliche Wirkungen zur Folge gehabt, und es wird lange währen, ehe wir den geradesten Weg nach einem erreichbaren Ziele finden.

Was in Oestreich einen sehr großen Eindruck hervorbrachte, war der Gang der Verhandlungen auf dem vereinigten Landtage in Berlin im Jahr 1847. Zwar hatten die anziehenden Berathungen der süddeutschen und sächsischen Kammern schon längst die Aufmerksamkeit aller denkenden Köpfe beschäftigt, aber nirgend regte die Aehnlichkeit der Verhältnisse zu so scharfen Vergleichungen an. In Oestreich bestanden wie in Preußen mangelhafte provinzialständische Einrichtungen; hier wie dort hätten sie ohne Schwierigkeit zu einer Reichsversammlung zusammentreten können. Eine Erweiterung der ständischen Befugnisse, wofür in Berlin mit so viel Geist, Würde und Entschlossenheit gekämpft wurde, ward auch in Oestreich angestrebt und war in den Ständeversammlungen von Prag, Linz, Wien und Gräz lebhaft besprochen worden.

Angesehene Männer aus verschiedenen Theilen Oestreichs waren in dem Zeitraume vom 11. April bis zum

26. Juni 1847 in Berlin anwesend; sie fühlten, daß die politische Reife und Mündigkeit, welche die preußischen Volksvertreter im weißen Saale der Königsburg so glänzend bekundeten, auch in Oestreich nicht fehlen werde, und voll von diesen Eindrücken kehrten sie in ihre Heimath zurück, fest entschlossen, für die Herbeiführung ähnlicher Zustände zu wirken. Anklänge hiervon vernahmen wir bald in den Sitzungssälen der Landtage mehrerer östreichschen Provinzen. Dahin zählen wir die würdigere Behandlung des Bürgerstandes an den zu Wien am 7. Juni eröffneten Berathungen der niederöstreichischen Stände und die dort gestellten Anträge auf Herabsetzung der Verzehrungssteuer für die unentbehrlichsten Lebensbedürfnisse, so wie der hohen Stempelabgaben; auf Veröffentlichung des Staatshaushalts, und der ständischen Verhandlungen; auf Entfesselung der Presse, Herstellung der Wahlfreiheit, Erlaß eines Gesetzes zur Verhinderung, daß bei Errichtung bäuerlicher Stellen dieselben wieder mit persönlichen Dienstleistungen — Robothen — belastet würden, sowie über den Betrieb der landwirthschaftlichen Gewerbe; auf Bildung eines Fonds zur Beförderung gemeinnütziger Zwecke und Niedersetzung eines ständischen Ausschusses zur Prüfung der Mängel des öffentlichen Unterrichts.

Die am 3. Mai in Prag zusammengetretenen Stände Böhmens suchten die Erlaubniß zum Druck ihrer Verhandlungen, Erleichterung der Censurvorschriften, Aufhebung des Lottos und Errichtung einer Hypothekenbank nach; sie beschlossen die Umlegung der Rusticalsteuer von 350,000 Gulden auf die herrschaftlichen Gründe, zweckmäßigere Einrichtung des Gemeindewesens, wofür ein Ausschuß niedergesetzt wurde, und wagten es zum ersten Mal, eine geforderte Geldbewilligung von 50,000 Gulden abzulehnen.

Einen Hauptgegenstand der Berathung des am 16. und 17. Juni zu Klagenfurt versammelten Landtags von Kärnthen bildete die Erleichterung der Roboth- und Zehntablösung, wie überhaupt die Aufhebung aller Feudallasten. In Kärnthen konnten diese ohnehin so drükkend nicht sein, da der ganze Kapitalwerth derselben auf 700,000 Gulden angegeben war, daher auch die Ver-

pflichteten so wenig Geneigtheit zeigten, sich abzulösen, daß seit dem Erlaß der kaiserl. Hofkanzlei vom 18. Dzbr. 1846, welcher diese Angelegenheit regelt, noch kein Abkommen zu Stande gebracht worden war; dennoch erklärten es die Stände für eine Forderung der Nothwendigkeit, die Befreiung des bäuerlichen Grundbesitzes durchzuführen und setzten einen Ausschuß von sieben Mitgliedern zur Vorberathung dieser Angelegenheit nieder.

Dieselbe Frage behandelten die mährischen Stände zu Brünn, vom 29. Mai bis zum 12. Juni versammelt, und suchten zur Erleichterung der Ablösung die Gründung einer Hypothekenbank nach. Anträge auf Entwerfung einer Gemeindeordnung, Durchsicht der landwirthschaftlichen Gesetzgebung, Verbesserung des Volksschulwesens wurden lebhaft angeregt, ohne eine Mehrheit finden zu können, wogegen die Errichtung einer wechselseitigen Versicherungsanstalt gegen Hagelschaden beschlossen wurde.

Besonders erfreulich waren die Verhandlungen der steyerschen Stände, welche sich zunächst auf Fortbildung der wissenschaftlichen Pflege bezogen, wofür Erzherzog Johann durch die Gründung des Johanneums zu Gräz so umfassend gesorgt hatte. Die Schaffung einer Lehrkanzel für Baukunst vollendete den Kreis der Lehrgegenstände an dieser Anstalt, wodurch dieselbe der polytechnischen Schule in Wien würdig an die Seite trat. Für die erst kürzlich errichtete ständische Realschule, die trefflich gedieh, wurde eine Lehrerstelle im gewerblichen Zeichnen bewilligt; der Ankauf eines eigenen geräumigen Gebäudes für die Taubstummenanstalt beschlossen, auch bedeutende Beiträge den wissenschaftlichen Vereinen Steyermarks zugestanden. Am freisinnigsten wurde die Frage über Roboth- und Zehntablösung in Steyermark aufgefaßt und der Antrag gestellt, solche auf alle anderen Urbariallasten auszudehnen, auch auf das einträgliche Recht der Laudemien (Lehngelder) gänzlich Verzicht zu leisten, und die Verhinderung der Entstehung neuer Grundlasten in Berathung genommen. Bei Gelegenheit ihres wiederholten Zusammentritts am 25. August 1847 zur Bewilligung der Landessteuern beschlossen die Stände die stenographische Aufzeichnung ihrer Verhandlungen, sowie

ferner, an die Staatsregierung die Bitte zu richten: den Ständen geeignete Vorschläge zur Verbesserung der Strafgerichtspflege auf Grundlage des öffentlichen und mündlichen Verfahrens vorlegen zu lassen.

Ohne hier dessen zu erwähnen, was sich in Ungarn zutrug, und wovon wir künftig im Zusammenhange sprechen, ist es aus dem, was wir so eben berichteten, ersichtlich, welch frischer Hauch geistigen Lebens alle Länder Oestreichs durchwehte und wie sehr das Bedürfniß zeitgemäßer Veränderungen der staatsrechtlichen Verhältnisse selbst in den höchsten Kreisen der Gesellschaft gefühlt wurde.

Und was that die Regierung, was der Mann, der an ihrer Spitze stand, um diesen Forderungen der Neuzeit gerecht zu werden? Schweigen, Ablehnung, Zurechtweisungen, Vorwürfe und willkürliches Eingreifen waren die Antworten, die dem Lande und seinen Vertretern ertheilt wurden. In Böhmen wurden die Stände am 30. August nochmals zusammenberufen, um sich über die verweigerte Geldforderung zu erklären. In glänzender und beredter Weise sprachen die Grafen v. Deym, A. Nostitz, J. Lazanzky und Andere, für das Festhalten an dem früheren Beschlusse, da hierin ein wichtiger Grundsatz beruhe. Sofern die Stände nicht das Recht der Verweigerung hätten, wäre das Recht der Bewilligung ein täuschendes. Ehe nicht die Regierung sich über das Bedürfniß und die Verwendung des geforderten Beitrages genügend ausweise, sei kein Grund vorhanden, den gethanen Ausspruch zurückzunehmen und mit 26 gegen 10 Stimmen traten die Stände dieser Ansicht bei. Demungeachtet erhielt der Landtagsdirector Altgraf Salm-Reifferscheid von Wien den Auftrag, diese Summe ohne Berücksichtigung der erhobenen Einsprache durch den ständischen Ausschuß im Weigerungsfalle durch die kaiserlichen Behörden vertheilen und unnachsichtlich beitreiben zu lassen. Es geschah, jedoch nicht ohne die bittersten Empfindungen wegen dieser gänzlichen Nichtachtung der ständischen Rechte im ganzen Lande zu erregen.

Fürst Lamberg, welcher am 27. Mai für die freiere Bewegung der Presse gesprochen, erhielt von der vereinigten Hofkanzlei in Wien am 29. Oktbr. „die verdiente

Rüge für diesen unstatthaften Antrag, wovon die Stände in Kenntniß zu setzen seien," wie es in dieser Verfügung hieß.

Damit sprach die Regierung allen Volksgefühlen Hohn, und gab den festen Entschluß zu erkennen, jede geistige Regung, wie zeither, so auch künftig zu unterdrücken.

Das Einzige, was die Regierung im Auge behielt, war Förderung der materiellen Wohlfahrt des Volks, doch blieb sie auch hierbei auf einem einseitigen Standpunkte stehen, welcher eine freie Entwickelung der vorhandenen Kräfte, eine großartige Benutzung aller reichen Hülfsquellen des Landes behinderte. Die östreich'sche Industrie konnte es nur in wenigen Artikeln dahin bringen, die Mitbewerbung des Auslandes zu ertragen und mit ihren Erzeugnissen auf dem Weltmarkte zu erscheinen; dem Handelsverkehr waren arge Beschränkungen auferlegt und der Ackerbau auf diesem einst fruchtbaren Boden lange nicht auf der Stufe rationeller Entwickelung, wie wir ihn selbst in den sandigen Flächen Brandenburgs oder Pommerns erblicken. Während in einzelnen Händen sich große Schätze sammelten, war kein allgemein verbreiteter solider Wohlstand vorhanden. Eine übermäßige Genußsucht, wie sie einem lebhaften Volke natürlich war, dem man die werthvolleren Güter des Geistes vorenthielt, zehrte an dem Marke des Landes und hinderte den Erwerb durch Sparsamkeit zu sichern. Das schroffe Wesen des Beamtenstandes verletzte das erwachende Selbstgefühl des Bürgers und Landmanns und machte ihm die Bevormundung täglich unerträglicher.

Durch alles dieses war in allen Klassen der Gesellschaft ein Mißbehagen verbreitet, eine Erregbarkeit hervorgebracht worden, welche die Gemüther für die im März hereinbrechenden Ereignisse vorbereitet und dafür empfänglich gemacht hatte.

Schon die Reformen Pius IX., die Vorgänge in der Schweiz, die kraftvollen Fortschritte auf dem ungarischen Reichstage in Preßburg hatten tiefe Sympathieen erregt; als aber der Julithron in Frankreich zusammenbrach, als der dort gegebene Anstoß seine Schwingun-

gen auf deutschem Boden fortpflanzte, als Baden, Hessen, Nassau, Würtemberg, Bayern von dieser Bewegung ergriffen wurden, erwachte auch Wien und eine fieberhafte Anspannung der Geister trat mit jedem Tage erkennbarer hervor. Was die inländischen Zeitungen verschwiegen oder bemäntelten, wurde schnell durch fremde Blätter bekannt. Alle öffentlichen Orte wimmelten von Menschen, welche die einlaufenden Neuigkeiten gierig verschlangen und mit einem Eifer, einer Wärme besprachen, welche voraussehen ließ, daß man nicht bei Worten stehen bleiben, sondern zu Thaten übergehen werde. Ueberraschend schnell bildete sich eine öffentliche Meinung, welche selbst in den untersten Klassen Wurzel schlug. Es bedurfte nur einer Hand, um diese entzündlichen Stoffe in Flammen zu setzen, und die nachfolgende Erzählung soll uns zeigen, woher diese sich zu dem verwegenen Unternehmen erhob.

Die Erhebung von Wien.

Den ersten gewichtigen Ausdruck fand die öffentliche Meinung in der Monatsversammlung des niederöstreichschen Gewerbvereins am 6. März, in welcher der Bruder des Kaisers, Erzherzog Franz Karl, als Beschützer des Vereins, nebst vielen hochstehenden Männern, anwesend war.

Das Vereinsmitglied, Herr Joseph Arthaber, entwickelte die Lage Oestreichs im Angesichte der von allen Seiten hereinbrechenden drohenden Ereignisse, und schlug vor, Sr. Kaiserl. Majestät durch Vermittlung des Vorsitzenden des Gewerbvereins, Grafen Ferdinand Colleredo-Mansfeld, eine Adresse zu überreichen, um dem Monarchen die Besorgnisse und Wünsche der Hauptstadt kund zu geben. Der Antragsteller las zugleich einen Entwurf zu dieser Adresse vor, welcher, wie folgt, lautete:

„Eure Majestät! Ungeheure Ereignisse haben im Westen von Europa stattgefunden; der Credit ist auf das Tiefste erschüttert, alle Gewerbe stocken und es droht die höchste Gefahr! Nur ein festes, inniges

Anschließen der Regierung an die Stände und Bürger, ein festes, inniges Anschließen Oestreichs an die Interessen des gemeinsamen deutschen Vaterlandes und Offenheit kann das alte, so oft erprobte Vertrauen wiedergewinnen! In dieser Zeit der Noth wagt es daher der gehorsamste niederöstreich'sche Gewerbverein, Eurer Majestät die Versicherung zu geben, daß alle seine Glieder bereit sind, Gut und Blut für das angestammte Kaiserhaus zu opfern, indem sie überzeugt sind, daß Eure Majestät nur die weisesten und zweckmäßigsten Mittel wählen werden, das drohende Unglück abzuwenden."

Mit rauschendem Beifall ward diese Adresse angenommen, und der Erzherzog sprach selbst seine Anerkennung der darin geäußerten Gesinnungen aus, die er dem Kaiser hinterbringen werde.

So gemäßigt die Sprache war, welche der Gewerbverein führte, erregte dieser ungewohnte Schritt in Wien doch großes Aufsehen, und diente Anderen zur Ermuthigung, dieselbe Bahn zu betreten. Die nahe bevorstehende Eröffnung der niederöstreich'schen Stände, von denen man eine kräftige Haltung erwartete, gab Veranlassung, sich an diese zu wenden, und von vielen Seiten her wurden Adressen vorbereitet, welche die Stimmung und die Ansprüche des Landes ausdrücken und, von den Ständen bevorwortet, an den Thron gebracht werden sollten.

Mit zahllosen Unterschriften von Männern aller Klassen der Gesellschaft bedeckt, wurde eine solche schon am 9. März dem ständischen Vorstande übergeben, worin die Erwartung, daß der Weg des friedlichen Fortschritts unverweilt betreten, sowie ein festes Anschließen an die deutschen Interessen und die deutsche Politik stattfinden werde, ausgedrückt und nachstehende Forderungen hervorgehoben wurden:

a) Unverweilte Veröffentlichung des Staatshaushalts.

b) Periodische Berufung eines, alle Länder der Monarchie, sowie alle Klassen und Interessen der Bevölkerung vertretenden, ständischen Körpers mit dem Rechte der Steuerbewilligung und Controle des Finanzhaushalts, sowie der Theilnahme an der Gesetzgebung.

c) Preßfreiheit mit einem Preßgesetz.

d) Oeffentlichkeit in der Rechtspflege und Verwaltung.

e) Ein zeitgemäßes Gesetz über die Gemeindeverfassung, und

f) Vertretung der in der gegenwärtigen Ständeverfassung gar nicht oder nur unvollständig begriffenen Elemente des Ackerbau's, der Gewerbthätigkeit, des Handels und der Gelehrsamkeit. Andere Körperschaften: der Handelsstand, die Künstler, Schriftsteller, Buchhändler, die stimmberechtigten Bürger folgten dem gegebenen Beispiele; von den Ständen selbst wurden bereits wichtige Anträge vorbereitet, und diese in Wien so völlig neuen Erscheinungen erlangten schnell eine Bedeutung, vor der die Regierung nicht die Augen verschließen konnte.

Das erste Zugeständniß an die öffentliche Meinung war eine amtliche Erklärung vom 10. März, daß Oestreich die Vorgänge in Frankreich als eine innere Angelegenheit jenes Landes erachte, in welche sich die Regierung auf keine Weise einmischen werde. Daß hiermit die Regierung von allen kriegerischen Maßregeln absah, machte einen günstigen Eindruck auf die Gemüther.

Am heftigsten wurde die Jugend der Hochschule von dem erwachten Leben im Volke ergriffen. Die Stellung, welche die östreich'schen Studenten bis dahin eingenommen hatten, war, zumal wenn wir dieselbe mit den Verhältnissen auf anderen deutschen Hochschulen vergleichen, eine entwürdigende. Nicht lange vorher war der ärgerliche Fall vorgekommen, daß ein Professor einem Studenten Ohrfeigen gegeben hatte, und wo ein solcher Fall überhaupt möglich ist, kann man leicht folgern, welcher Art das ganze Verhältniß zwischen Lehrer und Schüler auf den östreich'schen Hochschulen war. Die geringe Achtung, welche die Studenten bei ihren nächsten Vorgesetzten genossen, übertrug sich auf weitere Kreise. Die Zurücksetzung, die diese jungen strebsamen Männer in der bürgerlichen Gesellschaft erduldeten, war für sie eben so verletzend, als die Behandlung, welche die Wissenschaft auf den östreich'schen Hochschulen erfuhr, beengend für den geistigen Gesichtskreis der Stu-

dierenden war. Darf es daher Wunder nehmen, wenn die lang genährte Sehnsucht nach besseren Zuständen mit verstärkter Gewalt in einem Zeitpunkte erwachte, in dem so viele mit Schmerzen getragene Ketten gerüttelt wurden, um sie zu sprengen?

Dennoch waren es geringfügige Anfänge, aus denen sich Begebenheiten entwickelten, welche, lawinenartig fortrollend, eine mächtige Monarchie erschütterten und zu begraben drohten.

Am Abend des Faschingdienstages saßen sieben muntere Studenten, meist Mediziner des fünften Jahres, in dem Schankhause zum Stern in der Alservorstadt bei einem frohen Zechgelage zusammen. Unter tändelndem Scherze und muthwilligen Possen waren die Stunden verstrichen und es bereits Nacht geworden, als sich das Gespräch unvermerkt auf den Boden der politischen Zustände hinüberspielte. Die großen Ereignisse der Zeit, ihre Rückwirkung auf Oestreich, die Aeußerungen der öffentlichen Meinung in Wien, die daran sich knüpfenden Befürchtungen und Aussichten wurden Gegenstand der Unterhaltung, und die heitere Laune, welche noch kurz vorher diesen kleinen Kreis belebt hatte, machte einer ernsten Betrachtung der Dinge Platz. Plötzlich rief der Mediziner Löser aus: „Brüder! Wir sollten den Abend würdig beschließen! Wenn alle Welt ihre Stimme erhebt, dürfen wir nicht schweigen; erlassen wir auch eine Adresse und zwar gleich hier vom Stern aus." Dieses halb im Ernst, halb im Scherz gesprochene Wort fiel wie der Funke in eine Pulvertonne. Erregt von Lust und Wein riefen die Andern: „So sei es!"

Bei näherer Erwägung aber besann man sich, daß, von so kleiner Zahl ausgehend, dieser Schritt des Eindrucks verfehlen würde und ein Zusammenhalten der ganzen Burschenschaft nöthig sei, um ihrer Ansprache das erforderliche Gewicht zu verschaffen. Man kam daher überein, daß Jeder in dem Kreise seiner Bekannten Theilnehmer werben und auch die übrigen Fakultäten in das Interesse hineinziehen sollte. Folgenden Tages machte sich die Sache rasch. Die Juristen, welche bereits dieselbe Idee gehabt, schlossen sich an und auch die Schüler der polytechnischen Anstalt, die sich an die einfluß-

reiche Stellung ihrer Brüder in Paris erinnerten, sagten ihre Theilnahme zu. Am 9. März fand demzufolge eine Zusammenkunft von etwa 40 jungen Männern statt, um sich über die Abfassung einer Adresse zu verständigen. Jeder übernahm es, in seinem Kreise Unterschriften dafür zu sammeln und über den Erfolg in einer zweiten Sitzung am 11. März Bericht zu erstatten. Das so rüstig begonnene Unternehmen stieß aber auf Hindernisse. Manchen schien es bedenklich, sich auf eine Sache einzulassen, die gefährliche Folgen haben konnte. Die Strenge der östreich'schen Behörden war aus früheren Vorgängen nur allzubekannt, und die trübe Aussicht auf den Spielberg, das gefürchtete Staatsgefängniß in Brünn, schreckte Viele zurück, ihre Hand zu dem verwegenen Bunde zu reichen.

Die Beherzten, und unter diesen wieder der uns schon bekannte Löser, bekämpften jedoch in kräftiger Rede das verzagte Zurückweichen von einem großen Ziele. „Es ist ein Kampf für die höchsten Güter des Lebens," riefen sie, „treten wir jetzt feige zurück, so wird der Augenblick nicht leicht wiederkehren, ein verhaßtes System zu stürzen, dessen Druck gerade wir am schmerzlichsten empfinden. Freiheit der Wissenschaft, Freiheit im bürgerlichen Leben, unsere ganze Zukunft steht auf dem Spiele. Frisch drauf los! Dem Muthigen hilft Gott!" Diese befeuernden Reden blieben nicht ohne Wirkung. Eine in zahmen Wendungen abgefaßte Adresse wurde verworfen, der kräftige Wortlaut der zuerst vorgelegten beibehalten, und der Beschluß gefaßt, diese am folgenden Morgen, früh um 8 Uhr, in der Aula, dem großen Sprechsaale der Universität, zu überreichen.

Zu dieser Stunde fand man jedoch den Saal verschlossen. Der oberste Kanzler, Graf Inzaghi, von dem Vorhaben der Studenten unterrichtet, hatte den Befehl hierzu gegeben und die Professoren angewiesen, ihre Schüler von dem beabsichtigten Schritte abzumahnen. Als Jene in solcher Absicht sich einfanden, war jedoch bereits das ganze Gebäude der Universität mit Studenten angefüllt, welche lärmend die Oeffnung der Hörsäle verlangten, die Thüren zu sprengen drohten und nur mit Mühe da-

hin gebracht werden konnten, ihren Lehrern Gehör zu schenken.

Den beiden Professoren Endlicher und Hye, welche damals in großer Achtung standen, gelang es endlich, zu Worte zu kommen und die aufgeregten Jünglinge durch das Versprechen zu beschwichtigen, daß sie selbst die Adresse der Hochschule dem Kaiser überreichen würden. Dieser Zusage zufolge begaben sie sich um 11 Uhr früh in die Burg, konnten aber den erbetenen Zutritt zu der Person des Monarchen nicht sogleich erlangen. Erzherzog Ludwig empfing die Abgesandten der Hochschule anfänglich kalt, fast unfreundlich und nur ein Händedruck an Endlicher und die Zusicherung, daß der Staatsrath, der zu einer Versammlung um zwei Uhr berufen worden, diese Angelegenheit in Betracht ziehen werde, gewährte einige Beruhigung.

Um vier Uhr Nachmittags erhielten die beiden Professoren den Befehl, vor dem Kaiser zu erscheinen. Freundliche Worte und das Versprechen, die gestellten Anträge näher zu erwägen, war jedoch Alles, was sie der ungeduldigen Jugend zurückbringen konnten.

Dadurch nicht befriedigt, erwarteten die Studenten und überhaupt die aufgeregten Massen der Bevölkerung Wiens sehnsüchtig den folgenden Tag, den 13. März, an dem die Sitzungen der niederöstreich'schen Stände eröffnet werden sollten, da dieser Vorgang eine Gelegenheit bot, die Sachen der Entscheidung näher zu führen. In gleicher Richtung mit der Hochschule hatte der politisch-juridische Leseverein, zu dem sich in Wien Alles zählte, was auf Bildung Anspruch machte und dem Fortschritte huldigte, die öffentliche Meinung bearbeitet und schon in den vorangegangenen Tagen war die Ansicht allgemein verbreitet: „Am 13. März erleben wir eine Revolution!“

Bereits in den frühen Morgenstunden dieses Tages wogten und drängten die Volsmassen in den Straßen der Hauptstadt, nahmen aber besonders ihre Strömung nach der Herrngasse, in welcher der Palast der Stände liegt. Dahin setzte sich auch zwischen 10 und 11 Uhr der Zug der Studirenden in Bewegung, um persönlich eine Petition zu überreichen, in welcher sowohl die be-

sonderen Wünsche der Hochschule, als die Begehren des östreichschen Volks im Allgemeinen niedergelegt worden waren.

Die Regierung hatte diesen Anstalten nicht unthätig zugesehen. Die Truppen der Besatzung waren theils in den Kasernen konsignirt, theils in der Burg, ihren Umgebungen und auf andern geeigneten Plätzen aufgestellt. Am Ständehause befanden sich Polizeibeamte, die dem Eindringen des Volks wehren wollten, aber bei Seite geschoben wurden, und bald füllte sich der geräumige Hof des Gebäudes mit Menschen an. Der Breterverschlag eines Brunnens mußte als Rednerbühne dienen, die zuerst Dr. Fischhof, ein ungarischer Israelit und Arzt, bestieg, um dem Volk Zweck und Bedeutung des Tages zu erklären, die gedrückte Lage des Landes darzulegen und das, was zur Abhülfe erforderlich sei, nachzuweisen. Die Stimme des Redners war nicht durchdringend genug, um weithin verstanden zu werden, daher lösten ihn Andere ab. Der Pole Burian, Ritter v. Böhm aus Wien, Herrmann aus Steyermark richteten nacheinander begeisterte Worte an die versammelte Masse, die mit Jubel aufgenommen wurden.

Einen besonders hinreißenden Eindruck machte die Verlesung der Rede, welche Kossuth am 3. März an der ungarischen Ständetafel zu Preßburg gehalten und worin er allgemeine Volksvertretung, gleiche Tragung der Steuern, Freiheit der Presse in glühenden Worten verlangt hatte. Wie Kossuth seine Zuhörer mit dieser Rede überwältigt hatte, spannte dieselbe auch die Gefühle der Wiener auf das Höchste an, und die nüchterne Antwort, welche die versammelten Stände auf die ihnen überreichte Petition ertheilten, konnte daher in solcher Stimmung keine Befriedigung gewähren. Man zerriß diese Schrift, und ein Redner auf dem Brunnen forderte die grollende Menge auf, ihre Forderungen einzeln vorzutragen. Viele Stimmen sprachen hierauf die Begehren aus, welche sie für die öffentliche Wohlfahrt für geeignet hielten, und jede solche Aeußerung wurde mit lautem Beifall aufgenommen. Der Ständemarschall, Graf Montecuccoli, hatte, als er den üblen Eindruck der ständischen Beschlüsse wahrnahm, eine Abordnung

von zwölf Studenten entboten, um sich mit ihnen über ihre Anträge zu verständigen; während aber diese Berathungen gepflogen wurden, schwang sich Herrmann aus Steyermark auf einen Balkon und rief: „Was braucht es hier vieler Worte; was wir bedürfen, ist eine Verfassung, und so lebe unser konstitutioneller Kaiser!" Dieses Wort zündete wie ein Blitzstrahl. Ungeheurer, langanhaltender Beifallssturm folgte der kurzen Ansprache, und der tausendstimmige Ruf: „Es lebe der konstitutionelle Kaiser!" drang aus dem Hofe des Ständehauses zu den draußen harrenden Massen, welche durch junge Redner, die von den Schultern ihrer Genossen herab sprachen, von Allem, was im Ständehause vorging, unterrichtet und zu gleicher Begeisterung erregt worden waren. Plötzlich drang das Geschrei: „Zu Hülfe, man will uns einsperren; Böhm ist schon verhaftet!" von den Fenstern des Ständehauses herab. War es ein Mißverständniß, oder wollte man sich wirklich der zwölf Abgeordneten bemächtigen? es ist nicht hinreichend aufgeklärt worden, aber sogleich stürmte die Menge die Treppen des Palastes hinauf, sprengte die Thüren, zertrümmerte Alles, was sich im Saale vorfand und führte die Abgeordneten im Triumphe davon. Außen, wo man nicht recht erfuhr, was vorgegangen sei, steigerten irrige Gerüchte die aufgeregte Stimmung. Man schrie, daß Soldaten eingedrungen seien und ein Blutbad bevorstände. In dieser Verwirrung drängte Alles fort und gegen die Grenadiere, welche den Eingang der Herrengasse zum Michaelerplatz besetzt hielten. Diese wichen zurück, aber die Menge stieß auch auf eine Abtheilung Pionniere, welche zwischen der Herrengasse und Freiung aufgestellt war. Hier kam es zu einem blutigen Vorgang. Mit einer Latte wurde ein Hauptmann in's Gesicht geschlagen, und dieser befahl nun seinen Leuten, Feuer zu geben. Das Volk prallte zurück, wurde aber durch den Andrang der aus dem Ständehause kommenden Studenten wieder vorwärts getrieben. Eine zweite Salve erfolgte; mehrere Menschen stürzten verwundet oder todt — unter diesen der 18jährige Gewerbschüler Spitzner aus Mähren — nieder. Wuthgeschrei erhob sich und wurde lauter, als man auch auf andern Punk-

ten, am hohen Markt, auf der Freiung, Schüsse fallen hörte. Das wehrlose Volk bewaffnete sich mit Allem, was ihm zur Hand lag; das Straßenpflaster wurde aufgerissen, besonders aber wälzte sich der Strom nach dem ständischen Zeughause am Hof, das jedoch Kuirassiere besetzt hielten. Das Volk zerbrach die Schilderhäuser, die Anschlagtafeln; es ergriff Steine und schleuderte jeden Gegenstand, dessen es habhaft werden konnte, den Soldaten gegen die Köpfe.

Die allgemeine Erbitterung bezeichnete den Erzherzog Albrecht als den Urheber dieses Blutvergießens, und er hat auch später diese Stimmen nicht zum Schweigen bringen können, obwohl er sich öffentlich von jeder Mitwirkung lossagte. In den Vorstädten wurde es gleichfalls unruhig; auch dort floß Blut und die Menge versuchte in die Stadt zu dringen. Ungern folgten die Truppen den an sie ergangenen Befehlen, wenigstens spricht die That des Artilleristen Pollet dafür, der, als am Michaelerplatz die dort aufgestellten Geschütze gegen das Volk verwendet werden sollten, vor seine Kanone trat und ausrief: der erste Schuß müsse ihn hinstrecken; das Volk begehre Freiheit und die wolle er seinen Mitbürgern nicht entreißen.

Das Volk hatte einen Major vom Pferde gerissen, einen verwundeten Bürger auf dasselbe gesetzt und ihn durch die ganze Stadt mit dem Ausruf geführt: Seht! so geht es denen, die für eure Freiheit kämpfen.

Ueberall, wohin der Zug kam, auf dem Graben, in der Kärnthnerstraße, auf dem Mehlmarkt entblößte die Menge das Haupt vor dem Opfer des Freiheitskampfes, und Verwünschungen „gegen die Schergen der Tyrannei" erfüllten die Luft. Der Aufruhr ward allgemein; alle Thore waren geschlossen, Kanonen auf dem Glacis aufgefahren, aber die Bevölkerung der Vorstädte sprengte das Schottenthor, das Burgthor wurde angegriffen, alle Gaslampen zertrümmert und ein allgemeiner Kampf schien unvermeidlich. Der Name Metternichs, von Flüchen begleitet, war auf allen Lippen. Darin begegneten sich die Stimmen Aller, daß dieser verhaßte Staatsmann entfernt werden müsse. Um 5 Uhr Nachmittags versammelten sich die Studenten in der

Aula der Universität und schickten von da ab eine Abordnung unter dem Rector magnificus in die Hofburg. Sie traf dort mit den Abgeordneten der Bürgerschaft und andern Körperschaften zusammen, die sich alle zu der Bitte vereinigten, den Fürsten Staatskanzler ungesäumt zu entlassen und die Wünsche des Volks zu gewähren, da nur auf diesem Wege einem furchtbaren Kampfe auszuweichen sei. Ein schnell versammelter kaiserlicher Familienrath erkannte die Nothwendigkeit der Gewährung an, und obgleich Fürst Metternich aus seiner Stellung nicht weichen wollte und sich auf seine dem Reiche geleisteten Dienste berief, so konnte er damit, angesichts der Lage, in welche er Oestreich gebracht, doch nur das Lachen selbst dieses hohen Kreises erregen.

Der Kaiser, dessen gefühlvolle Seele das vergossene Blut bereits tief schmerzte, entließ die Abgeordneten mit den bestimmtesten Zusicherungen, und schon um 9 Uhr Abends erschien eine kaiserliche Bekanntmachung, welche die Errichtung einer Bürgergarde, einer akademischen Legion und die Eröffnung des bürgerlichen Zeughauses zu ihrer Bewaffnung befahl. Das war eine genügende Bürgschaft. Indem der Kaiser den Bürgern selbst die Waffen in die Hand gab, konnte es seine Absicht nicht sein, die billigen Wünsche des Volks unbefriedigt zu lassen. In der Stadt kehrten Vertrauen und Ruhe zurück und ein wahrer Siegestaumel ergriff am nächsten Tage die Bevölkerung. Wien hatte von jeher eine nur wenig zahlreiche Bürgergarde gehabt, jetzt aber eilte Alles in die Reihen derselben, so daß sie bald 40,000 Mann zählte. Auch die Studenten erschienen im neuen Waffenschmuck und wurden, wo sie sich sehen ließen, von Frauenhänden mit Blumen beworfen. In den Vorstädten ging es stürmischer her. Der schöne Palast des Fürsten Metternich wurde verwüstet, er selbst genöthigt, sich durch die Flucht zu retten, um dem Schicksale zu entgehen, das ihn in seinem Bilde bedrohte, welches auf dem Vorplatze seiner Wohnung aufgehängt wurde.

Die Zollstätte an der Mariahilfer Linie steckte das Volk in Brand, warf einen Zollwärter voll rasender Wuth in die Flammen und wagte sich an die Zerstörung mehrerer Fabriken. Diesem verbrecherischen Trei-

ben trat jedoch die neu geschaffene Nationalgarde und die bewaffnete Schaar der Studenten im Verein mit den Truppen entgegen. Viele dieser Uebelthäter fanden ihren Tod oder wurden in das Gefängniß abgeführt, doch konnte diesem wilden Treiben erst spät gesteuert werden. Auch innerhalb der Stadt wurde am Abend des 14. März die Stimmung wieder bedrohlicher, als die weiteren Zugeständnisse des Kaisers, denen man entgegen sah, auf sich warten ließen. Mehrere Kundgebungen fanden an der Hofburg statt, wobei ein gewisser Häfner, der sich später oft bemerklich gemacht hat, zuerst eine Rolle spielte.

Endlich erschien der kaiserliche Erlaß, welcher die Errichtung der Nationalgarde verbriefte und den Feldmarschall-Lieutenant Ernst Grafen von Hoyos zum Befehlshaber derselben ernannte. Gleichzeitig erfolgte die Aufhebung der Censur mit dem Beifügen, daß ein Preßgesetz veröffentlicht werden solle, so wie die Zusicherung, daß der Kaiser die Stände seiner deutschen, slavischen und italienischen Reiche durch Abgeordnete versammeln werde, um sich ihres Beiraths bei allen Fragen über Gesetzgebung und Landesverwaltung zu bedienen und daß der Zusammentritt dieser Vertreter der Nation spätestens am 3. Juli erfolgen solle.

Mit der Bekanntwerdung dieser kaiserlichen Entschließungen brach ein neuer Sturm des Entzückens in Wien los. Fahnen wehten aus den Häusern, patriotische Lieder wurden auf den Straßen gesungen, dem Kaiser tausendfache Lebehochs gebracht und die ganze Stadt auf das Glänzendste beleuchtet. Zwar ließen sich einige Eulenstimmen vernehmen, welche an dem Inhalt der ergangenen Kundmachungen mäkelten. Das Wort, „Preßfreiheit" sei darin nicht enthalten, diese also nicht verbürgt. Man hörte nicht darauf. Wird die Censur aufgehoben, so ist die Presse frei und der Kaiser wird nicht mit der andern Hand wieder nehmen, was er mit der einen gab. Damit brachte man diejenigen zum Schweigen, welche die Freude stören wollten, die in allen Herzen wogte, und Straßen wie Häuser mit ihrem lautesten Ausbruch erfüllte. Ein Umzug, den der Kaiser mit seiner Gemahlin und vielen Gliedern der kai-

serlichen Familie um 11 Uhr früh am folgenden Morgen in mehreren Wagen durch die Stadt hielt, wurde zu einem wahren Volksfeste. Mit Begeisterung wurde der Monarch empfangen, der selbst, tief gerührt, erst jetzt seinem Volke nahe getreten zu sein schien, nachdem er bereitwillig die Wünsche desselben erfüllt und den Grundstein zu dem Bau gelegt hatte, der die Wohlfahrt des Staats in verjüngten Formen zu umfassen bestimmt war. Voll von diesen Eindrücken und um jeden Zweifel über seine Gesinnungen zu beseitigen, unterzeichnete er noch an dem nämlichen Tage eine Verordnung, welche sogleich bekannt gemacht wurde. Er sagte darin:

Die Preßfreiheit ist durch meine Erklärung über Aufhebung der Censur in derselben Weise gewährt, wie in allen Staaten, wo sie besteht. Bei den zu versammelnden Ständen wird der Bürgerstand eine verstärkte Vertretung erhalten. Zum Behuf der von Uns beschlossenen Reichsverfassung ist das Nöthige verfügt.

Was der Kaiser dagegen wünschte: die Rückkehr von Vertrauen, Ordnung und Ruhe, hätte er billig erwarten dürfen; allein ein in Gährung gerathenes Volk klärt sich so schnell nicht wieder ab.

Am Abend des 15. März erschien, den Erzherzog Stephan an der Spitze, eine Abordnung von 150 Mitgliedern beider Ständetafeln des ungarischen Reichstages in Preßburg, denen 300 Juraten — die ungarische Landtagsjugend — folgten. Was diese Abordnung bezweckte, den Kaiser zur Gewährung allgemeiner Freiheiten zu bestimmen, war eigentlich schon erreicht, doch hatten sie für Ungarn besonders noch viel zu verlangen, was dem Monarchen abgedrungen werden sollte, und wovon wir später sprechen.

Der Empfang, der den Ungarn in Wien zu Theil wurde, war nicht weniger lebhaft und allgemein, als der, womit kurz vorher das Erscheinen des Kaisers begrüßt worden war.

Dem Erzherzoge Stephan spannte das Volk, alles Widerstrebens ungeachtet, die Pferde aus und zog ihn zur Burg. Unter den Abgeordneten waren es besonders Graf Ludwig Bathyanyi und Kossuth, welche die Blicke

auf sich richteten. Letzterer wurde emporgehoben und mußte von den Schultern seiner Träger herab zum Volke sprechen, das jedem seiner Worte wie Weissagungen lauschte. Am folgenden Tage gewährte der Kaiser den Ungarn Alles, was sie von ihm verlangten, und bei ihrer Abfahrt wiederholte sich der Sturm der Begeisterung, der sie bei ihrer Ankunft begrüßt hatte. Die Nationalgarde bildete am Einschiffungsplatze, wo die Ungarn die Dampfboote bestiegen, ein Spalier, und rauschendes Lebehoch tönte ihnen nach, als sie die Donau hinabglitten.

Nächst dem Fürsten Metternich war der Polizeiminister, Graf Sedlnitzky, der unbeliebteste unter den Räthen der Krone. Er legte am 17. März seine Stelle nieder, auch Czapka, der Bürgermeister von Wien, der in großer Ungunst stand, trat zurück. Ein verantwortliches Ministerium übernahm die Leitung der Staatsgeschäfte. Graf Kolowrat als Präsident, Graf Ficquelmont für das Auswärtige, der zeitherige Hofkanzler Frhr. von Pillersdorf für das Innere, Graf Taafe für die Gerechtigkeit, Frhr. v. Somaruga für den Unterricht, Baron Kübeck für die Finanzen, waren die Männer, welche das Staatsschiff in der neuen Richtung lenken sollten. Ungern vermißte man unter ihnen auch nur einen bürgerlichen Namen, doch ward kurz darauf diesem Vorwurfe abgeholfen, als F. M. L. Peter Zanini das Portefeuille des Kriegsministeriums erhielt. Die Stände wählten einen Ausschuß von 12 Mitgliedern, denen der Bürgerausschuß 12 Andere aus seiner Mitte zur Besorgung der laufenden Geschäfte beigesellte.

Von den am 13. März Gefallenen waren 28 bereits von ihren Familien zur Erde bestattet worden; das feierliche Begräbniß der übrigen 11 Leichen fand am 17. März statt und war unstreitig das imposanteste Grabgeleite, das Wien jemals gesehen hat.

Man zählte allein 25 bis 30,000 Bewaffnete mit 392 Fahnen dabei. Unermeßlich war der Zug; alle Frauen in Trauer, in allen Mienen Ernst und Würde. Reiche Spenden für die Hinterbliebenen gingen ein: die Handlungshäuser Rothschild, Sina, Stametz - Meier, Arnstein und Eskeles gaben allein 15,500 Gulden.

Alles schien in der neuen Richtung ruhig fortgleiten zu wollen, oder, was ihr im Wege stand, den Platz zu räumen. Der Kaiser begnadigte am 20. März die wegen der Unruhen in Galizien, wie in den italienischen Provinzen Verhafteten, entließ am nächsten Tage den obersten Kanzler, Grafen Inzaghi; der unbeliebte Erzherzog Ludwig zog sich am 5. April von allen Geschäften zurück, wogegen der Bruder des Kaisers, Erzherzog Franz Carl, den Monarchen mit seinem Rathe unterstützen sollte. Baron Kübeck, der seine frühere Volksthümlichkeit verloren hatte, übergab am 3. April dem Freiherrn v. Kraus die Leitung der Finanzen und auch der alternde Graf Kolowrat trat zurück, dessen Geschäfte Graf Ficquelmont übernahm. Auf den Antrag der niederöstreichischen Stände erschien am 11. April ein Gesetz über Ablösung der Roboth, Zehnten und anderer Grundlasten, welches später auch auf andere Provinzen ausgedehnt wurde. Der Staatshaushalt wurde bekannt gemacht; nach allen Seiten richtete sich die Thätigkeit der Regierung in einer den ertheilten Verheißungen entsprechenden Weise, aber sie vermochte dennoch nicht, gleichen Schritt mit den wachsenden Ansprüchen zu halten. Das Preßgesetz vom 1. April, das Freiherr v. Pillersdorf entworfen und das freilich noch einige sehr beschränkende Bestimmungen enthielt, erregte bei Schriftstellern, Buchhändlern und an der Hochschule großes Mißvergnügen, wurde verbrannt und mußte zurückgezogen werden. Bis zum 20. Mai bestand thatsächlich gar keine Beaufsichtigung der Presse; die vorläufige Verordnung, die hiefür an jenem Tage gegeben wurde, ließ ihr einen um so größeren Spielraum, als es der Regierung an Kraft gebrach, gegen Ueberschreitungen gesetzliche Mittel anzuwenden. Leider wußten die Schriftsteller sich die Grenzen nicht selbst zu stecken, die das Gesetz offen gelassen hatte, und selbst die wärmsten Freunde der Preßfreiheit, zu denen wir gehören, müssen mit Bedauern gestehen, daß in Wien mit dieser edeln Gabe ein schamloser Mißbrauch getrieben worden ist. Der Anschluß an Deutschland hatte in den Tagen der eben erwähnten Freiheit begeisterte Anhänger in Wien, und das Aufziehen einer riesigen Fahne mit den deutschen Farben am

Stephansthurm wurde am 2. Mai von mehr als 30,000 Zuschauern mit einer Freude begrüßt, die schöne Erwartungen anregte. Wirklich hätte die noch sehr wurzellose Pflanze der Volksrechte in den dafür besser vorbereiteten Boden Deutschlands hinüberreichen müssen, um dort Nahrung zu saugen, nur nahm man die Sache ziemlich gedankenlos hin, bedachte nicht die Folgen derselben und das Widerstreben der slavischen Bevölkerungen, noch die Verhältnisse zu denselben im Gesammtstaat. Nie hat es dem Blicke eines östreichschen Staatsmannes glücken wollen, die Anknüpfungspunkte aufzufinden, die unsere gegenseitigen Interessen leicht und frei mit einander zu verbinden vermöchten. Weder in der Presse, noch im östreichschen Reichstage oder im Ministerium ist man sich darüber klar geworden, und während man in Wien jubelte, als auch der Kaiser in der Hofburg eine dreifarbige Fahne aufpflanzte und die gewählten Abgeordneten zum Fünfzigerausschuß abreisten, haben wir darin nicht mehr als ein unschuldiges Spiel mit unbewußten Begriffen zu erkennen vermocht. Der Erzbischof Milde von Wien verfuhr sehr unbedacht, als er die deutsche Fahne am Thurme der Stephanskirche nicht dulden wollte. Eine ungeheure Katzenmusik, die man ihm brachte, schien nur ein Vorspiel zum Angriff des erzbischöflichen Palastes zu sein, doch kam er demselben durch eine rasche glänzende Erleuchtung, während deren er selbst die drei Farben entfaltete, noch glücklicher Weise zuvor. Einen ernsteren Angriff hatten die Jesuiten auszustehen, die sich unter dem Namen der Ligorianer und Redemptoristen in Wien eingenistet hatten und das Ohr des Hofes belagerten. Sie waren genöthigt, die Stadt zu verlassen, was nur unter dem Schutze der Nationalgarde geschehen konnte, sahen auch auf dem Lande ihre Sicherheit bedroht, und der Erzbischof Milde, der sich ihrer in einem Schreiben an den Minister von Pillersdorf annahm, wäre beinahe selbst wieder das Opfer des Volkshasses geworden. Eine kaiserliche Verordnung vom 8. Mai löste den Orden in den östreichschen Staaten auf, doch behielt derselbe in Tyrol einstweilen seine Klöster.

Erzherzog Albrecht war der ungünstigen Stimmung

wider ihn gleichfalls gewichen, und im Militärbefehl über Niederöstreich durch den Grafen Auersperg ersetzt worden; aber auch Andere vermochten sich in ihrer Stellung nicht zu erhalten. Graf Taafe trat am 20. April zurück, worauf v. Somaruga die Geschäfte des Justizministeriums übernahm; dagegen waren es Rücksichten anderer Art, welche den Kriegsminister Zanini aus dem Ministerium vertrieben. Der fortwährende geheime Einfluß des Erzherzogs Ludwig, der Abgang des Thronerben zum italienischen Heere, ohne Vorwissen und wider den Willen des Ministers, verleideten ihm einen Platz, auf dem er nicht nach freier Ueberzeugung wirken konnte. Graf Baillet Latour war sein Nachfolger und, mindestens was die Behandlung der Kriegsangelegenheit betrifft, ein würdiger Nachfolger, da die glückliche Führung des Krieges in Italien seinen trefflichen Anstalten wesentlich beizumessen ist.

Die Wirren im Kaiserstaat, der in Italien ausgebrochene Krieg brachten die Finanzen in Unordnung, und schon am 18. April mußte bei der Bank eine Anleihe von 30 Millionen Gulden gegen Verpfändung der Salzwerke von Gmunden aufgenommen werden. Diese Aushülfe reichte nicht weit, doch kommen wir später auf diesen Gegenstand noch einmal zurück.

Dem ruhigen Theil der Bürger von Wien wurde das täglich überhand nehmende wühlerische Treiben unheimlich, und da der Schriftsteller Doctor Schütte durch heftige Reden und Schriften vornämlich das Feuer schürte, so verlangten sie dessen Ausweisung, die am 18. April erfolgte. Die Studenten nahmen sich ihres Freundes an und verlangten von dem Minister von Pillersdorf Erklärung über diesen ungesetzlichen Schritt; als dieser aber den schriftlichen Antrag der Bürger Wiens vorlegte, mit denen sich die Hochschule nicht überwerfen wollte, stand man von der weitern Verfolgung dieser Sache ab. So nahte der 25. April, der Geburtstag des Kaisers, auf den man schon längst mit großen Erwartungen hinblickte. Wirklich brachte er auch die ersehnte, von dem Minister v. Pillersdorf ausgearbeitete Reichsverfassung. Da dieselbe noch von einem Geschenk von 100,000 Gulden an die Armen Wiens und dem

Befehl begleitet war, das Heer auf die Verfassung zu beeiden, so war der Jubel an diesem Tage vollständig. Die Verfassung war, wie wohl jedes Menschenwerk, mangelhaft und hätte mancher Verbesserungen bedurft, die mit den versammelten Kammern zu berathen gewesen wären. Im Ganzen war sie mit gehöriger Berücksichtigung auf die Verhältnisse der östreichischen Monarchie entworfen und hätte, in freisinnigem Geiste ausgeführt, wohlthätig wirken, besonders aber den Staat vor den grausamen Erschütterungen bewahren mögen, denen er bald darauf ausgesetzt war. Die Freude in Wien über diese kaiserliche Gabe dauerte nicht lange; die Errichtung einer ersten, aus den kaiserlichen Prinzen, 150 der angesehensten Grundbesitzer und 50 vom Kaiser gewählten Mitgliedern bestehenden Kammer war es vornämlich, womit man unzufrieden war, und diese Stimmung wuchs, als eine tschechische Abordnung, die am 27. April den Kaiser einlud, seine Residenz nach Prag zu verlegen, eine freundliche Aufnahme erfuhr.

Die Hochschule war es, welche sich am entschiedensten gegen die Verfassung aussprach und darüber mit dem politisch-juridischen Leseverein, früher dem Träger aller freisinnigen Ideen, in Zwiespalt gerieth, da dieser der angemaßten Stellung der Studenten hart entgegen trat. In gleiche Ungunst war bei der Hochschule der Ministerpräsident, Graf Ficqelmont, verfallen, der seiner aristokratischen Gesinnungen wegen gehaßt wurde. Ein Schlag sollte gegen beide Feinde gerichtet werden. Eine zahllose Masse, unter Anführung der Studenten, brachte am 3. Mai zuerst dem genannten Leseverein eine großartige Katzenmusik mit allen nöthigen Beigaben und wälzte sich von da zu dem Gebäude der Staatskanzlei, wo unter wüstem Geschrei die Abdankung des Ministers gefordert wurde. Er erklärte mündlich seine Bereitwilligkeit, zurückzutreten, womit sich die Masse anfänglich befriedigte; doch machten ihre Führer später darauf aufmerksam, daß eine schriftliche Verzichtleistung hätte gefordert werden sollen. Diese zu erzwingen, wendete sich der Strom um Mitternacht vor die Privatwohnung des Ministers; Spottlieder wurden gesungen und das Erscheinen des Grafen verlangt. Er war nicht zugegen,

sondern befand sich in dem Palaste seines Schwiegersohns, des Fürsten Clary. Man eilte dorthin und vier junge Leute, Loscowitz, Schüll, Till und Vogt verschafften sich Eingang, betraten mit brennenden Cigarren die Gemächer der Fürstin, und benahmen sich gegen diese wie gegen ihre Tochter auf so rohe Weise, daß es zwischen jenen und dem herbeieilenden Fürsten zu einem sehr heftigen Auftritte kam. Während dieser sein Hausrecht geltend machte, beriefen sich die jungen Leute auf ihre Würde als Abgesandte des Volks, ohne zu erwägen, daß sie erstens von dem Haufen, aus dem sie sich vorgedrängt, keine Vollmacht hatten, und zweitens eine zusammengelaufene Masse nicht das östreichsche Volk ist, welches allein über die Entfernung oder das Verbleiben eines Ministers auf gesetzlichem Wege eine Stimme anzusprechen hatte.

Dieses Verfahren, welches den gerechten Tadel jedes verständigen und gesitteten Menschen verdient, hatte gleichwohl den Rücktritt des Ministers zur Folge, was zu bedauern bleibt, auch wenn er nicht der Mann war, den Oestreich in diesen Tagen bedurfte. Es gab andere und geeignetere Mittel, der öffentlichen Stimme einen Ausdruck zu verleihen, als dieses rohe, gesetzlose Verfahren. Herr von Lebzeltern übernahm einstweilen die Geschäfte des auswärtigen Amtes; die Stellung des Präsidenten im Ministerrathe ging aber auf Herrn von Pillersdorf über, in dessen unsicheren Händen das Schicksal des östreichschen Staats bis zum 8. Juli verblieb. Zugleich wurden zwei neue Ministerien begründet: für öffentliche Arbeiten, welches Hofrath Baumgartner, und für Ackerbau, Handel und Gewerbe, welches der sehr beliebte Freiherr v. Doblhoff, als freisinniges Ständemitglied seit längerer Zeit geschätzt, erhielt.

Am 11. Mai erschien das Wahlgesetz und war der Vorbote neuer Stürme. Jedem selbständigen 24jährigen Manne war das Wahlrecht, jedem 30jährigen das der Wählbarkeit zuerkannt, aber die Studenten wollten, daß auch jeder Unselbständige wahlberechtigt und wählbar sein sollte. Dazu kam ein Verbot gegen den Ausschuß der bewaffneten Nationalgarde. Wo immer bewaffneten Körperschaften das Recht der Berathung und

Beschlußfassung zuerkannt wurde, gingen Friede und Freiheit verloren. Ein lehrreiches Beispiel hiervon stellt uns zumal die Geschichte des Verfalls des römischen Staats vor Augen. Wir können daher dieses Verbot des östreichsten Ministeriums nur als ein völlig gerechtfertigtes und im Interesse der öffentlichen Wohlfahrt erlassenes erkennen; die Wiener Hochschule und die Volksführer oder Verführer der Hauptstadt schrien aber darüber, als ob das heiligste Recht verletzt worden wäre. Die heftigsten Reden wurden gehalten, die Arbeiter in das Interesse gezogen und Verbindungen mit Soldaten, besonders Artilleristen, angeknüpft. An das Ministerium hatte man eine Petition wegen Aenderung des Wahlgesetzes und Rücknahme des Beschlusses gegen den Ausschuß der Nationalgarde gerichtet, da aber die Entscheidung nicht gleich erfolgte, beschloß man, sie zu erzwingen. Am 15. Mai wurde nochmals eine Abordnung an die Minister geschickt; ehe diese jedoch zurückkam, rief die Lärmtrommel die Nationalgarde zu den Waffen; die akademische Legion stellte sich auf, ladete ihre Gewehre und 20,000 Arbeiter hielten sich in den Vorstädten bereit, das Unternehmen im Fall der Noth zu unterstützen. Ganz Wien gerieth in Bewegung; Hunderttausende strömten in allen Theilen der Stadt umher oder hörten den Rednern zu, welche von erhöhten Stellen aus zum Volke sprachen, um seine Leidenschaften aufzustacheln. Um 6 Uhr Abends setzte sich die akademische Legion, 5000 Mann stark, in Marsch und zog mit fliegenden Fahnen, welche die Inschrift trugen: Nur eine Kammer, innigster Anschluß an Deutschland! vor die Burg. Die Höfe füllten sich mit Bewaffneten an und mit tobendem Geschrei wurden die Begehren vorgebracht. Man war nicht bei den früheren Forderungen stehen geblieben. Gemeinschaftliche Besetzung der Wachen in der Burg und an den Thoren durch Nationalgarden und Soldaten; vorherige Bewilligung des Anführers der Bürgergarde, wenn das Militär zur Herstellung der Ruhe aufgeboten wird; Aenderung der Verfassung; Abschaffung der ersten Kammer und allgemeines Stimmrecht wurden als unabweisliche Bedingungen vorgeschrieben. Die Minister riethen dem erschreckten

Monarchen zum Nachgeben und die ersten Forderungen wurden sogleich zugestanden; in Betreff der übrigen traten die Minister in Berathung, aber lärmende Gesänge und drohende Ausrufungen begleiteten die im Rathe gepflogenen Verhandlungen, und als das Ministerium um 11 Uhr noch zu keinem Beschlusse gekommen war, ging das Geschrei in ein wüthendes Geheul über. Pillersdorf erschien am Fenster und verhieß Gewährung, aber die aufgeregte Masse war nicht zu beruhigen. Der unglückliche Greis trat entblößten Hauptes unter die tobende Menge, und es war ein rührender Anblick, als er, während die Nachtluft mit seinen grauen Haaren spielte, flehende Worte verschwendete, um nur Friede und Ruhe herzustellen. Das Werk seiner Hände, die Staatsverfassung, mußte er zerreißen, schriftlich die ertheilten Zusagen bestätigen und dennoch viele herbe Worte hören, die wohl nur seine Schwäche, nicht seine Gesinnung verdiente. Siegberauscht zog die Menge heim, aber die Minister gaben am folgenden Tage ihre Vollmacht in die Hände des Kaisers zurück und erklärten, die Geschäfte nur bis zur Bildung eines neuen Kabinets fortführen zu wollen. An geeigneten Männern hierzu fehlte es jedoch, und man erschrak in Wien, als der Beschluß der Minister, der doch nothwendig voraus zu sehen gewesen wäre, bekannt wurde. Der eben erst wieder bestätigte berathende Ausschuß der Nationalgarde richtete ein Vertrauensvotum an die Minister, und hoffte damit die gewaltsame Behandlung dieser Männer zu vergüten. Der 15. Mai sollte aber noch ernstere Folgen haben. Der Kaiser, der noch am 17ten die Auflösung des Hofkriegsraths und die Zuweisung der Geschäfte desselben an das Kriegsministerium verfügt hatte, fuhr Nachmittags mit der Kaiserin in einer zweispännigen Chaise nach Schönbrunn, kam aber von daher nicht wieder zurück, sondern eilte ohne Aufenthalt über Wels und Salzburg nach Tyrol. Gleichzeitig hatte auch die kaiserliche Familie unbemerkt Wien verlassen und war dem Monarchen gefolgt.

Man hat diese Flucht des Kaisers streng beurtheilt; man hat sie Feigheit, Verrath genannt, aber man hat ihm damit Unrecht gethan. Wäre Kaiser Fer-

dinand ein energischer Mann gewesen, so würde er den Sturm zu beherrschen und seinen Platz zu behaupten gewußt haben. Das Gute, was ihm eigen ist, geht aus seiner sanften und schüchternen Seele hervor; er war unfähig, sich der Gewalt zu entziehen, welche die Hochschule und die Massen in Wien über ihn ausübten; sein Ministerpräsident war nicht der Mann, der die fehlenden Eigenschaften im Charakter des Monarchen zu ersetzen vermochte, und so blieb diesem wohl wenig anderes übrig, als sich dem Andringen maßloser Ansprüche zu entziehen und abzuwarten, bis die brausenden Wogen sich legten, oder ein Steuermann gefunden wurde, der das Staatsschiff mit kräftigem Arm durch die Brandung leitete.

Als die Minister am folgenden Morgen bekannt machten, daß der Kaiser ohne ihr Wissen seine Residenz verlassen habe, daß es unbekannt sei, wohin er sich gewendet, daß aber das Ministerium unter solchen Umständen vorerst auf seinem Platze ausharren werde, ergriff Bestürzung die Bevölkerung. Befürchtungen aller Art durchbebten die Herzen. Der Kaiser werde seine Residenz in Prag nehmen, sich der slavischen Bevölkerung ganz in die Arme werfen, Wien zu einer Provinzialstadt herabsinken und dergleichen mehr. Die Erbitterung richtete sich gegen die Studenten und Schriftsteller, denen man alle zu besorgenden Nachtheile schuld gab, und Häfner, der Herausgeber der Zeitschrift „Constitution," welcher thöricht genug war, in der Vorstadt Mariahilf die Republik auszurufen, wurde nebst einem seiner Meinungsgenossen, Tawora, vom Volke ergriffen, das sich anschickte, beide aufzuknüpfen, wenn nicht die Hochschule dagegen eingeschritten wäre und die Bedrohten in das Gefängniß abgeführt hätte. Aber die Macht der Studenten schien vernichtet; man schickte dem Kaiser, sobald die Richtung, die er genommen, bekannt wurde, Abordnungen nach, um ihn zur Rückkehr zu bewegen, und hätte er aus dieser vorwaltenden Stimmung Vortheil zu ziehen gewußt, so würden ihm damals Bedingungen zugestanden worden sein, welche die künftige Ruhe der Hauptstadt verbürgt hätten. Der rathlose Monarch war zu rascher Umkehr nicht zu vermögen,

und die Wühler in Wien erlangten Zeit, die öffentliche Stimmung in ihrem Sinne zu bearbeiten. Sie sagten dem Volke, daß die Flucht des Kaisers ein Werk der Aristokraten sei, welche darauf ausgingen, die kaum gewonnene Freiheit zu vernichten, die alten Zustände zurückzuführen und sich an der Hauptstadt zu rächen. Könne der Kaiser ohne Wien leben, so werde wohl auch Wien ohne den Kaiser leben können; jetzt, wo Alles auf dem Spiele stehe, müsse man einig sein, damit sei Alles wieder zu gewinnen.

Hätte das Ministerium den ersten, durch die Flucht des Kaisers hervorgebrachten Eindruck zu einem Schlage gegen die Hochschule benützt, so würde ihm ein solcher unstreitig gelungen sein; aber es versäumte den günstigen Augenblick; es rechnete auf eine größere Nachhaltigkeit der Stimmung im Volke und täuschte sich darin. Ein Manifest, das der Kaiser am 20. Mai von Innsbruck aus an seine Völker richtete, erfuhr schon eine sehr getheilte Aufnahme.

Er sagte darin, daß eine ungesetzliche Rotte, die sich auf Fremde, die irregeleitete Jugend der Hochschule und einige in der alten Treue wankend gewordene Bürger stütze, ihn der Freiheit des Handelns beraubt und genöthigt habe, sich dieser ungesetzlichen Gewalt zu entziehen. Er werde nichts von dem, was er im März zugesagt, zurücknehmen, auch alle verständigen, von den Ständen gebilligten Wünsche berücksichtigen, sich aber mit gewaffneter Hand nichts abtrotzen lassen. Diese Verkündigung war von keinem verantwortlichen Minister gegengezeichnet, mithin unverbindlich und konnte also die wachsenden Besorgnisse nicht beschwichtigen. Alle Umgebungen des Kaisers wußte man der Reaktion geneigt und glaubte, daß diese den willenlosen Monarchen in ihrem Sinne lenken würden.

Das Ministerium hatte von dem ersten Schrecken der Wiener Manches erreicht. Der politische Centralausschuß löste sich auf oder verwandelte sich vielmehr in einen Ausschuß für Erhaltung der Ruhe und gesetzlichen Ordnung unter dem Vorsitz des Grafen Montecuccoli. Einstimmig beschloß derselbe die Vereinigung der akademischen Legion und aller andern bewaffneten Corps

mit der Nationalgarde, die fortan in Gemeinschaft mit den kaiserlichen Truppen und unter dem Befehl des Feldmarschallleutnants Grafen von Auersperg handeln sollte. Allen denen, welche zu republikanischen Erhebungen rathen würden, wurde augenblickliche Verhaftung angedroht und ein Aufruf an die Arbeiter zu ruhigem Verhalten gerichtet, der nicht ohne Wirkung blieb.

Hierdurch ermuthigt, dachte das Ministerium nunmehr an die Auflösung der akademischen Legion, welche aus dem eigenen, freien Entschlusse dieses Corps hervorgehen sollte. Der Befehlshaber derselben, Graf Colloredo-Mannsfeld, richtete am 25. Mai eine Aufforderung in diesem Sinne an die Studenten mit dem Beifügen, daß, wenn sie seine Mahnung überhören sollten, er den Befehl über die Legion niederlegen werde.

Die Antwort der Studenten war eine bestimmt ablehnende; sie erklärten, daß sie mit den Errungenschaften des 15. März und 15. Mai stehen und fallen würden und gaben dies zugleich in einem Maueranschlage der Hauptstadt zu erkennen, der sie sagten, daß sie fortfahren würden, im Verein mit der Nationalgarde für Bewahrung der verfassungsmäßigen Freiheit, wie für Aufrechthaltung von Ordnung und Ruhe zu wirken. Mit dieser Ansprache fanden sie besonders in den Vorstädten lebhaften Anklang. Die Nationalgarde der Vorstadt Wieden richtete eine Dankadresse an die akademische Legion für ihr Verhalten am 15. Mai, und die in Neubau forderte die gesammte Nationalgarde Wiens auf, die Studenten in diesem entscheidenden Augenblicke nicht zu verlassen. Die arbeitenden Klassen nahmen sich dieser Sache mit großem Eifer an und mißhandelten die städtischen Sicherheitswachen, welche diese verschiedenen Maueranschläge abreißen wollten.

Wäre das Ministerium über diesen Umschwung der öffentlichen Meinung gut unterrichtet gewesen, so hätte sich dasselbe sagen müssen, daß der Zeitpunkt zu kräftigem Einschreiten vorüber sei, oder großartige Mittel dazu gehörten, um seinem Willen Nachdruck zu verschaffen. Unvorsichtig war es daher, als die Minister am 26. Mai den Beschluß öffentlich anschlagen ließen, daß die akademische Legion aufgelöst und die Aula zu schließen

sei, was erforderlichen Falls mit Gewalt durchgesetzt werden würde.

Am Morgen dieses Tages um 7 Uhr erschien Graf Colloredo mit einer Abtheilung Nationalgarde an der Hochschule, forderte die Studenten zur Abgabe der Waffen und zur Entfernung aus dem Gebäude auf. Sie weigerten sich dessen bestimmt und wiederholten diese Erklärung, als der Regierungspräsident, Graf Montecuccoli, in Begleitung des Stadtkommandanten, Grafen Sardagna, die Aula betrat und den Beschluß der Regierung verkündigte. Die Studenten machten diese Beamten für die Folgen ihres Schrittes verantwortlich und faßten eine Verwahrung dagegen ab, die zur öffentlichen Kenntniß gebracht wurde. Ein Bataillon Infanterie rückte hierauf gegen die Hochschule, umzingelte das Gebäude und forderte die Studenten auf, sich zu ergeben. Die Studenten traten den Soldaten mit gewinnenden Worten entgegen, die Stimmung der Truppen fing an unzuverlässig zu werden, und die Offiziere hielten es gerathen, sie zurückzuziehen. Sofort schickte die Hochschule Boten in alle Vorstädte, rief die Bürger zur Hülfe auf, ermahnte die Arbeiter, sich zu bewaffnen. Bald wirbelte der Generalmarsch, die Nationalgarde trat unter die Waffen, die Arbeiter strömten herbei und bedeckten alle Straßen mit Barrikaden; Bürger, selbst wohlgekleidete Damen halfen bei dem Bau derselben und in wenigen Stunden befand sich Wien in furchtbarem Vertheidigungsstande. Zwar hatte das Militär alle Thore stark besetzt, aber das Rothethurmthor wurde vom Volke gesprengt, wobei ein Fleischergeselle durch einen Schuß das Leben verlor. Dieser Umstand vermehrte die Wuth und den Eifer; Volksredner schürten die Glut auf allen Plätzen, vornämlich aber strömten die Massen zur Hochschule, wo feurige Reden das Volk zum Kampf für die bedrohte Freiheit aufforderten. Dennoch hütete man sich wohl, das Wort „Republik" auszusprechen, im Gegentheil flossen alle Lippen von Versicherung der Treue gegen den mißleiteten Kaiser über, der sich in den Händen der Volksfeinde befinde. Sein Bild prangte auf mehreren Barrikaden, die mit einem Lebehoch für den constitutioellen Kaiser besetzt wurden. Die

öffentliche Sicherheit wurde auch auf keine Weise gefährdet; die Arbeiter, die man mit Speise, Trank und Geschenken überhäufte, erklärten das Eigenthum für heilig, und ein einträchtiges Zusammenwirken unter allen Ständen ließ die Regierung wahrnehmen, daß sie es mit einem festgeschlossenen Widerstande zu thun habe, dessen Bewältigung ihr unmöglich sei.

Ein Sicherheitsausschuß aus Bürgern, Nationalgarden und Studenten trat zusammen, der sich rasch über folgende Beschlüsse einigte: Entfernung des Militärs; unverkürzte Erhaltung der Zugeständnisse des 15. Mai; Absendung von Abgeordneten in die Provinzen, um sich mit diesen zu verständigen; Aufhebung der Klöster; Einführung einer Einkommen- und Armensteuer; Beeidigung der Truppen auf die künftige Verfassung; Gleichstellung aller Nationalitäten; innigster Anschluß an Deutschland; Stellung derjenigen vor ein Volksgericht, welche den Kaiser zur Flucht beredet.

Das Ministerium sah sich zum Nachgeben genöthigt. Um 1 Uhr Nachmittags erschienen mehrere Kundmachungen desselben, wodurch die Regierung auf die bezweckte Auflösung der akademischen Legion und deren Vereinigung mit der Nationalgarde verzichtete, die Zugeständnisse vom 15. und 16. Mai erneuerte; die Zurückziehung der Truppen und die gleichmäßige Besetzung der Thore durch Soldaten, Nationalgarden und Legionäre genehmigte, auch den Arbeitern Beschäftigung verhieß.

Dennoch beruhigten diese Verkündigungen nicht sogleich. Die Friedensboten wurden verhöhnt, Häfner und Tawora befreit, auch das Gerichtshaus am hohen Markt, wohin ein Gefangener gebracht worden war, erbrochen und die Bildsäule der Gerechtigkeit verstümmelt. Die Sicherheitswachen mußten die Waffen ablegen und abziehen. Falsche Gerüchte vom Wiederanrükken der Truppen beunruhigten die Stadt den ganzen Tag hindurch; die Sturmglocken wurden geläutet, die Barrikaden blieben besetzt und furchtbares Geschrei erschütterte die Luft. Um Mitternacht wiederholten sich diese Vorgänge, und erst die vollständige Ueberzeugung von dem Ungrund aller dieser Befürchtungen konnte

nach und nach die Ruhe zurückführen, doch blieben die Zugänge zu der Aula noch fünf Tage lang verbarrikadirt.

Offenbar hatte sich die Regierung durch ihr unzeitiges und schwächliches Eingreifen ungemein geschadet, die heftige Partei gekräftigt und Haß und Verdacht auf sich geladen. Vorzüglich waren es der Regierungspräsident Graf Montecuccoli, die Grafen Colloredo, Breuner und Hoyos, Fürst Dietrichstein, Baron Pereira nebst den Professoren Hye und Endlicher, gegen welche sich Verdacht und Anfeindung richteten. Theils flüchteteten diese Männer, theils wurden sie gefangen, späterhin aber ehrenvoll wieder entlassen. Zugleich machte sich bei dieser Veranlassung auf Seiten der Demokraten ein Mann bemerklich, der bei den ferneren Vorgängen in der Hauptstadt eine einflußreiche Rolle spielte. Wir meinen den Professor und Weltpriester Anton Füster, welcher Feldkaplan der akademischen Legion wurde und als Redner in der Aula die heftigen Schritte der studirenden Jugend wesentlich gefördert hat. Nur durch unbedingte Genehmigung aller Begehren der Studenten vermochte das Ministerium den heraufbeschworenen Sturm zu stillen. Die in der Hochschule gefangen gehaltenen Grafen Hoyos und Dietrichsten, die Professoren Hye und Endlicher erlangten dadurch ihre Freiheit wieder, und der gegen Andere, so über den Baron Pereira, verfügte Hausarrest wurde aufgehoben.

Die Grafen Montecuccoli, Colloredo und Breuner, welche geflohen waren, kehrten erst später zurück. An die Stelle des Grafen Hoyos wurde Oberst Pannasch zum Befehlshaber der Nationalgarde gewählt, und am 30. Mai erhielten die Studenten zwölf Kanonen, deren sie eigentlich 36 verlangt hatten. Diese Geschütze wurden, mit Blumen bekränzt, im Triumphe umhergeführt, zuletzt in das städtische Zeughaus gebracht und dieser Sieg durch eine allgemeine Erleuchtung der Stadt gefeiert, während Studenten, Nationalgarden und Arbeiter unter Absingung von Freiheitsliedern die Straßen durchzogen. Auch das Militär beging diesen Tag festlich in den Kasernen; die Gemüther schienen sich einander genähert zu haben und die Freude das Binde-

mittel zu sein, welches die getrennten Herzen vereinigte.

Es ist allen Fremden, welche sich im Sommer 1848 zu Wien aufhielten, der Unterschied in der Volksstimmung gegen den Norden von Deutschland angenehm aufgefallen. Selbst der Aufruhr erhielt durch die dem Volke inwohnende Gemüthlichkeit einen heiteren Anstrich, und die Lebensfreudigkeit übertünchte mit hellen Farben Zustände, die anderwärts düster und abschreckend hervortraten.

Die Rückkehr des Hofes wurde durch die Vorgänge des 26. Mai natürlich verzögert.

Die Bewegung in Wien zog unstreitig ihre Nahrung aus dem übrigen Deutschlande, und die Pläne der Linken in Frankfurt, welche von den monarchischen Staatsverfassungen nur die äußere Form übrig lassen, den Bundesstaat aber in republikanischer Gestalt aufrichten wollte, sollten auch in Oestreich verwirklicht werden.

Die feurigen Gemüther, welche nach diesem Ziele strebten, stießen damit aber auf den kräftigen Widerstand Derer, welche die Gesammtmonarchie aufrecht zu halten entschlossen waren, und darunter gehörten, außer den höheren Ständen in allen Theilen des Reichs, die slavischen Bevölkerungen Oestreichs, welche, von einander getrennt wohnend, zu einheitlicher Kraft nur in dem Gesammtstaate, in dem sie die Mehrheit bildeten, zu gelangen hoffen durften. Es waren daher erschütternde Kämpfe vorauszusehen, und auf dieses Widerstreben der einzelnen Theile baute die Regierung die Hoffnung ihres Fortbestehens, das damals sehr unsicher war.

Die Lage der Monarchie in Italien, Böhmen, Ungarn war, wie wir bei der Darstellung der Ereignisse in diesen Ländern sehen werden, äußerst gefährdet, und die Finanzen geriethen unter diesen Stürmen in eine solche Verwirrung, daß der Ausfall in den Einnahmen, der schon im April 5 Millionen betrug, mit jedem Monat zunahm. Die Stockung im Handel und Gewerbfleiß vermehrte die Zahl der unbeschäftigten Hände dermaßen, daß in Wien, das früher jedem thätigen Manne

Arbeit zu bieten hatte, 19,000 Personen auf Rechnung der Stadtkasse beschäftigt werden mußten, die für diesen Zweck einen täglichen Aufwand von 8000 Gulden zu bestreiten hatte, ohne doch den an sie gestellten Ansprüchen genügen zu können.

In diesen schweren Bedrängnissen richteten sich die Blicke der Wohlgesinnten mit Vertrauen auf den Freiherrn von Wessenberg, dessen Freisinnigkeit und Einsicht aus früheren, dem Staate geleisteten Diensten bekannt war. Da er es verschmäht hatte, Hand in Hand mit dem Fürsten Metternich zu gehen, war er schon vor 30 Jahren zurückgetreten und hatte nur bei den Verwicklungen des Jahres 1830 noch einmal als Gesandter in den Niederlanden und später bei der Londoner Conferenz dem östreichschen Hofe seine Dienste gewidmet. Diesen würdigen Greis, reich an Kenntnissen und Erfahrung, hatte Kaiser Ferdinand als Minister der auswärtigen Angelegenheiten zu sich berufen, und obgleich Wessenberg ungern seine Zurückgezogenheit in Baden verließ, erachtete er es dennoch als eine Gottesstimme, noch einmal das Ruder des schwankenden Staatsschiffs in diesen gefährlichen Stürmen zu ergreifen.

Mit dem Minister Freiherrn von Doblhoff befand er sich zur Berathung des Monarchen in Innsbruck und leitete die Schritte des gutmüthigen, aber schwachen Kaisers.

Von dorther erging unterm 3. Juni ein neues Manifest als Antwort auf die vielen Gesuche an den Kaiser zur Rückkehr nach Wien. Er sagte darin, daß er zwar gegen bessere Ueberzeugung die Verfassung vom 25. April zurückgenommen habe, nichts desto weniger aber an seinen Zusagen vom 16. Mai festhalten werde. Wenn die Hauptstadt durch ihr Verhalten die Eröffnung des Reichstages in ihren Mauern möglich mache, so werde auch er zu jener Zeit nach Wien kommen und den Tag preisen, der es ihm gestatte, wieder im Mittelpunkte seiner Völker zu weilen. Diese Aussicht wurde durch den Aufruhr getrübt, der in den Pfingsttagen zu Prag ausbrach und in Wien sehr verschieden betrachtet wurde.

Offenbar war derselbe nicht allein gegen die Interessen der Demokraten in Wien, sondern des Deutsch-

thums im Allgemeinen gerichtet und sollte das Uebergewicht der Slaven im Kaiserstaate begründen. Zugleich lag die Absicht im Hintergrunde, Prag zum Hauptsitz der Staatsgewalt zu machen. Solchen Plänen konnte man in Wien nicht förderlich sein, und doch fürchtete man die Kraft, welche die Soldatenherrschaft aus der Niederwerfung des Aufstandes naturgemäß ziehen mußte. Daher das Schwankende in dem Verhalten der Wiener Demokraten, welche zwar die tschechischen Uebergriffe tadelten, gleichzeitig aber den Fürsten Windischgrätz anfeindeten und nicht ohne Grund in diesem Manne einen gefährlichen Widersacher erblickten.

Diese Lage der Dinge schüchterte den Hof in Innsbruck von Neuem ein, und der Kaiser schützte in einer Bekanntmachung vom 16. Juni seine angegriffene Gesundheit vor, welche seine persönliche Eröffnung des Reichstages behindere, daher er seinen Oheim, den Erzherzog Johann, dessen Name den besten Klang in ganz Oestreich hatte, ausersah, ihn in dieser wichtigen Angelegenheit zu vertreten, und den er zugleich zu allen Regierungsgeschäften ermächtigte.

Damit schien zwar die öffentliche Freiheit verbürgt, aber die materiellen Vortheile, welche die Hauptstadt aus der Anwesenheit des Hofes zog, gingen ihr dennoch verloren; auch blieb die Befürchtung im Hintergrunde, daß der Kaiser die Handlungen seines Vertreters unter dem Vorwande, daß dieser sich in dem Zustande des Zwanges befunden, leicht unwirksam machen könne. So freudig daher auch die Ernennung begrüßt wurde, blieb dennoch ein Gefühl von Unbehaglichkeit zurück. Man hätte den Erzherzog lieber an der Seite des Kaisers gesehen und die Vortheile, welche die Stellung Beider versprach, benutzt.

Die Demokraten suchten mindestens ihrer Herrschaft jede mögliche Unterlage zu geben, und Ministerpräsident v. Pillersdorf, der ganz unter der Herrschaft des Ausschusses der Bürger, Nationalgarden und Studenten stand, wurde daher am 21. Juni zu einer neuen Ausdehnung des Wahlrechts zum Reichstage, so wie zur schleunigen Bildung von Geschwornengerichten gedrängt.

Am 24. Juni traf Erzherzog Johann in Wien ein

und kündigte die Uebernahme der Regierungsgewalt durch einen Aufruf an, der ihm sogleich alle Herzen zuwendete. Er sagte darin:

„Ich werde das Vertrauen des Kaisers, das er in mich gesetzt und das mir heilig ist, rechtfertigen, indem ich seinen innersten aufrichtigen Willen erfülle, der dahin gerichtet ist, die den östreichschen Völkern gewährten Freiheiten und Rechte strenge und gewissenhaft zu wahren und in allen Fällen, wo das kaiserliche Wort entscheiden soll, den Geist der Gerechtigkeit und Milde walten zu lassen."

In solchem Sinne forderte er Alle, die es mit dem Wohle des Vaterlandes redlich meinen, auf, seine Wirksamkeit zu unterstützen, um die Dinge dem Ziele entgegen zu führen, das die Guten wünschen, und die Verständigen erkennen.

So begeistert die Aufnahme des geliebten Fürsten im Allgemeinen war, die sich durch Fackelzüge, sowie bei einer am 28. Juni abgehaltenen Heerschau über die Nationalgarde kund gab, dauerten doch geheime Wühlereien fort, die sich besonders durch einen ungehörigen Einfluß auf die Wahlen äußerten, wodurch man eine Reichsversammlung zusammenbringen wollte, die nicht der Ausdruck der ganzen Nation, sondern einer heftigen Partei derselben wäre.

Ueberdies gingen die Aussichten, welche alle Wohlmeinenden auf die Einwirkung des Erzherzogs gebaut hatten, schnell verloren. Am 29. Juni ward derselbe in Frankfurt zum deutschen Reichsverweser gewählt, und schon am 4. Juli traf von dorther die Abordnung ein, welche bestimmt war, ihm diese Würde anzubieten. Es schmeichelte diese Wahl nicht blos dem Volksgefühl, sondern auch alle diejenigen, welche einen innigen Anschluß an Deutschland, einen besonnenen Ausgang der Revolution redlich wünschten, erblickten in dem Erzherzog eine Bürgschaft solcher Wünsche. Mit einem unermeßlichen Jubel wurden daher die deutschen Männer in Wien begrüßt, und obgleich alle verständigen Oestreicher erkannten, wie groß das Opfer sei, das sie in diesen bewegten Tagen dem Wohl des gemeinsamen Vaterlandes brächten, so übertäubte doch die Begeisterung des Au-

genblicks alle engherzigen Erwägungen, und es hätte nicht des Donners der Kanonen, des Geläutes der Glocken bedurft, um die Gemüther zu erschüttern, die ohnehin von tiefen Gefühlen erbebten.

Der Erzherzog nahm bekanntlich am folgenden Tage die auf ihn gefallene Wahl an, und ganz Wien schwamm in einem Meer von Freude, das sich erst spät verlief, nachdem der große Fackelzug, welchen die Bürgerschaft, die Nationalgarde und die akademische Legion dem neuen Reichsverweser und den Vertretern deutscher Nation brachten und der von 9 Uhr Abends bis Nachts 1 Uhr dauerte, vorüber war.

Am folgenden Tage besuchten die Abgeordneten die Aula der Hochschule, wo der Student Frannelich sie mit einer republikanischen Rede empfing, die Heckscher aus Hamburg dahin beantwortete, daß er, obgleich selbst Republikaner, Deutschland dennoch nicht für die Republik reif halte; daß man damit nur die Gesetzlosigkeit herbeiführen und das Vaterland in einen Abgrund stoßen würde, anstatt es in verjüngter Gestalt schöner aufzubauen. In gewandter Rede suchte er die jungen Männer auf ihren wahren Standpunkt und ihre Bestimmung zurückzuführen. Raveaux sprach dagegen mehr im Sinn der jungen Leute, welche das Verdienst, der Freiheit Bahn gebrochen zu haben, mehr und mehr durch Uebertreibungen befleckten, die ihrer eigenen Schöpfung den Untergang brachten.

Am 8. Juli, am Tage der Abreise des Erzherzogs Johann, wurde demselben noch von dem demokratischen Verein und dem Sicherheitsausschuß das Ansinnen gestellt, die Abdankung des Ministers von Pillersdorf zu bewirken.

Dieser überaus thätige und erfahrene Geschäftsmann, mit allen Verhältnissen der östreichschen Monarchie innig vertraut, war, dieser Eigenschaften ungeachtet, allerdings nicht der Mann für den Platz, auf den die Woge der Revolution ihn gehoben hatte. Unselbständig und kraftlos war er unfähig, die von allen Seiten auf ihn eindringenden Verhältnisse zu beherrschen, aber seiner schwächlichen Nachgiebigkeit hatten die Studenten und ihre Gesinnungsgenossen doch Alles zu verdanken,

was sie bis dahin erreicht. Indem sie das Spielwerk, dessen sie sich nach Gefallen bedient hatten, wegwarfen, erkannten sie selbst die Nothwendigkeit an, die Leitung der Staatsangelegenheiten einer energischeren Hand zu vertrauen, der sie sich entweder fügen, oder gegen die sie einen neuen Kampf bestehen mußten.

Herr v. Pillersdorf trat zurück, aber das Ministerium, zu dessen Bildung Freiherr v. Doblhoff beauftragt wurde, konnte unmöglich Männer an die Spitze bringen, wie solche die Demokraten wünschten und durch deren Vermittlung sie die Volksherrschaft zur vollen Geltung bringen wollten.

Da Erzherzog Johann die vom Kaiser erhaltenen Vollmachten noch nicht niedergelegt, vielmehr versprochen hatte, zur Eröffnung des Reichstages wieder in Wien zu erscheinen, so begleitete ihn Freiherr v. Wessenberg, der kaiserliche Minister des Auswärtigen, als verantwortlicher Rath der Krone nach Frankfurt, woher er, durch Kränklichkeit aufgehalten, erst später zurückkehrte.

Es ist nicht zu verkennen, daß Wien in die falsche Richtung, die es einschlug, meist durch Ausländer gedrängt wurde. Nach der Kaiserstadt strömten alle Abenteurer und unruhigen Köpfe, die man sonst nirgend brauchen konnte, und das gutmüthige, politisch unmündige Volk nahm diese Landläufer mit einer Wärme auf, als ob sie die Apostel der Neuzeit, die Begründer der Freiheit und des öffentlichen Wohles wären. So ließ sich auch am 10. Juli die Hochschule durch einige jüdische Vagabunden narren, welche sich als Abgesandte des Volks der vereinigten Staaten von Nordamerika in der Aula meldeten und von bedeutenden Geldsummen sprachen, welche sie zur Unterstützung der Demokratie in Wien zu überbringen beauftragt wären. Der nordamerikanische Gesandte beeilte sich, dieses Trugspiel aufzudecken, und die losen Vögel, welche mit unendlichem Jubel aufgenommen worden waren, entschlüpften mit Hinterlassung von Schulden, nachdem es ihnen geglückt war, einige Tröpfe zu übertölpeln.

Zwischen der kaiserlichen Besatzung und der Bürgerschaft von Wien herrschte noch immer ein gespanntes Verhältniß, welches zu manchen Reibungen führte.

Diese zu beseitigen, bot das Militär selbst die Hand, und am 14. Juli fand ein Versöhnungsfest zwischen den Truppen und der Nationalgarde statt, wobei General Frank den Dolmetsch seiner Waffengefährten machte. Die Annäherung war herzlich, der Tag verging in Lust und Freude, aber der Eindruck war kein beharrlicher.

Am 17. Juli kam Erzherzog Johann nach Wien zurück; zwei Tage später wurden die neu ernannten Minister bekannt. Wessenberg behielt die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten; Doblhoff übernahm das Innere; Dr. Alexander Bach die Gerechtigkeit; Feldzeugmeister Graf Latour den Krieg; Freiherr v. Kraus einstweilen die Finanzen; Theodor Hornbostel den Handel; Ernst v. Schwarzer die öffentlichen Arbeiten. Als Vorstand des Unterrichtsministeriums war vorläufig v. Doblhoff genannt, doch lag die eigentliche Leitung der Geschäfte in den Händen des Unterstaatssecretärs Dr. Freiherrn v. Feuchtersleben. Freiherr v. Stifft ward Unterstaatssecretär im Ministerium des Innern..

Diese Zusammensetzung befriedigte keine Partei. Den Demokraten war sie zu aristokratisch, und die Gemäßigten nahmen an Schwarzers Eintritt in das Ministerium Anstoß, ja selbst Doblhoff wurde als ein solcher bezeichnet, der sich die Volksgunst erschmeichelt habe.

Jedenfalls wäre es nun, wo die Vertreter des Reichs versammelt und neue Minister in das Amt getreten waren, Zeit gewesen, den Sicherheitsausschuß und seine willkürlich ausgeübte Gewalt zu beseitigen, auch wurde diese Frage in seinem Schooße wirklich aufgeworfen, jedoch wider Erwarten verneint. Als eine dem Erzherzog Johann dargebrachte Huldigung war der Empfang anzusehen, der seiner Gemahlin zu Theil wurde, als diese am 18. Juli in Wien eintraf. Als eine Tochter aus dem Volke wurde sie von Herrn Wessely, Mitglied des Sicherheitsausschusses, in einer Anrede begrüßt, und keine Kaiserin Oestreichs hat bei ihrem Erscheinen lebhaftere Freudensbezeugungen erfahren, als die einfache Baronin von Brandhof, welcher die Herzen der unendlichen Mehrzahl Wiens sich mit Begeisterung zuwendeten.

Ehe noch der Reichstag förmlich eröffnet wurde, fand

schon ein Zwiespalt in den vorbereitenden Sitzungen statt. Der czechische Abgeordnete Rieger wurde seiner deutschfeindlichen Gesinnungen wegen von einem Pöbelhaufen beleidigt und brachte in der Sitzung vom 19ten seine diesfällige Beschwerde an, wobei er es aussprach, daß von einer Wiederholung solcher Vorgänge die Entscheidung abhänge, ob die Nationalversammlung in Wien bleiben könne oder nicht. Von seiner Partei lebhaft unterstützt, konnte nur das Versprechen strenger Untersuchung weitere Folgen beseitigen, auch verhieß Minister v. Doblhoff die baldige Vorlage eines Gesetzes über die Unverletzlichkeit der Reichstagsabgeordneten, deren Person so heilig geachtet werden müsse, wie die des Kaisers. Das Programm des Ministeriums verhieß die volksthümliche Entwickelung der verfassungsmäßigen Monarchie auf der Grundlage des gesetzlich ausgesprochenen Gesammtwillens und machte somit die künftige Gestaltung des Staates von den Beschlüssen des Reichstags abhängig, womit alle Parteien einverstanden sein mußten.

Am 22. Juli eröffnete endlich Erzherzog Johann im Namen des Kaisers den Reichstag, dessen nächste Aufgabe die Gründung der Verfassung gewesen wäre. Wir verkennen nicht die Schwierigkeiten dieser Aufgabe in einem Staate, der aus so verschiedenen Nationalitäten besteht und in dem das politische Leben erst seit Kurzem seine Schwingen entfaltete. Dennoch müssen wir es den Männern in der kaiserlichen Reitschule zu Wien zum Vorwurf machen, daß sie gleich anfangs in denselben Fehler verfielen, der gleichmäßig in der Paulskirche zu Frankfurt und im Saale der Singakademie zu Berlin begangen wurde. Sie verloren den eigentlichen Zweck ihrer Berufung zu sehr aus den Augen, befaßten sich mit Eingriffen in den Gang der Regierung und mit Gegenständen der Gesetzgebung, die, wie wichtig sie auch immerhin sein mochten, doch erst ihren Platz hinter der festen Begründung der Staatsform hätten finden sollen.

Es wäre eine undankbare Mühe, unsere Leser durch den Wald von Interpellationen zu führen, der sich täglich verdichtete. Jede solche Aufforderung an die Minister würde eine Erklärung des Gegenstandes erfordern,

den sie betraf, um den Zweck derselben zu verstehen. Mehrere hiervon waren allerdings von Wichtigkeit, da sie die Richtung der Politik betrafen, welche die Regierung verfolgte; eine ungleich größere Zahl aber hätte ohne allen Nachtheil füglich unterbleiben können, weil hierdurch eine Zeit in Anspruch genommen wurde, welche ernste und vorsichtige Männer der Lebensfrage des Staats zugewendet hätten.

Immerhin wäre die Beurtheilung, die das Ministerium im Reichstage fand, noch eine gesetzliche gewesen, aber jede Verfügung, welche dasselbe erließ, sollte es noch außerdem gegen den Sicherheitsausschuß und die zahlreichen Clubs verantworten, von denen der Ordnung tägliche Gefahr drohte. Im römischen Kaiser war der Sammelplatz eines Vereins, der sich offen für die Republik erklärte und von der Regierung zwar aufgehoben wurde, aber durch die Presse, die bis zur völligsten Zügellosigkeit ausartete, fortzuwirken versuchte. Es fehlt uns im übrigen Deutschlande an Auswüchsen der Preßfreiheit nicht, aber so ekelhafte Schandschriften, als in jenen Tagen in Wien das Papier besudelten, haben wir verhältnißmäßig wenig aufzuweisen. Es fehlte darin so sehr an allem Ernst, an aller Wissenschaftlichkeit und an sittlichem Gefühl, daß man sich unwillig von diesem Auswurfe der Gemeinheit abwendet und das Volk bedauert, das sich an dem Geklapper dieser tauben Nüsse ergötzte.

Erzherzog Johann verließ, nachdem sein Versuch, eine Verständigung zwischen den Ungarn und Croaten herbeizuführen, gescheitert war, am 31. Juli Wien, nicht ohne tiefe Besorgniß über die nächste Zukunft seines Heimathlandes, doch schien die günstige Wendung des Kriegsglücks in Italien der östreichschen Regierung eine neue Stärke zu verleihen. So mächtig aber der erste Eindruck war, so schnell ging er vorüber. Die Stimmung des östreichschen Heeres war bekannt; laut sprachen es die Offiziere aus, daß sie die Krone des Kaisers wie gegen den Sardenkönig, so gegen die Volksmassen in Wien zu schützen wissen würden, und solche Aeußerungen erkälteten die Theilnahme an den Erfolgen ihrer Waffen. Ein beabsichtigtes Dankfest unterblieb

und selbst der Reichstag lehnte den Antrag einer Adresse an den siegreichen Feldherrn und an das Heer in Italien ab.

Jene Versammlung beschäftigte sich mit dem Antrage des Abgeordneten Kudlich, welcher die Aufhebung der Grundlasten bezweckte und mithin allerdings von der äußersten Wichtigkeit war.

In der Sitzung vom 8. August brachte der Antragsteller ihn in folgender verbesserten Fassung ein.

1) Die Einschränkung der persönlichen Freiheit durch das Band der Gutsunterthänigkeit hört auf.

2) Robothen und Zehnten, sowie alle anderen, den bäuerlichen Grundbesitz beschränkenden Lasten, welche nicht privatrechtlicher Natur sind, sondern aus dem Verhältnisse der Grundherrlichkeit, Schutz- und Dorfobrigkeit und des Lehenbandes entspringen, sind nicht mehr zu leisten.

3) Eine aus Vertretern aller Provinzen gebildete Commission wird, unter Zuziehung des Ministeriums, mit möglichster Beschleunigung Gesetzentwürfe über die etwa zu leistende Entschädigung und die Einführung der neuen Gerichtsverfassung ausarbeiten.

4) Nur einstweilen wird die Gerichtsbarkeit und Polizei von den gutsherrlichen Gerichten fortgeführt.

5) Eine feierliche Bekanntmachung soll zur Beruhigung des Landvolks dieserhalb ergehen.

Diese Grundsätze fanden auf allen Seiten des Hauses den verdienten Beifall; mindestens wurden verwerfende Stimmen nicht laut, aber die näheren Bestimmungen über die Anwendung derselben und über die zu leistende Entschädigung führten zu langen Verhandlungen, welche viel Zeit in Anspruch nahmen.

Die Entscheidung fiel dahin aus, daß der dritte Theil des ermittelten Werths von dem Berechtigten ererlassen, das zweite Drittel von dem Verpflichteten entrichtet und das Letzte vom Staate übertragen werden sollte, womit die ländliche Bevölkerung sich überall vollständig befriedigt erklärte.

Die Stimmung in den Provinzen, welche im Laufe dieser Verhandlungen sehr bewegt gewesen war, beruhigte sich nunmehr, nur aus der Hauptstadt schien der

Friede verbannt. Die Leidenschaften waren dort wieder heftiger entflammt worden, seit der früher ausgewiesene Dr. Schütte dahin zurückgekehrt war. Am 16. August waren die Redakteure des Studentenkouriers, Falke und Buchheim, wegen Preßvergehen zur Haft gebracht worden, und der Versuch zu ihrer gewaltsamen Befreiung schien die ganze Stadt in Aufruhr bringen zu sollen. Nur dadurch, daß der israelitische Prediger, Mannheimer und Dr. Füster, dessen wir schon gedachten, die Bürgschaft leisteten, welche das Gericht forderte, wurden blutige Folgen verhindert, übrigens die beiden Angeklagten am 24. August durch das erste Schwurgericht in Wien freigesprochen und entlassen.

Die Einführung des Deutschkatholicismus, welche von den Herren Petri, Pauli und Hirschberger unternommen wurde, gab gleichfalls Veranlassung zu unruhigen Auftritten, welche das Erscheinen des Stifters dieser Religionsgesellschaft, Johannes Ronge, nur vermehrte.

Am 18. August hatten diese Herren zu einer Versammlung in dem gewaltigen Saale des Odeons eingeladen, und obgleich diese Räumlichkeiten 30,000 Menschen fassen konnten, war der Zudrang — mehr noch von Neugierigen als Gläubigen — doch so ungeheuer, daß alle Zugänge und selbst die Straßen dicht besetzt waren. Plötzlich erschallt, entweder aus Mißverständniß oder aus Muthwillen, der Ruf: Feuer! Schrecken und Verwirrung werden allgemein; Jeder will sich zuerst retten und in dem Knäuel, der sich zum Saale und dem Hause hinaus drängt, werden viele Menschen erdrückt, Andere schwer verletzt. Der Kaiser war am 12. August zurückgekehrt, hatte jedoch seine Residenz nicht in der Burg, sondern in dem Sommerpalaste von Schönbrunn genommen. Seine Ankunft war zwar nicht ohne äußeren Prunk, wohl aber ohne jene Aufrichtigkeit begangen worden, welche über die Zukunft hätte beruhigen können. Noch deutlicher trat dies bei einer Heerschau hervor, welche der Kaiser am 19. August nach vorangegangenem Feldgottesdienste über die Truppen, die Nationalgarde und die akademische Legion auf dem Glacis der Hauptstadt abhielt. Die Soldaten be-

grüßten den Monarchen mit Begeisterung, auch die Bürgerwehr zog mit lebhaftem Hoch! an ihm vorüber, die Studenten aber wendeten das Gesicht ab und marschirten schweigend, während ihre Musik die Melodie eines bekannten Spottgedichts „des Fuchsliedes" spielte.

Es war dies eine knabenhafte Ungezogenheit, denn entweder hätte die akademische Legion ganz wegbleiben, oder dem Staatsoberhaupte diejenige Achtung beweisen müssen, die jeder Krieger schon seinem Befehlshaber schuldig ist.

Ueberhaupt verirrten sich diese jungen Männer immer mehr. In der Aula wurden Reden gehalten, die auf einen völligen Umsturz der Regierung hindeuteten, und die Handlungen der Hochschule gaben dafür hinreichende Belege. Mit dem Proletariat verbündet, stachelten sie diese Leute zu unbesonnenen und gewaltthätigen Handlungen an. Bei dem steigenden Andrange der Arbeitfordernden war das Tagelohn der Weibspersonen auf 15 Kreuzer, das der Kinder unter 15 Jahren auf 10 Kreuzer Silbergeld herabgesetzt worden, weshalb schon am 21. August heftige Unruhen ausbrachen. Diese steigerten sich am 23., an welchem Tage die Arbeiter im Prater den Minister Schwarzer im Bilde verbrannten und die Sicherheitswachen mißhandelten, welche dieses Treiben verhindern wollten. Der Lärm wuchs, in der Leopoldstadt schlossen sich die Läden und die Arbeiter sprachen ihre Absicht aus, bewaffnet in die Stadt zu ziehen. Der Generalmarsch rief die Nationalgarde zu den Waffen; aber, nachdem bereits Schüsse gegen die Stadtwache gefallen waren, wurde auch die Bürgerwehr bei ihrem Erscheinen angegriffen und machte nun auch ihrer Seits von der Schußwaffe Gebrauch, wodurch 10 Personen getödtet, 70 andere mehr oder weniger verwundet wurden. Die aufrührerischen Haufen stoben auseinander, aber die Erbitterung wurde durch diesen blutigen Ausgang nur vermehrt. Die einzige gute Folge, welche dieses Unglück hatte, war die, daß der Sicherheitsausschuß, der aber die Sicherheit mehr bedrohte, als erhielt, sich auflöste, später als besonderer Club jedoch wieder auftauchte. Die Studenten fühlten sich durch die Niederlage ihrer Schützlinge gekränkt; die

Wühler in der Hauptstadt benutzten diesen Vorgang, um die verschiedenen Klassen der Bevölkerung gegen einander zu hetzen und die Stimmung herbeizuführen, die am 6. Oktbr. den Kampf zwischen den Bürgern derselben Stadt entzündete. Auch gegen das Ministerium richtete sich der Haß des Volks, zumal gegen Schwarzer, Doblhoff und Bach, ganz besonders aber gegen den Kriegsminister Latour, dem man das vergossene Blut schuld gab und ihm Rache schwur. Oberst Pannasch, der Anführer der Nationalgarde, der bereits viele Anfeindungen zu erleiden gehabt hatte, die jetzt mit verdoppeltem Eifer losbrachen, legte seine Stelle nieder und wurde durch einen gewissen Strefleur ersetzt.

Um den erschöpften Kassen des Staats aufzuhelfen, genehmigte der Reichstag am 21. August eine Anleihe von 20 Millionen Gulden, welche durch Vermittlung der Bank geschafft wurde.

Die Todtenfeier zu Ehren der am 23. August gefallenen Arbeiter, welche am 3. Septbr. statt fand, war mehr eine politische Demonstration, wo die Parteien sich sonderten. Mehrere tausend Nationalgardisten, zumeist aus den Vorstädten, schlossen sich dem Trauerzuge an, dem alle demokratischen Vereine, darunter auch ein Frauenverein und die akademische Legion nachfolgten. Die Gräber der Gebliebenen wurden mit Blumen geschmückt, patriotische Lieder gesungen, und von den Häuptern der Demagogen: Tausenau, Becher, Frank, Chaises und Eckard, Reden gehalten, an deren Schluß Letzterer die Anwesenden schwören ließ, für die Volkssouveränität zu fechten und zu sterben.

Dieser Vorgang hatte einen vorbedachten, bestimmten Zweck, denn schon hatten die Volksführer geheime Verbindungen mit den Ungarn angeknüpft, denen erforderlichen Falls ein Aufstand in Wien zu Hülfe kommen sollte, und für einen solchen Ausgang mußten die Gemüther vorbereitet werden. Vergeblich unterhandelten die ungarischen Minister mit dem Kaiser wegen erweiterter Zugeständnisse, und um ihre Bestrebungen durch eine Sturmpetition zu unterstützen, kamen am 6. Septbr. 150 Mitglieder des ungarischen Reichstags nach Wien. Gleichzeitig regten sich die Wühler der Hauptstadt. Nie-

sige Anschläge mit den Worten: „Ungarn muß gerettet werden, oder Oestreich ist verloren!“ bedeckten die Straßenecken, und durch Schrift und Wort suchte man dem Volke deutlich zu machen, daß, wenn die Magyaren unterdrückt würden, die Slawen das Uebergewicht in der Monarchie erlangen würden. Nicht sogleich war das Volk für diese Ansicht zu gewinnen. Ungarn hatte sich geweigert, einen Theil der Staatsschuld zu übernehmen; es verweigerte die Stellung von Rekruten, begünstigte die Italiener, verlangte völlige Lostrennung von der Monarchie und schien mithin der gefährlichste Feind Oestreichs zu sein; allein wozu ist eine urtheilslose Menge nicht zu bringen! Den Umschwung der Meinung im voraus besorgend, wollten sich die Gemäßigten zusammenschaaren, und ein Dr. v. Viennot begründete einen Verein der Freunde der constitutionellen Monarchie, der bald 25,000 Mitglieder zählte und Schwestervereine in den Provinzen zu bilden gedachte. Man ging aber zu langsam zu Werke und ward von der rührigeren Gegenpartei überflügelt.

Die Ungarn waren unbefriedigt und in drohender Haltung abgezogen, aber heimlich wurden in ihrem Sinne die Massen fort und fort bearbeitet und die Verhetzung unter den Einwohnern Wiens durch den Streit über die Farben unterhalten. Diejenigen, welche von einem Anschluß an Deutschland nichts wissen wollten, trugen die östreichschen Farben „Schwarz und Gelb“ offen zur Schau, ihre Gegner die deutschen Farben.

Besonders thöricht verfuhren die Herausgeber des Parteiblattes: „die Geisel,“ welche die östreichschen Farben an ihrem Geschäftslokal aushingen und dadurch das Volk reizten, welches die Fahne abriß, die Fenster zertrümmerte, in das Gebäude eindrang und die vorräthigen Exemplare der Zeitung auf die Straße warf. Von da ab wurden die Schwarzgelben öffentlich angefallen und mißhandelt, wo sie sich zeigten, daher ihre Bänder verschwanden, doch erneuerte sich dieser Streit noch öfter.

Durch die kaiserliche Bestätigung des Gesetzes wegen Aufhebung der Gutsunterthänigkeit und die Ablösung der Grundlasten, welche am 7. Septbr. erfolgte

und am 10. bekannt wurde, brachte der Kaiser das ganze Landvolk auf seine Seite, welches seinen Dank für die Gabe nicht dem Reichstage, sondern dem Monarchen zuwendete.

Dieses Gesetz ward die starke Waffe, welche den Thron nach dem Ausbruch der Revolution in Wien aufrecht erhielt. Die unendliche Mehrzahl des östreichischen Volks fühlte sich befriedigt und nicht geneigt, das Errungene aufs Spiel zu setzen, daher es mit wenigen Ausnahmen im Lande ruhig blieb.

In der Hauptstadt aber gab es immer eine Veranlassung zur Aufregung der Gemüther. Ein gewisser Swoboda war mit dem Plan zu einer Art Volksbank aufgetreten, wodurch den Geldverlegenheiten der kleineren Gewerbetreibenden abgeholfen werden sollte. Aktien in geringen Beträgen wurden ausgegeben, die als baares Geld angenommen und durch allmählige Rückzahlung der geleisteten Vorschüsse getilgt werden sollten. Da dem Unternehmen kein irgend angemessener Fond zu Grunde lag, auch die Person und der Charakter des Unternehmers wenig Vertrauen einflößten, so war vorauszusehen, daß der Plan nicht durchzuführen sei. In seiner Gutmüthigkeit hatte jedoch Kaiser Ferdinand auf diesfälliges Ansuchen zur Begründung der Bank 10,000 Gulden geschenkt, und diesen Umstand benützte Swoboda, um dem Publikum glauben zu machen, daß die Regierung das Unternehmen billige und gewährleiste. Das Ministerium trifft der gerechte Tadel, dieser Angabe nicht öffentlich widersprochen zu haben, denn dieses Schweigen wurde als Zugeständniß betrachtet, und die Bank fand deshalb unter den wenig bemittelten Klassen sofort zahlreiche Theilnehmer. Bald aber ergab es sich, daß das übelberathene Unternehmen keinen Fortgang gewinnen konnte, die Aktien verloren an Werth, und zuletzt wollte sie Niemand mehr annehmen. Die getäuschten Besitzer derselben drängten ihren Verführer zur Zahlung und dieser wußte sich dem gegen ihn losbrechenden Sturme nicht anders zu entziehen, als, indem er alle Schuld auf das Ministerium schob und sich selbst an die Spitze der Volksmassen stellte, welche am 11. Septbr. dem Minister des Innern, Freiherrn von

Doblhoff, die Gewährleistung dieser Papiere abdringen wollten. Studenten und Nationalgarden gesellten sich dem Haufen bei, der sich auf den Judenplatz vor die Wohnung des Ministers wälzte, welcher sich nur durch das Versprechen retten konnte, am nächsten Tage Bescheid ertheilen zu wollen. Derselbe erfolgte dahin: daß der von Swoboda begründete Verein ein bloßes Privatunternehmen sei, mit dem die Regierung nichts zu schaffen habe, daß jedoch eine Commission zur Prüfung dieser Angelegenheit niedergesetzt werden solle, welche die Schadloshaltung verarmter Geschäftsleute bewirken werde. Diese Antwort befriedigte nicht. Das Geschrei: wir wollen unser Geld, das Ministerium muß uns dafür haften! erhob sich tausendstimmig, und die Masse drang in die Wohnung des Ministers, der sein gefährdetes Leben nur durch eilige Flucht rettete. Fenster, Thüren und Geräthe wurden zerschlagen, und erst die in Masse aufgetretene Nationalgarde und die herbeigezogenen Truppen vermochten weitere Gewaltthätigkeiten zu verhindern. Die akademische Legion trat auch unter die Waffen, neigte sich jedoch dem Volke zu, und die Aufregung währte fort. Der Reichstag beschäftigte sich mit dieser Angelegenheit und bewilligte eine halbe Million zur sofortigen Schadloshaltung der Betheiligten, sowie zwei weitere Millionen zur Unterstützung erwerbloser Geschäftsleute, aber auch diese bedeutenden Zugeständnisse reichten zur Herstellung der Ruhe nicht hin. Das Volk blieb bei der Forderung stehen, daß die betreffenden Aktien ungesäumt und vollständig eingelöst werden müßten. Die Haltung der Aula ward drohender, Gerüchte von beabsichtigter Ausrufung der Republik und Sprengung des Reichstags mehrten die Verwirrung; die Wiedereinsetzung des Sicherheitsausschusses und die Abdankung der Minister wurden offen gefordert und mehrere Kompagnieen der Nationalgarde, welche ihre Offiziere absetzten, schlossen sich der Bewegung an. Das Ministerium widerstand allen diesen Forderungen; der größere Theil der Nationalgarde und die Truppen stellten sich den empörten Massen drohend gegenüber, doch kam es zu keinem Zusammenstoß. Nachdem dieses Unwesen drei Tage lang gedauert hatte, wurden die Bürger des-

sen überdrüßig, rissen den Aufständischen die Zettel mit den Worten: „Nur der Sicherheitsausschuß kann uns retten," von den Hüten, und die ganze Bewegung verlief sich zuletzt, wie der Rhein im Sande, doch fiel noch, als das Militär abmarschirte, aus dem Gebüsch im Glacis ein Schuß auf dasselbe, der einen Grenadier schwer verwundete.

Sobald der Aufruhr gescheitert war, sagte sich die Hochschule von aller Theilnahme an demselben los und ließ durch ihre Organe im Reichstage, Füster und Goldmark, erklären, daß alle über sie ausgestreuten Gerüchte grundlos seien und sie nur ein etwaniges Blutvergießen habe verhindern wollen.

Es schien, als solle durch solche Vorgänge das Volk nur für größere Ereignisse eingeübt werden, die nahe bevorstanden. In Ungarn hatte der Ban von Croatien die Drau überschritten und näherte sich mit einem zahlreichen Heere der Hauptstadt des Landes, ohne auf Widerstand zu stoßen. Man war in Ofen und Pesth noch nicht zum Kriege gerüstet, und Kossuth suchte Zeit zu gewinnen, indem er eine neue Abordnung des Reichstages nach Wien schickte, welche dort am 18. Septbr. eintraf und den Auftrag hatte, mit dem östreichschen Reichstage sich zur Schlichtung der Wirren in unmittelbare Verbindung zu setzen. Ein solches Uebergehen der Regierungsgewalt war formlos, immer aber hätten die Vertreter des östreichschen Volks Gelegenheit nehmen können, sich über die gegen Ungarn einzuhaltende Politik deutlich auszusprechen und dem Ministerium die Grenzlinie zu bezeichnen, bis wie weit es den Forderungen der Magyaren nachzugeben ermächtigt sei. Gaben diese billigen Vorschlägen kein Gehör, so würden die Verhältnisse den Völkern Oestreichs klar vor Augen gelegen haben, und einer Empörung Wiens wäre jeder Vorwand entzogen worden. Die slawische Mehrheit im östreichschen Reichstage hintertrieb eine solche besonnene Auffassung der Sache, weigerte sich, mit den Ungarn in Unterhandlung zu treten und rechtfertigte dadurch die angeregte Befürchtung, daß mit der magyarischen zugleich die deutsche Sache in Oestreich unterdrückt werden sollte. Freilich geschah auch vom Volke nichts, um seinen Wil-

len kund zu geben. Durch die Presse, durch Petitionen konnte Wien sich aussprechen, aber diese friedlichen Wege wurden vermieden, da die äußerste Partei bereits in dem Beschlusse einig war, zur Gewalt zu schreiten. Durch Anwendung verständiger Mittel hätten die Demagogen keine persönlichen Vortheile erlangt; zu einem Aufruhr aber wurden sie durch ungarisches und italienisches Geld — wie die östreichsche Regierung aktenmäßig versichert — ermuntert und durften bei einem Umsturz des Staats hoffen, die Zügel der Macht in ihre Hände zu bekommen. Die Ungarn verließen daher am 22. Septbr. Wien, ohne den offiziellen Zweck ihrer Sendung erreicht zu haben, aber für Erfüllung von Kossuth's heißestem Wunsche, der gerufen hatte: eine Million für einen Aufstand in Wien! waren alle Einleitungen getroffen.

Dem Abgeordneten Kudlich sollte für seine Verdienste um die Befreiung des Landvolks ein Fackelzug gebracht und ihm der Dank des Landes ausgesprochen werden. Hinter dieser Absicht lag aber eine politische Demonstration verborgen. Man wollte das Landvolk in der Umgebung Wiens auf seine Seite bringen und sich seines Beistandes bei der Erhebung der Hauptstadt versichern. Zu dem Ende wurden diese Leute, die in redlicher Gesinnung zahlreich zur Stadt gekommen waren, schon am Morgen des 24. Septbr. in einer Volksversammlung bearbeitet und mit diesen Bestrebungen am Abend fortgefahren, wo ein glänzender Zug sich gegen Kudlich's Wohnung bewegte.

Tausenau, Schütte, Jelineck, der Student Wilner, der sogenannte Arbeiterkönig, hielten Reden, in denen man dem Landvolke sagte, daß seine Rechte zwar vom Reichstage erkämpft, aber mit der Schärfe des Schwertes gegen jede Beeinträchtigung aufrecht erhalten werden müßten, und daß Wien, wenn es für solchen Zweck aufstehen sollte, auf den Beistand der ländlichen Bevölkerung rechne. Die Sprache der Redner machte jedoch auf das arglose Gemüth der Leute, an die sie gerichtet war, zuletzt einen unheimlichen Eindruck, der sich in mehreren Aeußerungen verrieth, daher die schlauen Volksführer einlenkten und durch ein dem konstitutionellen Kai-

ser ausgebrachtes Hoch! die laut gewordenen Besorgnisse zu zerstreuen suchten. Es war zu beklagen, daß eine an sich gute Veranlassung zu schlimmen Zwecken benützt wurde, die jedoch ganz erfolglos blieben.

Was am 18. Septbr. in Frankfurt vorgegangen war, steigerte die Lust zur Gewaltthat in Wien. Dr. Becher schilderte die Ermordung der beiden Reichstagsabgeordneten und den Aufruhr überhaupt als einen edlen Ausdruck des im Volke herrschenden Unwillens, beklagte die Erfolglosigkeit des Unternehmens und sprach es aus, daß die Bevölkerung Wiens, wenn sie die Waffen ergreife, größere Kraft entfalten, die Tyrannen vernichten und an diesem Felsen das Soldatenregiment scheitern werde.

In jeder Weise wurde der Sinn des Volkes vergiftet und dasselbe mit der Verübung von Verbrechen vertraut gemacht. Während der Kaiser durch seine Manifeste vom 22. und 25. Septbr. den festen Willen aussprach, den zu weit getriebenen Ansprüchen der Magyaren zu widerstehen, bildeten sich in Wien Freischaaren, um den Ungarn zu Hülfe zu ziehen und die am 28. Septbr. zu Pesth erfolgte Ermordung des Feldmarschallieutenants, Grafen Lamberg, ward mit Frohlocken begrüßt. Die Politik des kaiserlichen Hofes in den ungarisch-kroatischen Wirren ist gerade nicht zu billigen und die Ueberzeugung hiervon hat den Kaiser Ferdinand zur Niederlegung seiner Krone bewogen; aber durch sie kann eben so wenig das Verhalten der Volksverführer in Wien gerechtfertigt werden, welche aus unedlen Antrieben zu Gewaltmitteln griffen, die unermeßliches Wehe zur Folge hatten und dem gerade entgegengesetzten Zwecke dienten. Mißgriffe lassen sich nicht durch Verbrechen gut machen, auch fehlte es nicht an sittlichen Hülfsmitteln, einem verständigen Willen Geltung zu verschaffen. Die freie Presse, das Vereins-, Versammlungs- und Petitionsrecht boten diese damals reichlich dar, und im Reichstage war der Boden, wo das Gute gepflegt, das Verständige gefördert werden konnte.

Von dieser Ueberzeugung durchdrungen, können wir das, was sich in Wien zutrug, nicht billigen. Die Soldaten wurden durch Geld und Verheißungen zum

Treubruch verleitet, untergeordnete Werkzeuge bestochen, die Begriffe des Volks aber irre geführt und dadurch der Aufruhr hervorgerufen. Er zeigte sich bereits am 5. Oktbr., als ein italienisches Bataillon zur Verstärkung des Heeres nach Ungarn abgehen sollte. Die Mannschaft widersetzte sich und mußte durch einige Schwadronen Kürassiere zum Bahnhof geleitet werden, wo sie endlich die Waggons bestieg. Das Grenadierbataillon Richter hatte zugleich den Befehl erhalten, sich marschfertig zu machen, um am folgenden Tage nachrücken zu können. Diese Leute, denen man den Krieg in Ungarn als einen brudermörderischen bezeichnete, und die man durch Geld gewonnen hatte, gaben der Aula von dem erhaltenen Befehle Nachricht und baten sie um ihre Unterstützung, damit sie nicht, gleich den Italienern, gezwungen würden, Wien wider Willen zu verlassen. Sie erhielten eine zusagende Antwort und alle Vorkehrungen für den nächsten Tag wurden ziemlich offen betrieben. Der Regierung blieben diese Vorgänge nicht unbekannt, namentlich erhielt der Kriegsminister mehrfache Warnungen, und es ist daher schwer zu begreifen, wie er am Morgen des 6. Oktobers hoffen durfte, mit den Tags vorher angemeldeten Mitteln auszureichen. Hätte sich die Regierung angemessen gerüstet, dem Widerstande gleich anfänglich kräftig zu begegnen, so würde wahrscheinlich der Aufstand Wiens mit allen seinen entsetzlichen Folgen gänzlich verhindert worden sein.

Die Oktoberrevolution in Wien.

Das, was sich am 6. Oktober in Wien zutrug, war zu lange und zu umfassend vorbereitet worden, um durch die unkräftigen Gegenanstalten der Regierung in seinem Fortschritte gehindert zu werden. Wie vollständig auch der Kriegsminister von den meuterischen Gesinnungen des Grenadierbataillons Richter unterrichtet war, hielt er doch einige Schwadronen Kürassiere und einige Kompagnieen des galizischen Infanterieregiments Nassau, auf deren Treue man sich verlassen durfte, für zureichend, jeden Widerstand zu bewältigen, worin eine schwer zu begreifende Täuschung lag.

Hätte der blutige Aufstand der Hauptstadt mit allen seinen entsetzlichen Folgen vermieden werden sollen, so mußte die Regierung an diesem Tage alle Kräfte entfalten, die ihr zu Gebote standen, und so entweder von dem Versuch zur Empörung zurückschrecken oder diese im Keime ersticken. Halbe Maßregeln sind jederzeit das Schlechteste, und die östreichsche Regierung hätte sich schon darum aufgefordert fühlen sollen, die in Wien begangenen Ausschweifungen später mit größerer Milde zu beurtheilen, je mehr sie durch Versäumung dessen, was ihre Pflicht war, selbst dazu Veranlassung gegeben hat.

Die Truppen fanden, als sie früh Morgens am Bahnhofe der Nordbahn anlangten, denselben schon von der akademischen Legion, die sich dort ziemlich vollzählig aufgestellt hatte, besetzt. Das versammelte Volk riß die Schienen auf, zerstörte den Telegraphen und brach einen Theil der großen Donaubrücke ab, so daß die Truppen, welche diese bereits beschritten hatten, sich abgeschnitten sahen.

An der Taborbrücke entspann sich ein mörderischer Kampf, dessen erstes Opfer General Braidi wurde, der im Augenblicke, als er Feuer commandirte, von Kugeln durchbohrt niedersank. Nationalgarden aus den Vorstädten umringten die kaiserlichen Truppen, das Bataillon Richter machte mit ihnen gemeine Sache, die Volksmassen erfüllten immer zahlreicher den umgebenden Raum; vier Kanonen, welche zur Unterstützung der Truppen herbeigeführt wurden, fielen in ihre Hände, General Frank gerieth in Gefangenschaft, und die Truppen, deren Lage fortwährend bedenklicher wurde, sahen sich genöthigt, den Kampfplatz zu verlassen, der von etwa hundert Todten bedeckt blieb, während mehrere Hunderte von beiden Seiten zum Theil schwer verwundet waren, so daß Viele davon später starben. Vom Siege berauscht, zog das Volk nach der Stadt und führte zwei der eroberten Kanonen mit sich — die beiden andern waren in die Donau geworfen worden.

Im Innern Wiens hatte sich gleichfalls ein grausamer Kampf und zwar zwischen Bürgern und Bürgern entsponnen. Die durch die Lärmtrommel zusammengerufene Nationalgarde fand sich auf ihren Sammelplätzen

ein, aber der Geist, der die einzelnen Bataillone beseelte, war ein innerlich ganz verschiedener. Das Bataillon des Kärnthnerviertels, welchem man vornämlich den Namen des schwarzgelben beilegte, hielt den Stephansplatz besetzt und wollte es nicht dulden, daß das anrückende demokratische Bataillon der Vorstadt Wieden sich des Eingangs zum Stephansthurm in der Absicht bemächtigte, die Sturmglocke, die bereits von anderen Thürmen heulte, anzuziehen. Darüber kam es zum Gefecht. Die Schwarzgelben gaben Feuer, wurden aber, da der Andrang gegen sie beständig zunahm, in das Innere der Kirche gedrängt. Man hätte erwarten sollen, daß die Sieger sich damit begnügen würden, die Ausgänge der Kirche zu besetzen und ihre Gegner dadurch zur Niederlegung der Waffen zu nöthigen, aber die Wuth der erregten Leidenschaft kennt keine Grenze. Man drang in den altehrwürdigen Dom ein, dessen Gewölbe von den abgefeuerten Schüssen wiederhallten, und mordete sich an den Stufen der Altäre. Eine Abtheilung kaiserlicher Pioniere wollte den Bedrängten zu Hülfe kommen, gerieth aber auf dem Stockameisenplatze — dem Theile des Stephansplatzes gegen den Graben, ebenfalls ein Marktplatz, zu gelegen — in Kampf mit Akademikern und Nationalgarden, worauf sich die Pioniere nach der Renngasse in das kaiserliche Zeughaus zurückzogen, in das sich auch viele schwarzgelbe Nationalgardisten flüchteten. Dieses Gebäude wurde nun förmlich belagert, mit Kanonen beschossen, von hinten in Brand gesteckt und die Besatzung nach langem Widerstande gezwungen, am andern Morgen das Zeughaus gegen das Versprechen des freien Abzugs zu räumen — die dahin sich geretteten Nationalgardisten waren während der Nacht bereits entkommen. Die wilde Plünderung der Waffen- und Kriegsvorräthe, welche auch die dort verwahrten Siegesdenkmale des östreichschen Heeres nicht schonte, hat der Stadt selbst empfindlich geschadet und sie großentheils der Mittel zum Widerstande beraubt. Zu spät ermannten sich die neu eingesetzten Behörden, um diesem frevelhaften Unfug ein Ende zu machen. Volksaufstände mißrathen schon darum gewöhnlich, weil, wenn die Bande des Gehorsams gelöst sind,

die Massen sich selbst zerfleischen und ihr eigenes Verderben bereiten. Noch Schlimmeres hatte sich am Abend des 6. Oktobers im Gebäude des Hofkriegsraths zugetragen, wo sich der Kriegsminister, F. Z. M. Graf Balliet=Latour, befand. Vermöchten wir es doch, mit Engelszungen aller Welt zu predigen, daß durch Verbrechen selbst die beste Sache zu Grunde gerichtet wird. Die jesuitische Lehre, daß der Zweck die Mittel heilige, ist der gerechteste Vorwurf gewesen, welchen man diesem Orden gemacht hat, aber sie hat die treusten Anhänger gerade bei denen gefunden, welche sie am bittersten getadelt haben. Latour hatte sich durch die Verwaltung der Kriegsangelegenheiten große Verdienste erworben, und die Siege des östreichschen Heeres in Italien möglich gemacht; in seinen Schriften ist Nichts aufgefunden worden, was die wider ihn geschleuderten Anklagen zu begründen vermocht hätte; wäre er aber auch alles Dessen schuldig gewesen, was man ihm aufbürdete, so befand er sich ja doch in den Händen des Volks; eine gerichtliche Untersuchung konnte gegen ihn eingeleitet werden und er als verantwortlicher Minister der gesetzlichen Ahndung nicht entgehen, falls ihm eine Verletzung seiner Pflicht nachzuweisen war. Diese sogenannte Volksjustiz, die blindwüthend nicht nach Recht und Gesetz fragt, ist die abscheulichste Willkür, neben der die bürgerliche Freiheit nimmer bestehen kann.

Unheimliche Gruppen sammelten sich um vier Uhr auf dem Platze am Hofe; der lang genährte Groll gegen das auserſehene Opfer regte, wie der sich allmählig erhebende Sturm, seine Schwingen und brauste von Minute zu Minute heftiger auf. Der Reichstag, welcher sich, unähnlich dem deutschen Parlament am 18. September, erst um diese Zeit versammelte, schickte, als ihm die Gefahr des Ministers bekannt wurde, eine Abordnung zu seiner Rettung, an deren Spitze der Vertreter Prags, Buchhändler Borrosch, stand. Den eindringenden Worten dieses geachteten Volksmannes gelang es anfänglich, sich Gehör zu verschaffen und die Menge sogar zu dem eidlichen Angelöbniß zu bewegen, sich jeder Gewaltthat zu enthalten, aber man macht es ihm zum Vorwurf, daß er seinen Platz nicht behaup-

tete, sondern zu Pferde einen zwecklosen Triumphzug durch die Stadt hielt, während die Massen sich vor dem Gebäude des Hofkriegsraths durch neue Ankömmlinge vermehrten, die sich durch kein gegebenes Wort gebunden hielten und viele der Zurückgebliebenen ihrem Eide untreu wurden. Die Thüren des Gebäudes wurden endlich erbrochen, die Wachen leisteten keinen Widerstand, das in der Nähe befindliche Militär versäumte seine Pflicht und der nach langem, vergeblichem Suchen von seinen eigenen Leuten verrathene Latour wurde in einer Bodenkammer versteckt gefunden. Unter Schimpf und Mißhandlung die Treppen herabgeschleift, war er verloren, da die Stimmen, welche um Schonung baten, überhört wurden und selbst der Abgeordnete des Reichstages, Goldmark, von der Regierung beschuldigt wird, zum Morde angetrieben zu haben — was dieser freilich noch zu erweisen bleibt. Der Schlossergeselle, welcher mit einer Eisenstange den ersten tödtlichen Streich gegen das Haupt des Unglücklichen führte, selbst einer von denen, die den Eid geleistet, hat bei der späteren Untersuchung ausgesagt, daß er von der Aula für 30 Gulden — soviel erhielt einst Judas Ischarioth — zu dieser That gedungen worden sei, auch meldete er sich in der Hochschule zur Empfangnahme des Blutgeldes, und daß in ganz Wien sich keine Hand erhob, den frechen Mörder, der sich seines Verbrechens offen rühmte, zu greifen, ist allerdings ein schlimmes Zeichen und hat die versuchte Aussöhnung mit der Regierung vornämlich gehindert. Es ist allbekannt, daß Latour nach vielen erhaltenen Wunden unter den Händen seiner Mörder verblutete, entkleidet an einen Laternenpfahl geknüpft, seine Leiche auf unzüchtige Weise verstümmelt worden ist und selbst Frauenzimmer an diesem scheußlichen Vorgange Theil nahmen. Wir konnten, als wir das Entsetzliche hörten, uns trüber Ahnungen nicht entschlagen. In den Regeln der göttlichen Weltordnung liegt es, daß jedes Verbrechen böse Früchte trägt, und alle Blätter der Geschichte bestätigen diese ewige Wahrheit.

Wenn später von der anderen Seite die Grenze des gerechten Strafmaßes überschritten worden ist, wenn politische Verirrungen mit einer an Rache grenzenden

Härte gezüchtigt wurden, so können wir dies eben so wenig entschuldigen und die schlimmen Folgen dieses Verfahrens haben gleichfalls nicht auf sich warten lassen; aber wir beklagen es, daß die Welt so selten die gerade, einfache Bahn des Rechten inne zu halten versteht und nach rechts und links unaufhörlich davon abschweift, wie laut auch Religion, Wissenschaft und Erfahrung ihre warnende Stimme erheben mögen.

Der Reichstag erklärte sich permanent — in bleibender Wirksamkeit, — erwählte einen Sicherheitsausschuß, zu dessen Berichterstatter Schuselka ernannt wurde, an dessen Spitze später Fischhof trat, richtete am ersten Tage alle halbe Stunden Proklamationen an das Volk und entsendete eine Abordnung an den Kaiser, welcher in einer Adresse um Einsetzung eines volksthümlichen Ministeriums, in dem man Doblhoff und Hornbostel zu behalten wünschte, um Amnestie für das Vorgefallene und die Entsetzung des Ban Jellachich gebeten wurde. Gegen Herbeiziehung von Militär wurde zugleich protestirt. Der Sicherheitsausschuß stellte den Abgeordneten Scherzer an die Spitze der Nationalgarde, doch wollte es weder dem Ausschuß noch dem von ihm ernannten Befehlshaber gelingen, die Unordnungen am Zeughause sogleich zu beseitigen; nichts desto weniger hat der Ausschuß wesentlich auf die Besänftigung der Gemüther hingewirkt. Auch der Gemeinderath wurde durch Neuwahlen ersetzt und vereinigte seine Bemühungen mit dem Ausschusse, Ordnung in die herrschende Verwirrung zu bringen. Von dem Ministerium blieben in Wien blos der Finanzminister v. Kraus, der Minister des Innern v. Doblhoff und der Handelsminister Hornbostel zurück, aber nur der Erste hielt auf seinem gefahrvollen Posten aus; Doblhoff trat mit der Erklärung zurück, daß er die zur Herrschaft gelangten Grundsätze nicht theile, und Hornbostel, welcher dem Kaiser nachgesendet wurde, um eine Versöhnung zu vermitteln, versicherte, das Vertrauen des Monarchen verloren zu haben und deshalb auf jede fernere Wirksamkeit verzichten zu müssen. In der Aula und in dem mit ihr verbrüderten Centralausschusse ging es noch weit stürmischer als im Reichstage her und die dort gestellten Forderun-

gen waren viel ausgedehnter; unter andern wurde die Verbannung des Erzherzogs Ludwig und der Erzherzogin Sophie — der Mutter des nunmehrigen Kaisers — aus den östreichschen Staaten, so wie Entsetzung Radetzky's vom Oberbefehl in Italien verlangt. Die Siege des Letzteren waren sein Verbrechen; man wünschte das Gelingen der italienischen Sache — vom Standpunkte der östreichschen Regierung aus gesehen freilich ein eigenthümliches Ansinnen.

Der Kaiser floh am 7. October von Schönbrunn und begab sich unter starker Militärbedeckung auf einem Umwege über Znaym nach Olmütz, wo er erst am 14. October eintraf und wohin ihm die Minister von Wessenberg und Bach folgten. Einzelne Vorgänge abgerechnet, bezeigte das Volk Theilnahme an dem Schicksal des Monarchen und die überall ausgesprochene Versicherung, daß die gewährten Freiheiten nicht verkümmert, namentlich die Aufhebung oder Ablösung der Grundlasten nicht rückgängig gemacht werden sollte, sicherte die Ruhe der ländlichen Bevölkerung.

Die Besatzung von Wien war durch den befehlhabenden F. M. L. Grafen Auersperg in dem Palaste des Belvedere und dem fürstlich schwarzenbergschen Garten zusammengezogen worden. Wenig mehr als 10,000 Mann stark, konnte es ihr nicht einfallen, etwas gegen die Stadt zu unternehmen; sie war nur auf ihre eigene Sicherheit bedacht; auch verließ Graf Auersperg diese starke Stellung, sobald sich Ban Jellachich mit dem kroatischen Heere aus Ungarn näherte und bei Baden und Mödling ein Lager bezog. Beide Anführer brachten ihre Streitkräfte in nähere Verbindung, indem die Wiener Besatzungstruppen nach Enzersdorf rückten. In Wien hatte sich Scherzer nicht auf seinem Posten als Befehlshaber der Nationalgarde behaupten können, auch Braun und Hauptmann Spitzhütel wechselten darin fast an demselben Tage und diese wichtige Stelle ging am 11. Octbr. auf den vormaligen Lieutenant Wenzel Messenhauser über, der seiner Aufgabe besser gewachsen war und für die Befestigung der Stadt, die Einübung der zum Dienst berufenen oder freiwillig eingetretenen Mannschaften kräftige Maßregeln ergriff, wobei er an

dem gewesenen polnischen Obersten, Bem, den Fischhof schon früher nach Wien eingeladen haben soll, einen erfahrenen Gehülfen fand.

Alles, was mit den Vorgängen in Wien nicht einverstanden war oder die Folgen derselben fürchtete, floh aus der bedrohten Stadt und man schlägt die Zahl dieser Flüchtlinge auf den vierten Theil der Bevölkerung an. Wurde dadurch die Verproviantirung der Stadt erleichtert, so litt doch der Nahrungsstand derselben hierunter gewaltig, da es gerade die wohlhabendsten Bürger waren, die ihrer Heimath den Rücken kehrten.

Wir wollen die Geduld unserer Leser nicht mit den vielen Proklamationen, Adressen und Unterhandlungen ermüden, die zu einer Aussöhnung mit dem Kaiser gepflogen wurden, oder von seinen Heerführern Gehorsam unter die Anordnungen des Reichstags verlangten, zumal sie alle fruchtlos waren. Daß man von der begehrten Amnestie weder die übergetretenen Soldaten, noch selbst die Mörder Latours ausnahm; daß keinerlei Bürgschaften gegen eine Wiederkehr ähnlicher Vorgänge geboten wurden, veranlaßte die Berather des Kaisers, die Forderungen der Wiener und des östreichschen Reichstages, aus dem überdies die czechischen, die tyrolischen und andere Mitglieder der rechten Seite ausgetreten waren, zurückzuweisen. Dagegen erschienen am 15. und 19. Octbr. kaiserliche Manifeste, welche das Beharren auf dem verfassungsmäßigen Wege und die Erfüllung aller ertheilten Zusagen neuerdings verbürgten. Sie hatten den Erfolg, daß Wien größtentheils ohne Unterstützung von den Provinzen blieb. Die Czechen, welche aus dieser Wendung der Dinge und der Bedrängniß des Hofes Vortheile für sich zu ziehen hofften, waren voll Ergebenheit; das Landvolk hatte durch die Befreiung von gutsherrlichen Lasten den Zielpunkt aller seiner Wünsche erreicht und blieb taub gegen die Stimme der Sendboten aus Wien, welche dasselbe zu den Waffen riefen. Selbst der so sehr gefeierte Kudlich vermochte nichts auszurichten, und Häfner kam sogar in Gefahr, wurde auch später verhaftet. Nur in Brünn und Gratz zeigte sich lebhafte Sympathie für Wien; aus ersterer Stadt zogen fünfhundert Mann Bürgerwehr den Wienern zu

Hülfe, und aus Steiermark würde der Zuzug größer gewesen sein, wenn der Weg nicht den Leuten verlegt worden wäre.

Wohin sich alle Blicke in Wien richteten, das war nach Ungarn, aber dort war man bei weitem noch nicht kräftig genug gerüstet und der Eifer, womit man den eigenen Boden vertheidigte und der sich im Verlauf der Zeit immer gewaltiger steigerte, war in jenen Tagen noch nicht stark genug, die Magyaren für die Hauptstadt, welche sich für sie geopfert hatte, zu begeistern. Täglich erscholl der Ruf: die Ungarn kommen, und täglich wurde er getäuscht. Der viel zu schwache Heerhaufe, der sich unter den Feldherren Moga und Csany näherte und selbst die deutsche Grenze überschritt, zog sich unerwartet wieder zurück und es verlautete sogar, daß Unterhandlungen in Olmütz angeknüpft worden seien, die nur deshalb nicht zum Ziele führten, weil Kossuth die Verlegenheiten der östreichschen Regierung allzustark ausbeuten wollte.

Dagegen wurde die Gefahr des auf sich selbst zurückgewiesenen Wiens täglich drohender. Truppen bewegten sich aus allen Provinzen gegen die Kaiserstadt, um sie mit einem eisernen Ringe einzuschließen, und anstatt der gehofften Unterstützung der deutschen Demokratie kam blos eine Abordnung der Linken in Frankfurt, aus Blum, Fröbel, Hartmann und Trambusch bestehend, die die Verwirrung nur vermehrte. Es soll sich Messenhauser durch die heftige Partei, zu der nächst dem ungarischen Staatssecretär Pulszky, Fenner v. Fenneberg, Schütte, Tausenau, Chaisé, Deutsch, Becher, Jellinek, Häfner, Mahler, Beck, Engländer, Buchheim, Falke, Bachmann, Kolisch, Wintersberg, Hrzka, Gritzner, Frank, Löwenstein, Aigner, Füster, Umlauft, Violand, Goldmark, Löhner, Pauli und andere gehörten, zuweilen verdächtigt und in seinen Schritten behindert gesehen haben, wodurch der Gang der Vertheidigung eher geschwächt als gekräftigt worden ist; denn wo das Vertrauen zu dem Führer, die willige Unterwerfung unter seine Anordnungen untergraben werden, ist übereinstimmendes, erfolgreiches Wirken nicht zu erwarten.

Anders sah es im kaiserlichen Feldlager aus, in dem Fürst Windischgrätz am 19. Octbr. mit umfassenden Vollmachten eintraf und wo ein planvoller Angriff vorbereitet wurde, der mit größerem Geschick entworfen war, als später die weit ausgedehnte Operationslinie in Ungarn.

Von Ludenburg aus erließ der Fürst am 20. Oct. eine Proklamation an die Wiener, worin er die Stadt und ihre Umgebung in Belagerungsstand erklärte, das Standrecht verkündete und eine harte Sprache führte, welche zu williger Unterwerfung nicht hinleiten konnte. Alle diejenigen, welche die Strenge des gebieterischen Mannes zu fürchten hatten, reizten das Volk zum Widerstande auf, und der Reichstag erklärte am 22. Oct. die Verfügungen des Feldherrn für ungesetzlich. Weder der Hof in Olmütz, dem diese Erklärung mitgetheilt wurde, noch sein General nahmen hierauf die mindeste Rücksicht. Die beiden Reichsbevollmächtigten Welcker und Mosle, welche gleichzeitig nach Wien kamen, richteten in der Stadt so wenig als im Feldlager etwas aus, und ihre Sendung war eine völlig verunglückte. In Wien vermehrte man die Mittel der Vertheidigung durch freiwillige und gezwungene Werbungen und befeuerte den Muth der Streiter durch hohen Sold, sowie durch das Versprechen von Ruhegehalten für alle im Kampfe Verstümmelten, für die Wittwen und Kinder der Gefallenen. Wer denkt wohl dieser Unglücklichen jetzt? Noch einmal ließ der Reichstag einen Nothruf an die Völker Oestreichs ergehen. „Wien," sagte er, „ist die Wiege und die Burg der Freiheit; alle eure Interessen sind zugleich mit Wien gefährdet; erhebt euch, helft uns den Kaiser beschwören, daß er durch ein volksthümliches Ministerium uns Heil gebe!"

Wohl hallten diese Worte in manchen Herzen wieder, aber die vielen fremden wühlerischen Elemente, die Wien beherbergte, und die jede Regierung, selbst eine republikanische, unmöglich gemacht haben würden, schreckten das Land zurück.

Wäre Wien mit mehr Würde, mehr Besonnenheit, mehr Reinheit der Gesinnung zu Werke gegangen, seine Sache würde die stärksten Sympathieen im Lande er-

weckt haben, aber man sah dort nur Uebertreibungen, Ausschweifungen aus der Bahn des Rechten und Wahren und einen gänzlichen Mangel an höherer Staatsweisheit, was Alles vom Volke instinktartig erkannt wurde und es theilnahmlos bei den Bedrängnissen der Hauptstadt ließ. Gewiß hat der Fall Wiens der Sache der Freiheit geschadet, aber Viele glaubten, daß Wien eben so wenig die Freiheit richtig begriffen hatte, und daß sein Triumph nicht weniger eine Auflösung alles Bestehenden zur Folge gehabt haben würde, und diesen Ausgang scheute das Land; es vertraute der Weisheit und Mäßigung der Regierung, und wenn es in diesem Vertrauen getäuscht ward, so war dies eine schmerzliche, aber edle Täuschung.

Rasch sollte sich das Schicksal Wiens entscheiden. Der Fürst Feldmarschall ließ bei Nußdorf eine Brücke über die Donau schlagen, besetzte die Brigittenau, die Insel Lobau — aus dem Feldzuge von 1809 bekannt — und schnitt so dem von allen Seiten abgesperrten Wien die Zufuhr ab, das wohl in täglichen Gefechten an den Linien — Zollmauern — viel Pulver verplatzte, aber nicht stark genug zu einem kräftigen Ausfall war, um in offenem Felde dem Gegner die Stirn zu bieten.

Eine zweite Verkündigung des Fürsten aus Hetzendorf vom 23. Oct. forderte die Uebergabe der Stadt binnen 48 Stunden, die Auflösung aller bewaffneten Corps, Abgabe der Waffen, Auslieferung einiger Personen — als solche wurden später Bem, Pulszky und Schütte genannt — Aufhören aller politischen Blätter mit Ausnahme der Wiener Zeitung, Ausweisung verdächtiger Ausländer, Schließung der Clubs und bedrohte alle Zuwiderhandelnden mit Stellung vor das Standrecht.

Der Unwille, den diese Forderungen in und außerhalb des Reichstages erregten, ist nicht zu beschreiben. Noch einmal und wieder vergeblich ging eine Abordnung an den Kaiser ab; die Clubs tobten und die kampfmuthigen Arbeiter drängten zum Handeln, aber den Besonnenen graute, denn sie konnten sich den Ausgang der Dinge in der preisgegebenen Stadt nicht länger verhehlen.

Man machte dem Fürsten Windischgräz von unbe-

kannt gebliebener Seite her den Vorschlag, ruhig und als ob nichts vorangegangen wäre, in die Stadt zu rücken: er werde auf keinen Widerstand stoßen, doch erklärte dieser einen solchen Schritt für zu gewagt. Zwar richtete er noch eine und diesmal milder abgefaßte Ansprache an die Wiener, ihre allgemeine Verbreitung in der Stadt wurde jedoch gehindert, auch hatte er, wie das Sprichwort sagt, das Rauhe schon zu weit herausgekehrt, um nun noch Vertrauen zu erwerben.

Dem Dafürhalten ruhiger Männer nach, hätte der Fürst gleich anfänglich die Ausweisung der fremden Wühler, gerichtliche Untersuchung und Bestrafung der Mörder Latours, Auflösung der akademischen Legion, Entwaffnung der Freischaaren, Reorganisation der Bürgerwehr und die Schließung der revolutionären Clubs verlangen, dagegen eine unbeschränkte Amnestie für alle politischen Vergehungen verkünden sollen. Dieses Verfahren hätte der Regierung nicht blos Tausende von Herzen gewonnen und die friedliche Unterwerfung derselben bewirkt, sondern auch das Vertrauen der Provinzen gerechtfertigt und ihre Anhänglichkeit gekräftigt. Solchenfalls hätte freilich auch der Hof einen andern Mann, als den Fürsten Windischgrätz gegen Wien absenden müssen, der nur die klaffenden Wunden des Staats weiter aufriß, ohne eine zu heilen.

Die Vorschläge, die der Fürst gemacht hatte, wurden vom Stadtrath im Einvernehmen mit den Anführern der bewaffneten Macht verworfen, und der kleine Krieg an den Linien dauerte fort, während der kaiserliche Feldherr noch immer auf eine friedliche Uebergabe hoffte.

Darin getäuscht, erfolgte der allgemeine Angriff der Stadt am 28. Oct. gleichzeitig auf mehreren Punkten und zwar mit einer Macht, der Wien unmöglich widerstehen konnte. Die Angaben schwanken zwischen 80 und 130,000 Mann, welche mit 300 Kanonen gegen die Hauptstadt vorrückten. Um zehn Uhr früh verkündete der Geschützdonner die nahende Entscheidung; die Batterieen der Stadt antworteten und die Sturmglocken begleiteten mit ihrem Geheul den erderschütternden Lärm. Zuerst drangen die Croaten an der Sct. Marxer Linie ein, ebenso an der kleinen Linie der Vorstadt Erdberg

und am Donauarm. Bereits um Mittag war es ihnen gelungen, zwanzig Barrikaden zu überwältigen und in drei Colonnen drangen sie weiter vor. Die Häuser, aus welchen auf sie geschossen wurde, nahmen sie mit Sturm, und dabei sind Dinge vorgefallen, die wir ins Einzelne auszumalen unterlassen. Mord, Schändung, Plünderung, alle Greuel einer eroberten Stadt erlitten — gleichviel ob schuldig oder unschuldig — die unglücklichen Bewohner dieser Stadttheile. Die Sturmcolonnen trafen um zwei Uhr auf dem großen Platze der Vorstadt Landstraße zunächst der Augustinerkirche zusammen, nachdem sie alle ihnen entgegen gestandenen Verrammelungen der Seitengassen erobert hatten, von wo aus sie sich nach dem Invalidenhause, dem neuen Mauthgebäude am Glacis, der Caserne am Rennwege und dem fürstlich-schwarzenbergschen Palaste ausdehnten und um vier Uhr ihr blutiges Tagewerk beendeten.

Nicht weniger heftig war der Kampf in der Leopoldstadt und Jägerzeile gewesen, wo Bem selbst den Befehl über die Städtischen führte und seine beste Mannschaft hatte. Die dort errichteten Barrikaden waren die beträchtlichsten und ihrer Stärke glaubte man vertrauen zu dürfen. Aber das anhaltende Feuer der Geschütze bewirkte doch Breschen, welche den Sturmkolonnen den Weg bahnten; auch drangen die Truppen in die zunächst der Barrikaden gelegenen Häuser, durchbrachen die Zwischenwände und gelangten so dazu, aus Gebäuden, die hinter den Barrikaden lagen, auf die auf denselben stehenden Vertheidiger zu schießen. Der Widerstand war außerordentlich tapfer, doch aber nicht völlig geregelt, denn ein Augenzeuge versichert, daß während einer fast zweistündigen freiwilligen Waffenruhe, welche die gegenseitige Erschöpfung nöthig machte, die Barrikaden gänzlich verlassen blieben und von den Truppen ohne alle Mühe hätten besetzt werden können, wenn ihnen anders dieser Umstand bekannt gewesen wäre. Nach fünf Uhr aber hatten die Streiter der Stadt auch dieses Schlachtfeld gänzlich verloren und unterhielten nur noch von den Wällen der inneren Stadt aus ein Geschützfeuer, wodurch sie selbst mehrere vorstädtische Gebäude zerstörten. Mit ungemeinem Muthe wurde der

Glogginzer Bahnhof von Studenten und Arbeitern vertheidigt. Ihren Gegnern, den kroatischen Grenzwächtern — Sereſſanern — fügten sie großen Schaden zu, bis sie gegen 4 Uhr erlagen. Weniger ernst war der Kampf an der Matzleinsdorfer Linie; bald gelang dort den Truppen die Besetzung des Belvedere; sie unterhielten von den gewonnenen Stellungen aus ein mehrstündiges Feuer, welches vielen Schaden anrichtete. Damit war die Sache so gut wie entschieden; die innere Stadt, die noch nicht genommenen Vorstädte konnten wohl noch einen Verzweiflungskampf wagen, welcher der Stadt den Untergang bereiten mußte, aber erfolgreich wäre die Sache nimmer gewesen. Diese Ueberzeugung war auch in Wien vorherrschend, jedoch bei den nächtlichen Berathungen wollte Niemand zuerst das verhängnißvolle Wort der Uebergabe aussprechen, bis endlich Messenhauser, im Einverständniß mit den Vertrauensmännern der Compagnieen, die überraschende Erklärung abgab, daß Wien bei wiedereröffnetem allgemeinem Kampfe nur noch vier Stunden mit seiner Munition ausreichen werde. Dadurch wurde fernerer Widerstand unmöglich; aber Messenhauser hoffte, indem er dem Feldmarschall alle Verheißungen des Kaisers zurückrief, mildere Bedingungen zu erlangen. Die Nationalgarden der Vorstädte Wieden, Mariahilf, Schottenfeld, Alsergasse traten dem Entschlusse der Uebergabe bei, die am folgenden Morgen dem Fürsten Feldmarschall angeboten, von diesem jedoch nur auf Gnade und Ungnade angenommen wurde. Dennoch möchte die erstere noch leichter Eingang gefunden haben, wenn nicht Moga mit seinem Heere zu einer Zeit sich Wien genähert hätte, wo er der Stadt keine Rettung mehr bringen, sondern ihre Lage nur noch verschlimmern konnte.

Das kaum 20,000 Mann starke Heer der Ungarn wurde am 30. Octbr. von Jellachich bei Schwechat gänzlich geschlagen und über die ungarische Grenze zurückgetrieben, aber die Kurzsichtigkeit der Wiener hoffte auf siegreichen Entsatz. „Wien kann nicht untergehen," rief man in der Stadt, „Moga kommt als ein zweiter Sobiesky zu seiner Rettung," und ohne auf verständige Gegenvorstellungen zu achten, wurde wieder zu den

Waffen gegriffen. Aus diesem hoffnungsreichen Taumel kamen die Bethörden nicht heraus, als sich auch der Lärm der Schlacht entfernte, und noch am 31. Octbr. wurde fortgestritten, wiewohl eine starke Partei in Wien dagegen strebte und es fast zum Blutvergießen im Innern der Stadt gekommen wäre.

Die noch Widerstand leistenden Vorstädte wurden zwei Stunden lang beschossen und hierauf von den eindringenden Truppen besetzt, allein ein Theil der vorstädtischen Nationalgarde zog sich nach der innern Stadt zurück, noch immer entschlossen den Kampf fortzusetzen. Die Verwirrung war ungeheuer; der Gemeinderath hatte wiederholt dem Fürsten die Ergebung der Stadt angeboten und dem zufolge sollte um zwei Uhr Nachmittags die östreichische Fahne auf dem Stephansthurm aufgezogen werden; allein diejenigen, welche zum Aeußersten entschlossen waren, widersetzten sich dem, und der Streit der Meinungen drohte jeden Augenblick einen blutigen Ausgang zu nehmen. Darüber verging die festgesetzte Zeit und um drei Uhr Nachmittags eröffnete das Belagerungsheer ein heftiges Geschützfeuer gegen die Stadt. Von vier Punkten aus wurden Granaten und Racketen geschleudert. Von den Basteien antworteten zwar die Kanonen der Stadt, auch unterhielten die Büchsenschützen ein lebhaftes Gewehrfeuer, aber die kaiserlichen Geschosse waren von schwererem Kaliber, sie wurden rascher bedient und der Kampf war somit ein ungleicher.

Einer von den vier Flügeln der Burg, welche den Josephsplatz einschließen, gerieth zuerst in Brand. Die Kuppel und der Dachstuhl über der Hofbibliothek und der Naturaliensammlung waren entzündet worden, und der Untergang dieser Schätze der Wissenschaft stand zu befürchten. Bald ergriffen die Flammen das Dach der nahestehenden Augustinerkirche, die herrliche Kunstwerke verwahrt; auch der Thurm brannte und die Glocken fielen geschmolzen herab. Auf andern Punkten flammte das Feuer ebenfalls auf, doch erleichterte die sehr solide Bauart der Häuser das Löschen, dennoch aber brannte der Pallast des Grafen Kollowrat an der südlichen Bastei bis auf den Grund nieder.

Die Nationalgarde von Wien strengte sich für die Rettung der Burg mit großem Eifer an und wehrte zugleich das Andringen derjenigen ab, welche plündern wollten. Da das Feuern von außen unausgesetzt fortdauerte, so waren diese Versuche gefährlich und ihr Erfolg zweifelhaft, aber die Kugeln öffneten endlich das neue Burg- und das alte Kärnthnerthor den Truppen, welche hierauf in die Stadt eindrangen und die nun nicht weiter gehinderten Löschanstalten unterstützten.

Wien war durch Waffengewalt unterworfen und wurde am 1. Novbr. vollständig besetzt. Brand, Plünderung, Mord und willkürliche Gewaltthat hatte diese Stadt, die von jeher nur als der Sitz des heitersten Lebensgenusses bekannt war, erduldet; aber damit waren ihre Drangsale nicht beendet. Ihr hartherziger Ueberwinder brachte alle voraus verkündeten Zwangsmaßregeln mit äußerster Strenge zur Anwendung, und der zum Commandanten ernannte G. M. Baron Cordon ward mit der Vollziehung der gemessenen Befehle des Fürsten Windischgrätz beauftragt.

Der Arm der Gewalt, dem sich Viele durch die Flucht zu entziehen gewußt hatten, streckte sich auch nach den beiden deutschen Nationalvertretern, Robert Blum und Julius Fröbel aus, die am 4. November festgenommen wurden. Mag man über das Auftreten Blums und seiner Collegen in Wien und deren Wirksamkeit daselbst urtheilen, wie man will, so vermögen wir durchaus nicht, das Verfahren gutzuheißen, welches sich das Soldatenregiment in Wien erlaubte. Wollte die östreichische Regierung auf die in der Paulskirche berathenen, von dem deutschen Reichsverweser, einem östreichschen Prinzen, verkündeten Gesetze gar keine Rücksicht nehmen, so hätte sie besser gethan, die Wahlen nach Frankfurt gar nicht anzuordnen. Selbst wenn sie das erlassene Gesetz zum Schutze der deutschen Volksvertreter als gültig nicht anerkannte, hätte schon die Rücksicht auf die öffentliche Meinung in Deutschland sie bewegen sollen, Blum und Fröbel vor die ordentlichen Gerichte zu verweisen, und durch diese die Genehmigung zur Einleitung der Untersuchung gegen dieselben bei der Nationalversammlung in Frankfurt nachsuchen zu lassen. Das Standrecht, vor

welches Blum am 8. Novbr. gestellt wurde, war nicht die zur Prüfung so verwickelter Rechtsfragen geeignete Behörde, und der Spruch, welcher den Angeklagten zum Tode durch den Strang verurtheilte und der am folgenden Tage durch Pulver und Blei an ihm vollzogen wurde, war weder gerecht noch klug, denn er rief in Deutschland eine Stimmung gegen die östreichschen Machthaber hervor, deren nachtheilige Wirkungen sie noch lange zu empfinden haben werden. Fröbel entging demselben Schicksale nur — wie er sagt — durch eine Schrift, in welcher er sich für Erhaltung Oestreichs als eines Gesammtstaats ausgesprochen hatte. Wohl mag auch seine weniger hervorragende Persönlichkeit ihm durchgeholfen haben. Er war nicht der wichtige Gegner, an dem die östreichsche Regierung ihre Macht zeigen wollte, und ihr genügte überdies ein Opfer, um zu beweisen, daß sie das deutsche Parlament nicht beachte und seine Beschlüsse für Oestreich nie maßgebend sein würden.

Andere mußten nach Blum bluten. Am 11. Novbr. traf das Todesloos den Commandanten der mobilen Nationalgarde, Eduard Preßler, Edlen von Sternau, dessen Vermögen noch überdies seiner jammernden hülflosen Wittwe entrissen wurde. Am 16ten starb Messenhauser zur Strafe für die übernommene Vertheidigung Wiens. Sein Tod erregte in Oestreich dieselbe Theilnahme, die Blum im übrigen Deutschland fand: er war dort der Mann des Volks. So lange man diejenigen nicht strafte, die ihn an die Spitze der städtischen Kriegsmacht gestellt hatten, so lange die Vollmachtgeber frei blieben, hätte man glauben sollen, daß auch der Beauftragte nicht zur Verantwortung gezogen werden könne, doch wurde gegen ihn der Umstand geltend gemacht, daß er bei seinem Austritt aus östreichschen Kriegsdiensten gelobt hatte, nicht gegen die östreichschen Truppen die Waffen zu ergreifen. Alle Behörden Wiens verwendeten sich für seine Begnadigung, doch Windischgrätz ließ für die kaiserliche Entschließung nicht Raum, sondern beschleunigte die Hinrichtung in auffallender Weise.

Von bekannten Namen kamen am 23. Novbr. zunächst Dr. Alfred Julius Becher, Herausgeber der Zeit-

schrift „der Radikale" und der Schriftsteller Hermann Jellinek an die Reihe.

Von dem Charakter des zum Gouverneur von Wien ernannten F. M. L. Frhrn. v. Welden, der am 12. November mit einer vielversprechenden Proklamation diese Würde antrat, wurde eine Aenderung des strengen Systems erwartet, aber dieser Wechsel in dem Träger der Gewalt brachte eben so wenig eine wesentliche Verbesserung in den Zuständen Wiens hervor, als die am 24. Novbr. erfolgte Umwandlung des standrechtlichen in ein kriegsrechtliches Verfahren. Es floß fortwährend Blut, ohne den Brand in den Gemüthern zu löschen; im Gegentheil wurde die Stimmung von Tage zu Tage gereizter und gab sich sowohl in heftigen Worten, als in vereinzelten Angriffen auf das Leben der Soldaten kund, führte aber die Uebertreter der Gesetze nur zahlreicher zu Galgen und Kerkern.

Durch ein kaiserliches Patent vom 22. Oct. war der Reichstag vertagt und auf den 15. Novbr. nach Kremsier einberufen worden; die Versammlung hatte dieses Gebot jedoch nicht beachtet, sondern bis zur Besetzung Wiens fortgetagt, ohne doch jene Höhe der Stellung zu gewinnen, die des Senats eines großen Staats in diesen Tagen der Gefahr vollständig würdig gewesen wäre. Nach der Bewältigung der Hauptstadt erschien am 10. Novbr. ein zweites Patent, welches den Wiederzusammentritt des Reichstages in Kremsier auf den 22. Nov. festsetzte. Bis dahin war auch die vollständige Bildung des neuen Ministeriums zu Stande gebracht worden, in dem Fürst Felix Schwarzenberg den Vorsitz führte und die Geschäfte des Auswärtigen, Graf Franz Stadion das Innere, vorläufig auch den Unterricht, G. M. Frhr. v. Cordon den Krieg, Dr. Alex. Bach die Gerechtigkeit, v. Bruck, Director des östreichschen Lloyds in Triest, den Handel und die öffentlichen Arbeiten, Thienfeld, Abgeordneter aus Steiermark, den Ackerbau leitete, und Frhr. v. Kraus die Verwaltung der Finanzen behielt.

Das Programm des neuen Cabinets, welches dasselbe dem Reichstage am 27. Nov. vorlegte, versprach aufrichtiges und rückhaltloses Festhalten an den Grund-

sätzen der constitutionellen Monarchie, bezeichnete weitläuftig den Weg, welchen die Regierung in dieser Richtung einschlagen werde und stellte die feste Gliederung eines östreichschen Gesammtstaats als den Zielpunkt ihrer Bestrebungen hin. In Betreff der deutschen Angelegenheiten erklärte das Ministerium, daß das verjüngte Oestreich, wie das verjüngte Deutschland erst neue bestimmte Formen gewinnen müßten, ehe sich die gegenseitigen staatlichen Beziehungen beider bestimmen ließen. Verweilen wir einen Augenblick bei diesem Gegenstande. Oestreich sagte sich durch diese Erklärung unzweideutig von der Theilnahme an einer deutschen Gesammtverfassung los und deutete nur die Bereitwilligkeit zur künftigen Schließung eines Bündnisses an. So und nicht anders konnte das Reichsministerium in Frankfurt diese klaren Worte deuten und richtete seine Stellung zu Oestreich dem gemäß ein.

Zwar verleugnete das östreichsche Cabinet in einer Note vom 28. Decbr. seinen in Kremsier gethanen Ausspruch, aber es ließ gleichwohl nicht erkennen, was es mit dieser überraschenden Schwenkung beabsichtige. Es sagte nur, was es an den zeitherigen Beschlüssen der deutschen Nationalversammlung zu tadeln finde, aber es kündete die Bestimmungen nicht an, unter denen der deutsche Bundesstaat geschaffen werden solle. Erst am 4. Februar gab eine zweite Note darüber Auskunft, jedoch in einer Weise, welche Deutschlands Erwartungen nicht zu befriedigen geeignet war. Oestreich wollte mit seiner gesammten Bevölkerung in den deutschen Bund eintreten, die alleinige Vertretung sollte in einem Staatenhause bestehen, in welches auf jede Million Seelen ein Abgeordneter käme. Dem gemäß würde Oestreich deren 38, das gesammte übrige Deutschland 32 zu senden gehabt haben, mithin bei allen Fragen schon von vorn herein überstimmt gewesen sein. Das Volkshaus wollte aber Oestreich gänzlich beseitigen und somit einen Zustand herbeiführen, der noch größere Nachtheile, als der alte Bundestag, zu Wege gebracht haben würde. Wir geben zu, daß man bei den in der Paulskirche gefaßten Beschlüssen den eigenthümlichen Verhältnissen des östreichschen Staats auch nicht gebührende Rechnung getragen hat, aber dies

beweist nur, daß man auf beiden Seiten die Anknüpfungspunkte nicht aufzufinden verstand, welche zu einem allen Theilen angemessenen Bundesstaate gehörten. Uebrigens gestehen wir unverholen, daß wir dem gegenwärtigen östreichschen Cabinet überhaupt nicht die aufrichtige Absicht zutrauen, in ein solches Verhältniß zu Deutschland einzutreten, welches den Volksfreiheiten günstig, oder auch nur unseren materiellen Interessen förderlich wäre. Wie schmerzlich, wie nachtheilig eine Zerreißung Deutschlands immerhin sein mag, so scheint es doch unmöglich, daß beide Theile zusammengehen, so lange nicht ein freierer Geist in den Berathungen der östreichschen Regierung weht.

Kehren wir wieder nach Oestreich zurück, nach diesem Lande, wo sich seit Jahr und Tag die überraschendsten Erscheinungen drängen. Eine solche war unstreitig die am 2. Decbr. zu Olmütz erfolgte Thronentsagung Kaiser Ferdinands, sowie die Verzichtleistung seines Bruders, des Erzherzogs Franz Karl, zu Gunsten seines achtzehnjährigen Sohnes Franz Joseph. Man erfuhr bald, daß die Politik, welche von nun an in Ungarn befolgt werden sollte und die gegen die vom Kaiser eidlich gegebenen Zusicherungen verstieß, der Grund sei, welcher den gewissenhaften Monarchen vom Throne vertrieb.

Allgemein hoffte man, daß mit dem jugendlichen Kaiser auch ein junger, frischer Sinn das ganze Staatsleben durchdringen und namentlich ein Spruch der Gnade alle Wirren der Vergangenheit mit einem Striche verwischen werde, aber man täuschte sich gänzlich. Nicht die geringste Veränderung des Systems war zu entdecken: es blieb Alles beim Alten! Und der Wahlspruch: „viribus unitis“, den der neue Kaiser annahm, schien nur anzudeuten, daß die gestärkte Fürstenmacht mit vereinten Kräften wieder nach einem selbstgesteckten Ziele strebe.

Was das Kabinet am 4. Dezbr. dem Reichstage als Angebinde anzubieten hatte, war der Voranschlag des Staatshaushalts für 1849, welcher einen Fehlbetrag der Einnahme von 49,340,000 Gulden nachwies und die Forderung einer Anleihe von 80 Millionen. Der Reichstag trug Bedenken, die Bewilligung zu er-

theilen, weil er fürchtete, daß dieselbe nur abgewartet würde, um sodann die Versammlung aufzulösen. Daß diese Befürchtung nicht ohne allen Grund war, hat die Folgezeit gelehrt; dennoch wurde dem gestellten Verlangen am 22. Decbr. entsprochen. Die gefährdete Freiheit führte zwar eine Annäherung der Parteien am Reichstage herbei, dennoch war die Uebereinstimmung unzureichend, um einen großen moralischen Eindruck im Lande hervorzubringen, und die wichtigsten Fragen wurden oft nur durch die Mehrheit einer Stimme entschieden. Am 14. Decbr. legte die Regierung dem Reichstage ein Gemeindegesetz vor, welches überall im Auslande als freisinnig gerühmt wurde, aber so wenig in den Provinzen des Kaiserstaats, als in der Versammlung ihrer Vertreter Beifall fand und zurückgezogen wurde.

Die Berathung der östreichschen Grundrechte begann am 21. Decbr. und schritt mit solcher Umständlichkeit vorwärts, als wäre der Reichstag sich des Schwertes nicht bewußt, das an einem Pferdehaar über seinem Haupte hing. In Deutschland war man allgemein des Dafürhaltens, daß es gerathener gewesen wäre, aus den in Frankfurt berathenen Grundrechten mit wenigen entschlossenen Strichen dasjenige auszuscheiden, was den Verhältnissen in Oestreich entweder nicht entsprach, oder dem die Zeiten zuwider waren, und dagegen rasch an das Verfassungswerk selbst zu gehen, die Verbesserung der Mängel einer eiligen Berathung einer künftigen Kammer überlassend, da offenbar die Zeit drängte. Schon gegen den §. 1. der Grundrechte, welcher die Volkssouveränetät aussprach, verwahrte Minister Stadion die Regierung in einer Weise, welche dem Abgeordneten Schuselka und andern Mitgliedern der Versammlung Stoff zu männlich edlen Reden gab; dennoch fand es die eingeschüchterte Versammlung rathsam, auf den Vorschlag des Abgeordneten Ullepitsch diesen §. einstweilen bei Seite zu legen. Alle im Reichstage in Betreff der Grundrechte gefaßten Beschlüsse standen in seltsam schreiendem Widerspruch mit dem, was außerhalb des Sitzungssaals in Wirklichkeit vorging: Freiheit der Person und Belagerungsstand ganzer Städte und Provinzen; Schwurgericht und Standrecht; Abschaffung der Todesstrafe und Fusilladen!

Der Versuch, das Heer dem Volke dadurch anzunähern, daß man ersterem eine besondere Vertretung am Reichstage zugestand, scheiterte an dem eigenen Widerspruche der Armeeen in Italien und Ungarn. Die deutsche Wechselordnung ward von der Regierung eingeführt, nicht darum, weil sie in Frankfurt zum Gesetz erhoben, sondern weil sie im Jahre 1847 durch Regierungsbevollmächtigte in Leipzig berathen worden war; auf die Geneigtheit eines Anschlusses an Deutschland durfte man daraus nicht folgern, wie denn auch die slavische Partei am Reichstage einer solchen Absicht beharrlich entgegenstrebte und selbst die Stimme der deutsch-öſtreichſchen Provinzen sich viel zu schwach, häufig sogar im entgegengesetzten Sinne, aussprach.

In den ersten Tagen des März hatten die Abtheilungen die Vorberathung der Verfassung beendet und es wurde im Reichstage die Frage aufgeworfen: ob es nicht wohlgethan wäre, den Entwurf in Bausch und Bogen anzunehmen, um am Jahrestage der Wiener Revolution die reife Frucht derselben dem Volke anbieten zu können. Andere warnten vor solcher Uebereilung und schlugen vor, den 15. März dadurch zu feiern, daß an diesem Tage mit der Berathung des Grundgesetzes begonnen würde.

Die Minister mußten heimlich alle diese Besprechungen schadenfroh belächeln, denn schon hatten sie ihren Entschluß gefaßt.

Am 7. März erfolgte, gerade nicht unerwartet, aber doch in überraschender und formloser Weise die Auflösung des Reichstags und die Verkündigung einer vom Throne verliehenen Verfassung, der, um das Landvolk zu beruhigen, ein Gesetz über Ablösung der Robothen beigegeben war. Zur Rechtfertigung dieses Schrittes führte die Regierung an, daß die ertheilte Verfassung zugleich die Länder der ungarischen Krone umfasse, welche auf dem Reichstage in Kremsier nicht vertreten seien und von diesem einseitig keine Gesetze annehmen könnten; erlangte aber die Regierung dadurch ein Recht, dem ganzen Staate das aufzudringen, was sie einseitig von ihrem Standpunkte für das Beste hielt? Zwar hoffte man damals, Ungarn mit Waffengewalt entweder allein,

oder im Bündniß mit Rußland zu unterwerfen und dem Besiegten die Bedingungen vorschreiben zu können, wobei ein Wechsel des Kriegsglücks nicht in Rechnung gebracht wurde.

Auch die Unfähigkeit des seit 7 Monaten beschäftigten Reichstages zur Schaffung einer Verfassung machte die Regierung demselben, leider nicht ohne Grund, zum Vorwurfe, doch ist ein Machtgebot freilich schneller gegeben, als die Uebereinstimmung entgegengesetzter Meinungen und Interessen bewirkt, auch muß die bewegte Zeit dabei in Anschlag gebracht werden. Vornämlich scheute die Regierung wohl den freiheitlichen Drang der Völker, den sie in selbst gesteckte Grenzen eindämmen wollte. Betrachtet man die octroyirte Verfassung mit unbefangenen Blicken, so ist sie den Verhältnissen des Kaiserstaats nicht unangemessen und enthält Keime genug, die verständig entwickelt, Oestreich frei, groß und mächtig zu machen im Stande sind. Sie umfaßt nur die allgemeinen Interessen des gesammten Staats und weiset den Provinzen die Behandlung ihrer besonderen Angelegenheit zu, was bei der Stammes- und Sprachverschiedenheit derselben, die freilich nicht vollständig zu berücksichtigen war, als zweckmäßig und weise erscheint.

Jede, auch die bestdurchdachte Verfassung bleibt übrigens ein bloßes Stück Papier, sofern der Geist fehlt, der sie beseelt und sie lebenskräftig macht. Wir haben in Frankreich, Spanien, Portugal, Neapel und andern Staaten die freisinnigsten Verfassungen entstehen und vergehen sehen, weil weder Völker noch Regierungen Mäßigung, Weisheit und Kraft besaßen, sich in diese staatlichen Formen einzufügen; weil Herkommen, Sitte, Gewohnheit, Bildungsstufe ihnen nicht entsprachen, oder unbändige Leidenschaften das Werk wild zerstörten.

Zuvörderst müßte in Oestreich die Regierung als Schöpferin der Zustände damit alle Glieder des Staatsorganismus durchdringen, alle Zweige der Verwaltung ebenmäßig danach gestalten und den ernsten, entschlossenen Willen an den Tag legen, ihren Völkern innerhalb des zugewiesenen Gebiets gerecht zu werden, was wir zur Zeit noch nicht wahrnehmen können. Dann erst wäre es Sache der Völker und ihrer Vertreter, der Regierung vertraulich die

Hand zu reichen und sich anzuschicken, den gewonnenen Boden zu bebauen und fruchtbar zu machen.

So lange noch kein Wort der Versöhnung dem Munde der Machthaber entströmt; so lange noch Belagerungsstände die einzigen Stände sind, mit denen sich die Regierung befaßt, so lange noch Verfolgungen — die selbst die Vertreter der Nation nicht verschonen — Untersuchungen und strenge Strafen die Annäherung zwischen Thron und Volk verhindern und die Kluft zwischen beiden nur weiter reißen, so lange glauben wir nicht an eine gedeihliche Wirksamkeit der Verfassung.

Im Besitz der wohlverdienten Liebe, der Anhänglichkeit und des Vertrauens aller übrigen Provinzen würde der Regierung die Bewältigung, wie der Italiener, so auch der Magyaren, ohne russisches Bündniß leicht gelungen sein; wie aber die Dinge jetzt stehen, bleibt der Kaiserstaat ein vulkanischer Boden, der jeden Augenblick mit Erschütterungen droht. Maßhalten ist die Aufgabe, die sich Völker und Regierungen stellen müssen, aber der Sieg berauscht abwechselnd Beide und leitet sie vom rechten Wege ab, daher es wohl in Oestreich, wie anderwärts, noch herbe Kämpfe kosten wird, ehe die Neuzeit den Schwerpunkt findet, von dem aus Freiheit und Macht sich spielend das Gegengewicht halten.

Bayerische Staats-Bibliothek München

Druck von C. Schumann in Schneeberg.

Anzeige.

Folgende Bücher, ebenfalls im Verlage des Vereins herausgekommen, sind noch vorräthig und durch alle Buchhandlungen zu beziehen.

Günnel, J. G. (Baccalaureus und Oberlehrer an der allgem. Bürgerschule zu Plauen). Aus der Geschichte des Dorfes Deutschheim. 10½ Bog. 8. broch. 1846. 4 Ngr.

Behandelt in angemessener Weise wichtige Zeitfragen, sowie Staats- und Gemeindeverfassung ꝛc.

— — Ländlich, sittlich. Bilder aus fernen Landen und dem Leben ihrer Bewohner. Zur belehrenden Unterhaltung für das Volk. Zweite durchgesehene und vermehrte Auflage. 8¼ Bog. 8. Maschinenpapier. broch. 1845. 5 Ngr.

Schilderungen in frischen und anziehenden Farben aus der Länder- und Völkerkunde der fünf Welttheile.

Jeremias Gotthelf, Jacobs, des Handwerksgesellen Wanderungen durch die Schweiz. 2 Abth. in 1 Band. 29½ Bog. 8. broch. 1847. 1 Thlr. (Ausg. auf ordin. Druckpapier 20 Ngr.)

Kell, J., Wanderbuch durch Oestreich. Altes und Neues über Land und Volk. 13¼ Bog. 8. broch. 1847. 6 Ngr.

Der Verfasser schildert darin, was er sich auf seiner Reise durch Oestreich über die von ihm besuchten Gegenden und Sehenswürdigkeiten in sein Tagebuch notirt hat, auf eben so unterhaltende, als in den eingeflochtenen geschichtlichen Erinnerungen belehrende Weise.

Schatzkästlein deutscher Geschichten. 4 Bändchen, zusammen 37 Bog. 8. broch. 1844—47. Jedes Bändchen 4 Ngr.

In einem ländlichen Kränzchen werden von seinen Mitgliedern die wichtigsten Begebenheiten Deutschlands und die Schicksale seiner denkwürdigsten Personen — Männer wie Frauen — erzählt und reflectirend besprochen.

Zeune, A. A. Reden an das deutsche Volk. 1½ Ngr.

Zwickau, im Mai 1849.

Der Verein zur Verbreitung von Volksschriften.

J.

BSB Bayerische StaatsBibliothek
MDZ Münchener DigitalisierungsZentrum Digitale Bibliothek

Die Ereignisse in Wien von der Erhebung der Stadt am 13. März 1848 bis
zur Verkündigung der oktroyirten Verfassung vom 4. März 1849 von C. W

Zwickau 1849

Austr. 5435 l
urn:nbn:de:bvb:12-bsb10011976-1